



Politische Berichte

Nummer 7 / 13. Jahrgang

27. März 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

PKK-Generalsekretär
Öcalan: Türkei muß sich auf
„eine Föderation mit den
Kurden“ einstellen.

Die türkische Armee und die türkische Regierung haben die kurdischen Widerstandsfeiern und Kundgebungen aus Anlaß des „Newroz“, des kurdischen Neujahrs- und Widerstandsfestes, zum Anlaß genommen, um ein seit Jahrzehnten nicht mehr erlebtes Blutbad unter der Bevölkerung anzurichten. Nach den letzten Berichten wurde die Stadt Sirkak (an der sogenannten türkisch-irakischen Grenze) bombardiert. Dabei wurden auch Brand- und Napalmbomben eingesetzt. Mindestens 25 Häuser sind dem Erdboden gleichgemacht, mehrere Dutzend Menschen bei den Bombenangriffen ums Leben gekommen, über einhundert allein in dieser Stadt verletzt.

In Sirkak hatten die türkischen Armee-Einheiten bereits zu Beginn der „Newroz-Feiern“ zahlreiche unbewaffnete Menschen erschossen. Daraufhin waren etwa 1000 Guerillas der kurdischen Volksbefreiungsarmee ARGK in die Stadt eingedrungen und hatten das Feuer auf die türkischen Militärs eröffnet.

Beunruhigend waren auch die letzten Nachrichten aus der Stadt Cizre, ebenfalls nahe der Grenze zwischen Türkei und Irak. Hier war schon vor Beginn des Newroz-Festes bekannt geworden, daß die türkischen Militärs Befehl erteilt hatten, alle Familienangehörigen von Militärs sollten aus der Region verschwinden. In Cizre hatten türkische Militärs *ebenfalls bereits am 21. März in die Menge geschossen*, Panzer waren direkt in die Kundgebungen hineingefahren und hatten auf alles geschossen, was sich bewegt. Eine Beobachterdelegation aus der Bundesrepublik wurde unter Androhung, sie werde andernfalls erschossen, in einem Hotel eingeschlossen. Inzwischen ist sie aus der Stadt entfernt, so daß keine ausländische Beobachter mehr am Ort sind.

Immer wieder berichten Vertreter der Menschenrechtsvereine nicht nur aus Cizre, daß die türkische Armee massenhaft deutsche Waffen einsetzt. Vor wenigen Monaten war bekannt geworden, daß das Bundesverteidigungsministerium tausende von Handfeuerwaffen, Maschinengewehren und mehrere hundert Millionen Schuß Munition aus eigenen und NVA-Beständen an die türkische Armee geliefert hat. Diese Waffen, diese Munition kommen jetzt gegen die kurdische Bevölkerung zum Einsatz. Derweil gehen die türkischen Konsulate in der BRD, von denen bekannt ist, daß von ihnen aus türkische und vor allem

Mit deutschen Waffen: Massaker in Kurdistan!

kurdische Oppositionelle bespitzelt werden und daß sie türkische und kurdische Jugendliche, die in der BRD leben, zum Wehrdienst in die türkische Armee rufen, ungehindert ihren Geschäften nach. Auf Anfrage hört man vom Auswärtigen Amt, man denke gar nicht daran, diese Konsulate in ihrer Arbeit einzuschränken.

Gegenüber den türkischen Behauptungen, die Armee schieße nur auf bewaffnete Aufständische, bleibt festzuhalten: Weder von der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, noch von der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) oder der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) sind bislang irgendwelche Aufrufe zum Aufstand an die kurdische Bevölkerung ergangen. Es gab lediglich Aufrufe, den Newroz zu begehen und sich bei Angriffen der türkischen Armee zur Wehr zu setzen. Zuerst schoß die türkische Armee auf unbewaffnete Demonstranten. Erst danach, als die ersten Massaker bekannt wurde, griffen auch Einheiten der ARGK in die Kämpfe ein.

Die jetzigen Auseinandersetzungen dürften erst der Beginn langer und heftiger Kämpfe in den kurdischen Gebieten sein. Nach Berichten der *Süddeutschen Zeitung* (25.3.) hat PKK-Generalsekretär Öcalan erneut die Bildung eines kurdischen Parlaments und die Durchführung eines Referendums in den kurdischen Gebieten angekündigt. Die Türkei

müsste sich auf notfalls auf „eine Föderation mit den Kurden“ einstellen, zierte ihn die Zeitung. Hauptzache sei: man müsse den Willen des kurdischen Volkes, wie immer er geäußert werde, respektieren. Die PKK tue das sowieso, die Türkei müsse dies endlich auch tun.

Wir dokumentieren auf dieser und der folgenden Seite Erklärungen der ERNK zu den jüngsten Massakern und mehrere Presseerklärungen des Kurdistan-Komitees in Köln zu den Entwicklungen in Kurdistan. — (rül)

... Eine Reihe von Städten, Kreisstädten und Dörfern sind umzingelt. Die Menschen dürfen nicht raus aus ihren Häusern. An manchen Orten werden sogar zehntausende Menschen dazu gezwungen, sich auf den Boden zu legen. Jeder, der sich bewegt, wird erschossen. Während all dies passiert, schweigt die Welt, gibt so der Türkischen Republik ihre Zustimmung.

Durch ihre vorherigen Reisen von Politikern nach Europa hat die Türkische Republik die juristische Unterstützung der Imperialisten erhalten. Das gegenwärtige Schweigen ist der offene Beweis dafür.

Wie der ganzen Öffentlichkeit bekannt ist, wurde ein „Newroz-Syndrom“ in die Welt gesetzt. Es wurden schmutzige Lügen verbreitet wie die: „Die PKK wird mit dem Frühlingsbe-

ginn in die Offensive gehen“. So haben sie die Massen psychologisch beeinflußt, um ihre Massaker zu legitimieren. Dabei hatte die höchste Instanz der PKK, das Generalsekretariat, mit den folgenden Worten verdeutlicht, daß dies nicht der Fall sein wird: „Wir möchten gleich klargestellt haben, daß die PKK nicht darum bemüht ist, im Jahr 1992 eine spezielle, unerwartete Offensive zu starten oder die Türkei zu zerstücken, wie gerne verbreitet wird.“ Diese Worte beweisen auch, was für eine betrügerische Politik die Türkische Republik verfolgt.

Warum wird als einzige Lösung solch ein Massaker in Betracht gezogen? Wie Sie wissen, führt das Militär des kolonialistischen türkischen Staates einen schmutzigen Krieg, ohne jegliche Regeln gegen unsere ARGK-Guerilleros, die bewaffneten Volkskräfte, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Allein im Jahr 1992 hat der türkische Staat mit dutzenden Kriegsflugzeugen und zehntausenden Soldaten die Lager der Guerilla angegriffen.

Auch wenn die Demirel-Inönü-Koalition mit demagogischen Parolen wie „Die Anerkennung der kurdischen Realität, Zärtlichkeit dem Volk“ versucht hat, sich dem kurdischen Volk anzubiedern, hat sie mit ihren Angriffen auf seine Führung ihre wahre Politik gegen

Fortsetzung Seite 2 oben

CDU-Schäuble für neues Staatsbürgerrecht

CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble hat sich in der *Bild am Sonntag* für eine Überprüfung des Staatsbürgerrechts ausgesprochen: „Als Folge der Wiedervereinigung müssen wir das Staatsangehörigkeitsgesetz generell überprüfen. Diese zeitgemäße Anpassung reicht vom Kommunalwahlrecht für Bürger aus anderen EG-Staaten bis zur Beseitigung bürokratischer Hemmnisse beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Wer hier geboren ist oder über zehn Jahre in Deutschland lebt, soll leichter Deutscher werden können.“ Das Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer war auf dem EG-Gipfel in Maastricht vereinbart worden, um die Ausländerbevölkerung in der EG weiter zu spalten. Schäubles Angebot, „nach zehn Jahren“ die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, ist in Wirklichkeit eine Verschärfung: Bislang kennt das Staatsbürgerschaftsrecht der BRD solche Fristen nicht! — (rül)

Bush-Kohl: Deal über Jugoslawien und GATT?

Die Beziehungen zwischen der BRD und den USA seien nach dem Besuch Kohls bei Bush „enger als je zuvor“, berichtete die *Welt* in ihrer Ausgabe vom 23. März. Die USA hätten zugesagt, ihren Widerstand gegen Bonns großdeutsche Jugoslawien-Politik aufzugeben. Angeblich wollten sie jetzt Kroatien und Slowenien anerkennen. Im Gegenzug sei die BRD zu Konzessionen in den GATT-Verhandlungen bereit. Die „Konzessionen“ dürften so aussehen, daß die BRD die Verringerung von EG-Exportsubventionen im Agrarbereich betreibt. Ein solcher Schwenk bedeutet die Rückkehr zur reichsdeutschen Ost-Agrarpolitik — zur Plünderung Osteuropas als billige Agrarlieferanten. — (rül)

SPD hetzt gegen „Stasi“: „Alle sofort entlassen!“

Als einen „Skandal“ hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Peter Struck, die Beschäftigung früher leitender Beamter der DDR in der „Treuhand“ bezeichnet. Mindestens 42 frühere Funktionäre — Mitglieder der Plankommission, Minister usw. — will Struck ausgemacht haben. Diese müßten sämtlich „sofort entlassen“ werden. Begründung: Es bestehe Gefahr, daß diese Leute „Geschäfte auf eigene Rechnung“ machen. Irgendwelche Beweise für seine wüsten Beschuldigungen legte der SPD-Sprecher nicht vor. Der SPD-Abgeordnete Schwanitz verlangte gar die sofortige Entlassung von 3738 ehemaligen Stasi-Mitarbeitern bei Treuhand, Bahn, Post und im Verkehrsministerium. Bei der Verfolgung im Osten steht die SPD damit der unmenschlichen Regierungspraxis kein bißchen nach. — (rül)

Kein neues Angebot im öffentlichen Dienst

Die ÖTV hat das Scheitern der Verhandlungen erklärt und zusammen mit der IG Metall vor 15 000 Teilnehmern einen „Kampf wie noch nie“ angekündigt. Der bisherige Verlauf der Tarifrunde spricht allerdings nicht dafür. Trotz vielfachen Unmuts über die zögerliche Haltung der ÖTV-Führung ist es nach dem dritten Verhandlungstermin zu keinen Streiks mit Beteiligung der ÖTV gekommen, und die Aktionen der DAG waren zu kraftlos, um die Arbeitgeber zu veranlassen, ihr Angebot zu verbessern. Somit gehen die Gewerkschaften unter denkbaren Voraussetzungen in die Schlichtung, die ihnen eine knapp siebenwöchige Friedenspflicht aufzwingt. Schlichter ist der von der ÖTV vorgeschlagene frühere baden-württembergische Innenminister Krause (SPD). Schon schwierig genug, wenn die ÖTV gegen den Spruch ihres Kandidaten streiken muß. Darüberhinaus ist die Gefahr groß, daß die ÖTV selbst für das Schlichtungsergebnis noch in den Streik muß, weil die Arbeitgeber den Schlichtungsspruch ablehnen. — (kar)



SPD zur Nacharbeit

Vorschlag für ein Schutzgesetz mit Haken und Ösen

Aus der SPD-Bundestagsfraktion gibt es erste Reaktionen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem das Nacharbeitsverbot für Arbeitnehmer aufgehoben wurde. Das *Handelsblatt* (18.3.1992) berichtet, daß die SPD-Bundestagsabgeordnete Barbara Weiler nach einer Anhörung ihrer Fraktion zum Frauenarbeitsschutz eine schnelle gesetzliche Neuregelung des Nacharbeitschutzes verlangt, um den rechtlosen Zustand zu beenden. „In einer Neuregelung, darin waren sich nach Angaben von Frau Weiler die Sachverständigen mit den SPD-Frauen einig, darf es keine unterschiedlichen Maßgaben mehr für Männer und Frauen geben. Nacharbeit solle es künftig nur noch geben, wenn sie gesellschaftlich notwendig, kulturell erwünscht, arbeitsorganisatorisch oder ökonomisch-technisch unverzichtbar sei.“

Im einzelnen will Frau Weiler eine Begrenzung der Nacharbeit auf sechs Stunden, ein Verbot von Überstunden bei Nacharbeit, die Begrenzung der

Nacharbeit auf höchstens 15 Jahre, zusätzliche Pausen, arbeitsmedizinische Untersuchungen, besondere Qualifizierungsangebote, erweiterte Angebote von Kindertagesstätten, Zuschüsse zur Schallisolierung der Wohnung u. ä. Für Eltern mit Kindern bis zu vier Jahren soll ein vollständiges Nacharbeitsverbot angestrebt werden; ein zunächst gefordertes Verbot von Nacharbeit für alle Eltern mit Kindern bis vierzehn Jahren wurde wegen „Arbeitsmarktproblemen“ für die Betroffenen“ fallengelassen.

Außerdem sollen, so die Abgeordnete Marliese Dobberthien, bisherige geschlechtsspezifische Beschäftigungsverbote für Frauen durch einen für Männer und Frauen gleichen Gesundheitsschutz bei schwerer Arbeit ersetzt werden. Dies gelte vor allem für die Arbeit am Bau und in der Krankenpflege.

Der Vorschlag aus der SPD-Fraktion hat mehrere Haken: „Noch umstritten sei, inwieweit wirtschaftlich motivierte Nacharbeit zugelassen werden solle“, räumte Frau Weiler ein. Bekannt ist die

Position des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klose, der für Arbeitszeitregelungen im Interesse der Wirtschaft plädiert. Gibt es aber keine enge Anzahl von Gründen, mit denen Betriebe Nacharbeit einführen dürfen, hat der einzelne Beschäftigte nur schwache Möglichkeiten, sich gegen Nacharbeit zu wehren.

Die aufgeführten Schutzregelungen erhalten unter diesen Umständen dann auch einen eher zwiespältigen Charakter und können durchaus Unterstützung auch bei Kapitalisten finden. Gezielte Auswahl von Beschäftigten, die Nacharbeit gesundheitlich „aushalten“, und von solchen, die in „schichtarbeitergerechten“ Familienumständen leben, sowie die Begrenzung der täglichen und der lebenszeitlichen Dauer für Nacharbeit erlauben wahrscheinlich eine beträchtliche Erhöhung der vergleichsweise niedrigen Arbeitsintensität bei Nacharbeit. Das könnte dann am Ende bei den Kapitalisten sogar zu neuen Gründen für die Ausweitung der Nacharbeit führen. — (alk)

Aktuell in Bonn

„KSZE-Sicherheitsrat“

Sprecher von CDU/CSU und FDP bemühen sich weiter, Auslandseinsätzen der Bundeswehr den Weg zu bahnen. Am 22.3. verstieg sich CDU-MdB Lammers in der FAZ zu der Behauptung, schon mit dem UNO-Beitritt habe die BRD ihre Bereitschaft erklärt, an UN-Einsätzen teilzunehmen — schließlich habe man keinen Vorbehalt formuliert. Die Behauptung, für UN-Einsätze der Bundeswehr sei eine Zustimmung von zwei Dritteln des Bundestags erforderlich, müsse korrigiert werden. Außenminister Genscher propagierte, die KSZE zu einer „UN-Unterorganisation“ zu machen — samt „Europäischem Sicherheitsrat“. Letzterer solle über UN-Militäreinsätze entscheiden. Beiden Vorschlägen gemeinsam ist die Ausschaltung des Bundestags bei Entscheidungen über Krieg und Frieden.

Rußlanddeutsche

1000 Delegierte, die nach eigenen Angaben zwei Millionen Rußland- und Wolgadeutsche repräsentieren, nahmen an dem „Zweiten Außerordentlichen Kongreß der Rußlanddeutschen“ in Moskau teil. Der Bonner Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, versprach auf dem Treffen „weitere umfassende Hilfe“. Er unterstrich, was den Flüchtlingen gegenüber nicht gilt: „Das Tor (zur Aussiedlung nach Deutschland) ist weiter offen.“ Gleichtzeitig forderte er jedoch dazu auf, die gebotenen Möglichkeiten zur Ansiedlung in Rußland und in der Ukraine wahrzunehmen. Die große Mehrheit des Kongresses lag auf der ultimativen Position: Entweder Wiederrichtung der deutschen Volgarepublik (auf Gebieten, wo seit einem halben Jahrhundert andere Menschen leben) oder Aussiedlung nach Deutschland. .

§ 218 — gar kein Gesetz?

In der Diskussion um die Strafverfolgung gegen Abtreibungen veröffentlichte die FAZ am 23. März einen Bericht über die Verhandlungen zwischen FDP und SPD, dem man entnehmen kann, daß die Union dazu neigt, gar kein Gesetz zu verabschieden. Wenn weder die SPD/FDP-Entwürfe noch die der CDU/CSU — die sich auch nicht einigen kann — die absolute Mehrheit im Bundestag finden, gelte erst einmal das — unterschiedliche — Recht in Ost und West weiter. Dann käme eine Verfassungsklage gegen die Ost-Regelung. Diese werde so durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Ergebnis: Die im Westen geltende Strafverfolgung bei Abtreibungen gilt dann auch im Anschlußgebiet.

Richttempo = helmisches Limit?

Wer schneller als mit „Richtgeschwindigkeit“ 130 km/h über die Autobahn fährt, kann auch dann für Schäden haftbar gemacht werden, wenn er „fehler-

frei“ fährt. So ein neues Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH). Noch 1991 hatte Bonn eine Empfehlung der EG-Kommission nach einem EG-Tempolimit vom Tisch gefegt; es gebe keine sachlichen Argumente für ein Limit. Der BGH: Bei Tempofreiheit sind Unfallgefahren und Emissionen höher. Ein Hintergrund dürften vermehrte Massenkarambolagen und steigende Versicherungsschäden sein.

Krankenkosten-Diskussion

Schroffe Kritik des Hartmannbundes an den „Kostendämpfungsprogrammen“ der Bundesregierung und die Ankündigung der Krankenkassen, sie müßten die Versicherungsbeiträge noch in diesem Jahr wieder erhöhen, haben die Diskussion um Kostendämpfungen im Gesundheitsbereich weiter angefacht. Der Hartmannbund hatte die Gängelung der Ärzte kritisiert und darauf hingewiesen, daß der Anteil der Krankenkosten am Bruttosozialprodukt nicht gestiegen sei. Der Geschäftsführer der Ersatzkassen, Fiedler, forderte gleichzeitig die Regierung auf, Ärzte und Krankenhäuser als Kostentreiber anzugreifen. Gemeinsam ist beider Stellungnahmen, daß die Kapitalisten, die die Gesundheit der Lohnabhängigen ruinieren, nicht dafür zahlen.

Lehrer Ost

In Ostdeutschland sollen noch tausende Lehrerinnen und Lehrer wegen „politischer Belastung“ (u.a. SED-Mitgliedschaft) aus dem Schuldienst entfernt werden. Der Einigungsvertrag wird auch hier als über Verfassungsgrundsätzen stehend behandelt, so daß Kollektiv-Berufsverbote möglich werden. Das Bundesinnenministerium geht einen Schritt weiter: 10 Prozent von 4000 untersuchten Personalratsmitgliedern seien ebenfalls zu entlassen, da derart „vorbelastet“. Der besondere Kündigungsschutz für Personalräte gelte „im Beitreitgebiet nicht“.

Asylgesetz verfassungfeindlich

Auf scharfe Kritik ist der Entwurf von Regierungsparteien und SPD zur „Beschleunigung“ von Asylverfahren bei einer Anhörung im Innenausschuß des Bundestags gestoßen. Der Vertreter des UN-Flüchtlingskommisars kritisierte, der Entwurf mißachte die Furcht der Flüchtlinge vor Verfolgung. Es sei nicht hinzunehmen, daß die BRD als Unterzeichnerstaat der Flüchtlingskonvention die darin enthaltenen Rechte Flüchtlingen vorenthalte. Selbst der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts meinte, der Entwurf bewege sich „am Rande der verfassungrechtlich Hinnehmbaren“.

Was kommt demnächst?

Am 30.3. besucht der polnische Staatspräsident Walesa die BRD. Am 2.4. will das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf gegen „Geldwäscher“ verabschieden. Am 5.4. sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Bis 15.4. will die Bundesregierung einen Erfolg bei den GATT-Verhandlungen erreichen. Am 30.4. berät der Bundestag über Asylpolitik.

RENTEN UND LÖHNE BLEIBEN ZUSAMMEN.

Seit der Rentenreform 1957 gehören Renten und Löhne zusammen. Steigen die Löhne, steigen die Renten. So nehmen Arbeitnehmer und Rentner gleichberechtigt am wirtschaftlichen Fortschritt teil. In der Vergangenheit sind die Renten sogar stärker gestiegen als die Löhne — netto. Aber die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner müssen sich im Gleichklang miteinander entwickeln, damit die Renten die Löhne nicht überholen. Deshalb gilt jetzt die Netto-Renten- anpassung, wie sie mit der Rentenreform in einer breiten politischen und gesellschaftlichen Übereinstimmung beschlossen wurde. Belastungsveränderungen bei den Arbeitnehmern und bei den Rentnern werden danach auch bei der Rentenanpassung berücksichtigt. 1991 stiegen z.B. die Beiträge und Steuerabgaben der Arbeitnehmer. Dies wird auch auf die Rentenanpassung zum 1.7.1992 übertragen. Das gilt auch umgekehrt: Fallen die Belastungen der Arbeitnehmer, ist auch die Rentenanpassung höher. Und daß die Renten in West und in Ost noch unterschiedlich steigen, liegt an den schneller wachsenden Löhnen im Osten. Es bleibt dabei: Keine Lohnerhöhung geht an den Rentnern vorbei. Rentner und Arbeitnehmer bleiben in einem Boot.



Mit dieser demagogischen Anzeige verteidigt derzeit Bundesarbeitsminister Blüm die „Anhebung“ der Renten um 2,7 Prozent — real bei der derzeitigen Teuerung eine Rentensenkung. Die Rentensenkung ist Folge der „Nettoanpassung“ der Renten, von Regierung und SPD vor einiger Zeit in Kraft gesetzt. Seitdem gilt: Erhöht die Regierung die Lohnsteuern, sinken Nettolöhne und Renten. Steigen die Arbeitslosenbeiträge, weil die Kapitalisten entlassen — sinken Nettolöhne und Renten. Steigen die Krankenkassenbeiträge, weil die Kapitalisten immer mehr Krankheiten verursachen, aber nicht bezahlen — sinken Nettolöhne und Renten. Jede Niederlage gegen die Kapitalisten zahlen so die Rentner mit. Blüms Damagoge verhöhnt Rentner und Gewerkschaften gleichermaßen.

Fortsetzung von Seite 1: Massaker in Kurdistan . . .

über dem kurdischen Volk zum Ausdruck gebracht. Denn die PKK ist das Volk, und das Volk die PKK. Ist es möglich, den Kopf vom Körper zu trennen? Natürlich nicht!

Nachdem die türkische Regierung trotz jeglicher Unterdrückung und Versuche, es passiv zu machen, unser Volk keinen Schritt von seiner Führung entfernen konnte, entschied sie sich für den letzten und für sie einzigen Lösungsweg: Massaker in großem Ausmaß. Dies jagt uns keine Angst ein. Dies ist der jahrhundertealte Charakter der Kolonialherren, der uns wohl bekannt ist. Wenn wir genau hinsehen, sehen wir, daß die Demirel-Inönü-Regierung nur eine zivile Maske darstellt. Es zeigt sich deutlich, daß die eigentlichen Machthaber das Amt für spezielle Kriegsführung und das Militär sind. Es gibt nichts natürlicheres, als daß das kurdische Volk sich mit allen Mitteln gegenüber derart blinder Gewalt verteidigt. „Auf der einen Seite behauptest du, die kurdische Realität anzuerkennen, auf der anderen Seite gehst du mit Panzern und Kanonen auf sie los und begebst Massaker.“

Wir meinen, dies sollte für die Menschheit Anlaß sein, ein wenig nachzudenken. Warum wird der Kampf des kurdischen Volkes um ein menschenwürdiges Leben in seinem Land nicht respektiert, während der Kampf vieler anderer Völker um ihre Rechte verstanden wird? Als die neue Regierung an die Macht kam, hat sie sowohl der eigenen als auch der Weltöffentlichkeit gegenüber folgende Propaganda zum Tagesordnungspunkt Nummer 1 gemacht: „Gebt uns eine Chance, und wir werden alle Probleme lösen. Nur, es wird Schritt für Schritt geschehen.“ Ja, heute werden die Probleme gelöst! Aber wie? Früher hat man bombardiert, ohne die Existenz des kurdischen Volkes anzuerkennen. Heute, nach der neuen Formel, besser gesagt: Entdeckung, wird die kurdische Realität anerkannt und so bombardiert. Nun müßten diejenigen, die bis vor kurzem die Realität der Türkischen Republik nicht durchschauen konnten, ihr Vertrauen geschenkt haben, aus Unwissenheit ihr Werkzeug wurden, ab heute nicht mehr Teilhaber dieser menschenverachtenden Vergehen an unserem Volk werden.

Die Antwort des türkischen Staates auf all die Aufrufe unserer Front, uns auf einer demokratischen und freien Friedensplattform zu treffen und die Probleme gemeinsam zu lösen, war immer Gewalt und nochmal Gewalt. Alle Tore wurden geschlossen. Nun hat das kurdische Volk keine andere Möglichkeit mehr. Im Endeffekt haben wir keine andere Wahl mehr, als zu kämpfen. Unser Ziel ist, unsere Guerillakräfte überall im Land zu vermehren und zu verankern, unser Volk unter dem Dach der ERNK zu organisieren und zu einer Kraft zu formieren, unter der Führung der Partei und der ARGK in den Dörfern, in den Städten, in jedem Lebensbereich und im ganzen Land große Volksaufstände zu organisieren und zu entwickeln. Während in manchen Gebieten direkt die Machtierung zum Ziel gesetzt wird, wird in anderen Gebieten die Intensivierung des Guerillakrieges und der Aufstände zum Ziel gesetzt, um Volkskongresse, mit der Zeit einen Nationalkongress und eine Kriegsregierung und ein Referendum zu verwirklichen. So wird die unabhängige und freie Willenskraft des Volkes konkretisiert werden.

ERNK-Europasprecher, 23.3.1992

Mit deutschen Waffen: Massaker in Kurdistan!

Soeben hat uns die Nachricht erreicht, daß das türkische Militär mit dem angekündigten Massaker in den Städten Cizre, Sirkak, Van u.a. begonnen hat. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Diyarbakir, Fevzi Venznedaloglu, der sich zur Zeit in Cizre aufhält, schilderte uns am Telefon die Lage in Cizre: „Es ist Kriegszustand. Die türkische Armee hat der Bevölkerung den Krieg erklärt. Heute morgen haben sich 25000 Menschen an fünf verschiedenen Orten der Stadt versammelt, um dann an den Grabstätten der gefallenen Guerillakämpfer zusammenzukommen. Doch die Armee hatte mit Panzern und ihren Einheiten alle Ein- und Ausfahrten zu Cizre verbarrikadiert. Und als wir in ihre Nähe kamen, haben sie plötzlich auf uns das Feuer eröffnet. Es gibt viele Tote und Verletzte. Sie fuhren mit den Panzern auf uns los. Ich selbst habe vor einigen Minuten mit einigen Vertretern der türkischen Armee gesprochen. Sie sa-

gen, daß es von ihnen nicht abhängt. Sie hätten von Ankara den Befehl erhalten, bei einem Aufstand diesen niederzuschlagen. Auch haben wir den Funkverkehr zwischen dem leitenden Kommandanten von Cizre und einem General mitgehört. Der General befahl, alles niederzuschließen, das sich bewegt. Es ist Krieg. Als wir noch auf der Straße waren, stand Uwe Helmke, Vorstandsmitglied der Grünen in Bremen, neben mir. Ein Spezialkommando ging auf ihn los. Er ist verletzt, aber jetzt in Sicherheit . . . Ich möchte über euch alle politischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen und die Presse aufrufen, nicht noch einmal einem Massaker am kurdischen Volk zuzusehen. Besonders sollte die deutsche Öffentlichkeit über die Waffengeschäfte ihrer Regierung mit der Türkei informiert werden. Denn alle Schützenpanzer, Maschinengewehre, die das türkische Militär für die Massaker in Cizre und anderen kurdischen Städten einsetzt, kommen aus Deutschland . . .“

Nachdem die türkische Regierung trotz jeglicher Unterdrückung und Versuche, es passiv zu machen, unser Volk keinen Schritt von seiner Führung entfernen konnte, entschied sie sich für den letzten und für sie einzigen Lösungsweg: Massaker in großem Ausmaß. Dies jagt uns keine Angst ein. Dies ist der jahrhundertealte Charakter der Kolonialherren, der uns wohl bekannt ist. Wenn wir genau hinsehen, sehen wir, daß die Demirel-Inönü-Regierung nur eine zivile Maske darstellt. Es zeigt sich deutlich, daß die eigentlichen Machthaber das Amt für spezielle Kriegsführung und das Militär sind. Es gibt nichts natürlicheres, als daß das kurdische Volk sich mit allen Mitteln gegenüber derart blinder Gewalt verteidigt. „Auf der einen Seite behauptest du, die kurdische Realität anzuerkennen, auf der anderen Seite gehst du mit Panzern und Kanonen auf sie los und begebst Massaker.“

Wir meinen, dies sollte für die Menschheit Anlaß sein, ein wenig nachzudenken. Warum wird der Kampf des kurdischen Volkes um ein menschenwürdiges Leben in seinem Land nicht respektiert, während der Kampf vieler anderer Völker um ihre Rechte verstanden wird? Als die neue Regierung an die Macht kam, hat sie sowohl der eigenen als auch der Weltöffentlichkeit gegenüber folgende Propaganda zum Tagesordnungspunkt Nummer 1 gemacht: „Gebt uns eine Chance, und wir werden alle Probleme lösen. Nur, es wird Schritt für Schritt geschehen.“ Ja, heute werden die Probleme gelöst! Aber wie? Früher hat man bombardiert, ohne die Existenz des kurdischen Volkes anzuerkennen. Heute, nach der neuen Formel, besser gesagt: Entdeckung, wird die kurdische Realität anerkannt und so bombardiert. Nun müßten diejenigen, die bis vor kurzem die Realität der Türkischen Republik nicht durchschauen konnten, ihr Vertrauen geschenkt haben, aus Unwissenheit ihr Werkzeug wurden, ab heute nicht mehr Teilhaber dieser menschenverachtenden Vergehen an unserem Volk werden.

Die Antwort des türkischen Staates auf all die Aufrufe unserer Front, uns auf einer demokratischen und freien Friedensplattform zu treffen und die Probleme gemeinsam zu lösen, war immer Gewalt und nochmal Gewalt. Alle Tore wurden geschlossen. Nun hat das kurdische Volk keine andere Möglichkeit mehr. Im Endeffekt haben wir keine andere Wahl mehr, als zu kämpfen. Unser Ziel ist, unsere Guerillakräfte überall im Land zu vermehren und zu verankern, unser Volk unter dem Dach der ERNK zu organisieren und zu einer Kraft zu formieren, unter der Führung der Partei und der ARGK in den Dörfern, in den Städten, in jedem Lebensbereich und im ganzen Land große Volksaufstände zu organisieren und zu entwickeln. Während in manchen Gebieten direkt die Machtierung zum Ziel gesetzt wird, wird in anderen Gebieten die Intensivierung des Guerillakrieges und der Aufstände zum Ziel gesetzt, um Volkskongresse, mit der Zeit einen Nationalkongress und eine Kriegsregierung und ein Referendum zu verwirklichen. So wird die unabhängige und freie Willenskraft des Volkes konkretisiert werden.

ERNK-Europasprecher, 23.3.1992

Resümee des 21. März, des Neujahrstags der Kurden

... sind die Newroz-Feierlichkeiten und die Volksaufstände eindeutig geprägt durch den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans unter der Führung der PKK. Newroz-Feuer, Volkstänze und -Lieder, Fahnen der PKK, der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) und Lösungen wie „Es lebe die PKK“, „Es lebe Apo“, „Es lebe Kurdistan“ bestimmten den Inhalt der Feierlichkeiten am 21. März . . .

Teilnehmerzahlen und Orte der Feierlichkeiten

Adana: 25000; Nusaybin: über 30000; Cizre, Van: über 25000; Sirkak: über 15000; Bismil, Antalya und Gercü: über 10000; Midyat, Idil: über 5000; Kiziltepe, Suruc, Viransehir: über 4000; Derik, Ceyhan, Hakkari: 3000; Cinar: 7000; je über 1500 in Savur, Bozova, Birecik, Ceylanpinar, je 1000 in Mazidagi, Mardin, Malatya, Antep, Lice, 2000 in Hani 2000, Ergani, Tunceli, 9000 in Siverek, Tausende in Diyarbakir, Tatvan, Kurtalan, Istanbul-Kurtalan, Ankara, Batman, Siirt, Kırboran, Istanbul-Eseryurt . . .

Kurdistan-Komitee, 22.3.1992

Richtungen mit Raketen angegriffen und haben alle staatlichen Institutionen dem Erdboden gleichgemacht. Wir müssen uns im Keller der Polizeistation verstecken.“

Auch in Cizre, der Kreisstadt von Sirkak, dauert der Krieg an. In einem Interview mit einer bekannten Persönlichkeit heute um 16.30 Uhr heißt es u.a.:

„... Der erbarmungslose Krieg dauert weiter an. Auch in Sirkak geht er weiter. In Cizre hat sich die Situation zugespielt. Die Zusammenstöße finden mehr zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Kräften statt. Natürlich ist auch die Guerilla da, sie ist in der Stadt und lenkt den Krieg. Die Soldaten haben einen Journalisten, der mit einer Gruppe aus Deutschland zusammen war, erschossen. Er heißt Izzet Özkeser (Journalist der türkischen Tageszeitung Sabah).“

Unter den Deutschen gibt es keine Verwundeten. Die Zahl unserer Gefallenen ist hoch. Wir haben auch viele Verletzte. Es ist immer noch möglich, eine genauere Zahl anzugeben. Auch heute gab es viele Verletzte, wir haben sie ins Krankenhaus gebracht. Zur Zeit können wir nicht auf die Straße. Es ist verboten. Da wir nicht raus können haben wir große Schwierigkeiten. Wir haben kein Brot, kein Wasser. Von Zeit zu Zeit fällt der Strom aus. Die Auseinandersetzungen mit Kanonen und Schnellfeuerwaffen dauern an. Kampfflugzeuge fliegen über Cizre. Hubschrauber fliegen. Jetzt fliegt ein Hubschrauber über mein Haus. Bis jetzt wurde das Stadtzentrum von Cizre nicht bombardiert, aber die Umgebung wird bombardiert. Sowohl hier als auch in Sirkak gibt es heftige Zusammenstöße. Es werden schwere Waffen eingesetzt. Aus Cizre wurde und wird weiterhin militärische Verstärkung nach Sirkak verlegt. Als wir unsere Opfer beerdigen wollten, wurden unsere Wagen von den Sicherheitskräften beschossen. Mein Haus wird von Zeit zu Zeit angegriffen.“ . . .

Die Auseinandersetzungen haben nach dem Treffen des Ministerrats weiter angedauert. Das Schießbefehl wurde durch den Ministerpräsidenten und den Generalstab selbst erteilt . . .

Dringender Aufruf: GENOZID IN SIRNAK!

Seit gestern nacht sind alle Kontakte in die Stadt Sirkak abgebrochen. Nach örtlichen Informationen gibt es seit gestern weder Telefon- noch andere Verbindungen in die Stadt. Auch der Strom ist abgestellt.

Aus den umliegenden Städten — Cizre und Nusaybin — wird mitgeteilt, daß der türkische Staat und seine Armee in Sirkak seit gestern nacht einen Genozid begehen. Die Armee hält die Häuser sowohl mit Panzern, Schützenpanzern und Handfeuerwaffen vom Boden aus als auch mit Kampfhubschraubern und Kriegsflugzeugen, die seit heute morgen aus Diyarbakir angefliegen sind, die Stadt bombardiert.

Der Chefredakteur der „Nusaybin-Zeitung“ in Nusaybin teilte uns telefonisch mit, daß sie artillerie-bewaffnete Truppen, die von Diyarbakir und Umgebung nach Sirkak verlegt worden sind, beobachten konnten. Auch sie befürchten, daß die türkischen Militärs die Zivilbevölkerung von Sirkak massakrieren . . .

Kurdistan-Komitee, 23.3.1992

Nach letzten Nachrichten sind alle ausländischen Beobachter aus Cizre mit Gewalt vertrieben. In der Stadt gehen die Schießereien und Massaker der Armee weiter. Sirkak wird bombardiert, mehr als 25 Häuser sind bereits dem Erdboden gleichgemacht. Es gibt 25 Tote und über 80 Schwerverletzte. Sondertruppen sind in die Stadt einmarschiert und zerstören alles. In Richtung Cizre sind größere Truppeneinheiten in Marsch gesetzt.

Wir fordern: Schluß mit den Massakern! Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk! Sofortige Einstellung aller BRD-Hilfen für die Türkei, insbesondere der Militärhilfe! Sofortige Einstellung der Kurdenverfolgung in der BRD! Entsendung von Beobachtern nach Kurdistan, um den Massakern Einhalt zu gebieten!

— Kurdistan-Komitee, 24.3.1992

Letzte Nachricht: Die PDS/LL hat am 25.3. im Bundestag die sofortige Einstellung der wirtschaftlichen, militärischen und polizeilichen Hilfen für die Türkei und einen Abschiebestopp für Kurden und Kurden gefordert.

Keiner der Bewerber spricht über die Armen oder Minoritäten. Mehr als die Hälfte der Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen im November sind vorüber. Knapp die Hälfte der Delegierten für die Parteikongresse zur Nominierung ihres Kandidaten sind gewählt. Von den fünf „wesentlichen“ Bewerbern der Demokratischen Partei sind noch zwei im Rennen: Bill Clinton, Gouverneur von Arkansas, und Jerry Brown, ex-Gouverneur von Kalifornien. Auf Seiten der Republikanischen Partei sind es Präsident Bush und Pat Buchanan, TV-Kommentator. (Über die Kandidaten anderer, kleinerer und kleinster Parteien, über Unabhängige und über weitere Bewerber innerhalb der beiden großen Parteien wird in den Massenmedien fast überhaupt nicht berichtet.)

Der Wahlkampf geht bis jetzt um Innen- und Wirtschaftspolitik. Noch in seiner „State of the Union“-Ansprache im Januar hatte sich Präsident Bush als der große und erfolgreiche Weltpolitiker dargestellt, als der Sieger über Irak. Seine Berater haben ihn auf den Boden der Realität zurückgebracht. Von den 90 % Zustimmung zu seiner Politik vor einem Jahr sind noch 39 % übriggeblieben. Der am meisten wiederholte Vorwurf war, daß er sich zuviel um Weltpolitik und zu wenig um die stagnierende Wirtschaft kümmere.

Es hat bis November 1991 gebraucht, bis Bush anerkannt hat, daß sich die USA in einer Rezession befindet. Bush's Rezept zur Ankurbelung der Wirtschaft ist seit Jahren das gleiche: Senkung der Kapitalertragssteuer für die Reichen, Senkung der Ausgaben für Sozialprogramme für die Armen, Deregulierung, Aufhebung von Bestimmungen, die das Kapital einschränken.

Nicht die erwartete Rolle hat bisher die Krise in der Krankenversicherung gespielt. Bush's Vorschlag dazu ist echte „supply-side“ (angebotsorientierte) Ökonomie: mehr private Krankenversicherung.

Buchanan's Wahlkampf ist reine faschistische Ideologie. Einige Zitate: „Wenn wir sagen, daß wir Amerika an erste Stelle setzen, dann meinen wir damit auch, daß unsere jüdisch-christlichen Werte bewahrt werden und daß unsere westliche Erbschaft an zukünftige Generationen weitergegeben wird und

Zur Konjunktur: „Skeptische Prognosen für 1992“

„Das Bruttoinlandsprodukt der USA ... ist im vierten Quartal 1991 stärker gestiegen als zunächst erwartet. Das Washingtoner Handelsministerium korrigierte seine erste Schätzung von einem Wachstum um 0,3 % auf 0,8 %. Obwohl damit seit dem zweiten Quartal wieder positive Wachstumsraten registriert werden, sank die volkswirtschaftliche Leistung 1991 insgesamt um 0,7 %.

Das etwas günstigere Ergebnis für das vierte Quartal resultiert vornehmlich aus einem Aufbau von Lagerbeständen. Das hat zugleich die Prognosen über die weiteren Wachstumsmöglichkeiten in diesem Jahr negativ beeinflußt ... Die amerikanischen Verbraucher reduzieren ihre Ausgaben 1991 um 0,2 %, die Investitionen der Wirtschaft sanken um 4,5 %, und die Ausgaben der Regierung gingen real um 5,4 % zurück, was auch auf die Kürzungen des amerikanischen Verteidigungshaushalts zurückzuführen ist ...“ (Handelsblatt, 2. 3. 92)

„... der Arbeitsmarkt lahmt immer noch, zumal er unter dem Einfluß der schon vollzogenen und noch bevorstehenden Massenentlassungen steht. Die Arbeitslosenrate liegt mit 7,1 % auf einem für amerikanische Verhältnisse fast unakzeptabel hohen Niveau ...“ (Handelsblatt, 4. 3. 92)

„Das Handelsbilanzdefizit ist deutlich gesunken“

„Die Vereinigten Staaten haben 1991 mit einem Importüberschuß von nur 66,2 Mrd. \$ das niedrigste Außenhandelsdefizit seit 1983 erzielt. Seit 1987, als das Defizit ein Rekordvolumen von 152 Mrd. \$ erreichte, konnten die Importüberschüsse kontinuierlich abgebaut werden. Die Verbesserung der Handelsbilanz resultiert vornehmlich aus einem Anstieg der Exporte von 393,6 Mrd. \$ auf ein Rekordvolumen von 421,9 Mrd. \$. Die Importe gingen dagegen von 495,3 auf 488,1 Mrd. \$ zurück ... resultieren etwa zwei Drittel

US-Präsidentschaftswahlkampf 1992: Kampf um die Mittelklasse

nicht auf einer Müllhalde genannt Multikultur abgeladen wird.“ Er verlangt „Auslandshilfe auslaufen lassen“. Liquidierung der „räuberischen Händler Europas oder Asiens“. Werft die „registrierten Agenten fremder Mächte“ aus Washington heraus. Reinigt „unsere Populärliteratur an Büchern, Filmen, ...“, „Heilung ... einer Gesellschaft, die an einer chronischen Moralkrankheit leidet.“ „Gewinnt unsere Straßen zurück von den Kriminellen.“ „Gewinnt unsere Partei zurück.“ „Gewinnt unser Land zurück.“

Buchanan kann die Nominierung von Bush nicht ernsthaft gefährden. Sein Gewinn von 20 bis 41 der Stimmen in den republikanischen Vorwahlen zeigt jedoch, wie weit die Unzufriedenheit mit Bush und die Tendenz zu faschistischen „Lösungen“ in den Reihen der Wähler der Republikanischen Partei verbreitet ist.

Bei der Demokratischen Partei steht Bill Clinton an vorderster Stelle. Er hat 962 Delegierte; 2145 sind zur Nominierung notwendig. Sein stärkster Rivale war Paul Tsongas, ex-Senator von Massachusetts, mit 430 Delegierten. Tsongas hat seine Kandidatur am 19.3. aufgegeben. Jerry Brown hat 129 Delegierte. Die beiden anderen der fünf „Haupt“bewerber, Senator Kerry von Nebraska und Senator Harkin von Iowa, haben sich schon früher zurückgezogen.

Clinton wendet sich an die sogenannte Mittelklasse. Er unterstützt den Plan der Demokratischen Kongreßführung für eine Steuerermäßigung für die Mittelklasse – ca. 300 Dollar im Jahr – und eine höhere Besteuerung der Reichen. Sein Vorschlag, die Ausbildungsdarlehen für Studenten auszuweiten und die Schulden durch einen sozialen Arbeitsdienst tilgen zu können, hat großen Anklang gefunden. Die enormen Kosten einer qualifizierten Berufsausbildung sind für diese Schichten eine drückende Last. Clinton hat beste Verbindungen in die diversen Schichten der Demokratischen Parteimaschine. Er hat ebenfalls beste Verbindungen zum Kapital. Einer seiner Busenfreunde ist Generalsyndi-

kus des Hühnchen-Milliardärs Tyson, dessen Verarbeitungsanlagen die Hälfte der Flüsse im Nordwesten von Gouverneur Clinton's Staat Arkansas so verseuchen, daß sie fürs Badende gesperrt sind. Arkansas gehört auch zu den Südstaaten mit gewerkschaftsfeindlicher Gesetzgebung.

Jerry Brown appelliert an das obere Ende der Mittelklasse, die gut verdienende Intelligenz. Sein „Steuergerechtigkeitsplan“, 13 % Steuer auf das Bruttoeinkommen, greift den Ärger der höherverdienenden Lohnabhängigen gegen die Steuerprogression und gegen die Kapitalisten auf, die die Steuergesetze nutzen können, um keine Steuern zu zahlen. Brown gibt sich ökologisch – er will alle Kernkraftwerke abschaffen. Seit seiner Zeit als Gouverneur von Kalifornien hat er sich meditativer Reinigung unterzogen und firmiert nun als selbsterntunter Anti-Establishment Kandidat.

Tsongas hatte es auf einen anderen Teil der wiederentdeckten Mittelklasse abgesehen: die sogenannten Reagan Demokraten; traditionelle Wähler der Demokratischen Partei, die 1980, 1984 und 1988 Reagan und dann Bush gewählt haben, aber nicht republikanische Abgeordnete und Senatoren. Sein Wirtschaftsprogramm ist von Bush's kaum unterscheidbar – deshalb, so Tsongas, sei er der einzige, der Bush besiegen könnte.

Senator Harkin gilt als Liberaler. Er hat gute Verbindungen zur AFL-CIO-Gewerkschaftsführung, und seine Stimmabgabe im Senat war für die Gewerkschaften. Offensichtlich reichten seine Verbindungen nicht über das Gewerkschaftsestablishment hinaus zu den Aktivisten auf lokaler Ebene, die allein seiner Kandidatur eine Basis hätten verleihen können.

Das Bemerkenswerteste an diesem Wahlkampf ist, daß die Demokratische Partei nicht einmal mehr den Anspruch erhebt, für die nicht-privilegierten Lohnabhängigen, die Armen, die Minoritäten, die Frauen zu sprechen. Ist sich die Bourgeoisie nach dem Zusammen-

bruch der Sowjetunion so sicher, daß sie keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht, daß jede Hoffnung auf etwas anderes als Kapitalismus verflohen ist?

Einzig das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wird von allen Kandidaten der Demokratischen Partei unterstützt. Diese Frage ist aber bisher im Wahlkampf noch nicht aufgebracht worden, entgegen allen Erwartungen. Keiner jedoch erwähnt den seit langem vorliegenden Verfassungszusatz, der volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen garantieren soll.

Der *Guardian*, eine der wenigen überregionalen linken Zeitschriften, schreibt dazu (18.3.92): „Für die meisten Progressiven ist der Kontrast zwischen 1988 und 1992 zugleich hervorstechend und enttäuschend. ... Keiner der drei wesentlichen überlebenden (demokratischen Kandidaten) produziert irgend etwas, das den aufschwellenden Hoffnungen und dem Enthusiasmus gleicht, den (Jesse) Jackson hervorgebracht hat.“ „Warum ist der gegenwärtige Wahlkampf so leer an Möglichkeiten für bedeutsame politische Neuerung? Warum ... ist keiner der Kandidaten vor-

getreten, um die 7 Millionen Stimmen, die (Jackson) 1988 in den Vorwahlen erhielt, für sich zu beanspruchen?“ Die Antwort: alle fünf „wesentlichen Kandidaten“ sind weiß und keiner befaßt sich viel mit Fragen, die für die Schwarzen wichtig sind.“ Nicht überraschend ist, daß „Umfragen zeigen, daß die Stimmabgabe der Schwarzen dieses Jahr bis 2010 bis 30 % unter dem Niveau von 1988 liegt.“

Auf der Rechten hingegen vertritt Buchanan nach Ansicht von *The Nation*, einer anderen überregionalen linken Zeitschrift, mehr als nur „Protestwähler“. „Buchanan hat eine reale Basis in der Wählerschaft. Seine Leute mögen nicht jedem seiner markigen Sprüche folgen ... aber sie sind ein gutes Stück rechts vom Zentrum angesiedelt, das die einstmalige Reagan-Regierung und ihre Nachfolger aufgebaut haben. ... die Vorhut des Buchananismus sind die „neuen Überflüssigen“, diejenigen, die keinen Platz mehr haben in der zurückgeschraubten Wirtschaft von heute, und diejenigen, die das Gefühl haben, daß die Zukunft für sie nichts bringt.“



Verhaftung schwarzer Jugendlicher in Boston (USA)

Dokumente zur Wirtschaftslage und zur Konkurrenz BRD-USA

des amerikanischen Importüberschusses aus dem defizitären Warenaustausch mit Japan. Allerdings gingen die amerikanischen Einfuhren von Kraftfahrzeugen, die im wesentlichen von japanischen und deutschen Produkten bestimmt werden, 1991 von 87,3 Mrd. \$ auf 84,8 Mrd. \$ zurück. Zum Teil ist diese Entwicklung auf die seit Jahresbeginn 1991 erhobene Luxussteuer auf Autos im Wert von über 30000 \$ zurückzuführen ...“ (Handelsblatt, 21.4.22. 2. 92)

„... Die größten Defizite hatten die Vereinigten Staaten 1991 ... gegenüber Japan ... und der Volksrepublik China ...“ (Dramatisch gestiegen, wie es die Tageszeitung USA Today nennt, sind 1991 die Exportüberschüsse im Warenaustausch mit der Europäischen Gemeinschaft von 6,3 auf 16,7 Mrd. \$...“

Ein einziges westeuropäisches Land trübt – aus amerikanischer Sicht – die glänzende Bilanz im Warenaustausch mit der EG: die Bundesrepublik Deutschland. Zwar konnten die USA im Handel mit den vereinten Deutschland ihr Defizit praktisch halbieren; aber es betrug nach 9,4 Mrd. \$ im Jahre 1990 immer noch 4,9 Mrd. \$...“ (Handelsblatt, 25.2. 92)

„Jahr der krassen Widersprüche“

„... Viele Firmen wählen den Weg der ebenso notwendigen wie schmerzhaften Anpassung. Großkonzerne wie IBM, General Motors, AT & T, Du Pont, um nur einige zu nennen, legten mehr oder weniger energisch administrative Wasserkäpfe trocken, restrukturierten ihre Betriebe und schlossen veraltete Anlagen. Zehntausende von Angestellten verloren ihre Jobs und damit meist auch ihre Krankenversicherung.“

Soziale Not kroch in die Mittelschicht, die in den 80er Jahren glaubte, die goldenen Zeiten auf Pump würden nie zu Ende gehen, und häuften politischen Sprengstoff an. Der Personalabbau erreichte im Laufe des Jahres die Ausmaße einer Epidemie. Quer durch alle Branchen, von IBM über General Motors, TWR, United Technologies und Du Pont zu Woolworth, Sears und den Banken zog sich der Abbau von tausenden und nicht selten zehntausenden von Arbeitsplätzen ...“

Eine Änderung der Bilanzierungssichtlinien, die Rückstellungen von

Krankenversorgungskosten und Betriebskosten fordert, drückte die Ergebnisse zusätzlich in den Keller. IBM etwa schrieb im letzten Jahr 3,4 Mrd. \$ für Umstrukturierung ab und stellte weitere 2,26 Mrd. \$ in die Reserven für künftige Krankenkosten ein. Das Resultat war ein Rekordverlust von 2,8 Mrd. \$...“

Was 1991 geschah, läßt sich leicht in Wörtern ausdrücken, die indessen kein um seine Wiederwahl besorgter Politiker je in den Mund nehmen würde. Nach Jahren der Exzesse, in denen die Konjunktur auf Pump florierte, sorgte die Rezession 1991 für einen massiven Zwang zur Anpassung. Die Unternehmen schnallten die Gürtel enger, und die Mehrheit der US-Bürger zahlte hart und unfreiwillig auf die eine oder andere Weise mit einer Senkung ihres Lebensstandards ...“ Die Beseitigung der Strukturprobleme in einem Land, das seit mehr als zehn Jahren ohne wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Konzepte auskommt, deren Regierung auf Kredit und von der Hand in den Mund lebt und die gesamte Konjunkturpolitik der Notenbank in den Schoß gekippt hat, erfordert politischen Mut, und der ist in diesem Wahljahr weder bei den Republikanern noch bei den Demokraten auszumachen. Den vollen Preis in Form einer weiteren Senkung des allgemeinen Lebensstandards, der für die Verschuldungsexzesse Washingtons unweigerlich fällig wird, wagte bisher niemand zu nennen.“ (Handelsblatt, 26.2. 92)

„Deutschlands neue Lage“

„... Von ihrem Umfang her gesehen, stellte die Berichterstattung über Japan die über Deutschland in diesen Tagen in den Schatten. Zu ihren Wortführern hat sich die New York Times gemacht. Das sollte man nicht unterschätzen ... Folgt

man der *New York Times*, so ist Mitte Dezember des Jahres 1991 eine Ära zu Ende gegangen, das Zeitalter deutscher Selbstbescheidung. Zwei Maßnahmen haben zu dieser Erkenntnis geführt: die Erhöhung der Lombard- und Diskontsätze durch die Deutsche Bundesbank, vor allem aber das Vorgehen der Bundesregierung bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Beide Maßnahmen erfolgten innerhalb einer Woche und wurden im Ausland sogleich in einen sachlichen Zusammenhang gebracht ...“ Insbesondere der Bonner Vorstoß in der Jugoslawien-Frage führte zu recht großzügigen Vergleichen mit der deutschen Südosteuropa-Politik im Vorfeld und Verlauf der beiden Weltkriege. Dabei berief man sich auch auf andere: niederrändische und englische Zeitungen seien voller Hinweise auf die deutsche Besatzungspolitik auf dem Balkan während des zweiten Weltkriegs. Mancher Europäer, so erfuhr der Leser der *New York Times* am 27. Dezember, hege gar den Verdacht, daß Deutschland lediglich neue Taktiken anwende, um sein altes Ziel zu erreichen, die Hegemonie auf dem Kontinent ...“ In einem ausführlichen Bericht, dessen eigentlicher Gegenstand die wachsende Besorgnis im Weißen Haus und im State Department über die zunehmende „Annäherung“ beziehungsweise das wachsende Selbstbewußtsein der deutschen Politik war, wies die *New York Times* am 7. Januar ihre Leser darauf hin, daß der Bundeskanzler den deutschen Erfolg bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als „Sieg“ bezeichnet habe ...“ Sieg aber, so der Bericht weiter, sei ein Begriff, der wegen seiner Verwendung in der Propaganda des „Dritten Reiches“ seit dieser Zeit eigentlich nicht mehr zum politischen Sprachrepertoire der Deutschen gehöre. Ein Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums wurde in diesem Zusammenhang mit dem Kommentar zitiert, Kohl könne den „ersten deutschen Sieg seit 1945 verkündet“ haben ...“ (Europa-Archiv 5/1992, Aufsatz des Erlanger Geschichtsprofessors Prof. Dr. Gregor Schöllgen) – (rül)

Eine Delegation der azanischen Befreiungsbewegung Pan Africanist Congress (PAC) berichtet derzeit in der Bundesrepublik über die Entwicklung des Befreiungskampfes in Azania (Südafrika). Bei Redaktionsschluß dieser Zeitung hatten vier Veranstaltungen stattgefunden: in München (80 Besucher), Schweinfurt (50 Besucher), Stuttgart (70 Besucher) und Karlsruhe (25 Besucher), 1600 DM wurden für die weitere Unterstützung des Befreiungskampfes gespendet. Weitere Veranstaltungen finden in den nächsten Tagen in Gelsenkirchen (25.3.), Braunschweig (26.3.), Göttingen (27.3.), Hamburg (29.3.) und Köln (30.3.) statt. Das folgende Interview mit Dr. Skosana, Verantwortlicher für Umwelt, und Dr. Saman, Verantwortlicher für Gesundheit im Exekutivkomitee des PAC, fand am Abend des weißen Referendums statt. — (u/d, rü)

Das Referendum der weißen Minderheit findet morgen statt. Wir wissen, daß es sehr schwierig ist, eine Stellungnahme vor dem Ausgang abzugeben, aber was würdet ihr über die Folgen dieses Referendums sagen?

Saman: Das Referendum ist ein Vertrag, die Unterstützung für die Rechte zahlenmäßig festzustellen. Die rechte Bewegung ist eine faschistische Bewegung, und sie wird die Demokratie nicht respektieren. Wenn der Klerk verliert, wird die Rechte weiterhin die Gewalt fördern und versuchen, ihren Weg mit faschistischen Mitteln zu gehen. Wenn der Klerk gewinnt, wird er mit CODESA fortfahren. Aber CODESA wird weiterhin von den Rechten angegriffen werden, und CODESA wird weiterhin keine Legitimation haben. Die internationale Gemeinschaft, die Regierung und die Widerstandsbewegung stimmen alle überein, daß zumindest allgemeine Wahlen stattfinden müssen.

Ihr habt von rechten Gruppen gesprochen. Was ist Euer Eindruck von der Stärke der offen faschistischen Gruppen und wer unterstützt diese Gruppen?

Saman: Die rechten Gruppen sind traditionell ein dominierender Faktor in der Nationalen Partei und in der Regierung. Sie kontrollieren fast die ganze Verwaltung der Regierung. Sie kontrollieren die Sicherheits-Abteilungen im Dreikammer-Parlament. Die Rechte ist in hohem Grad in alle Strukturen der Nationalen Partei integriert. Es gibt keine scharfe Trennungslinie zwischen beiden Flügeln. Die Rechte besitzt außerdem in hohem Maße Kontrolle über die Wirtschaft, sie hat große wirtschaftliche Macht. Wir glauben, daß sie Kollaboratoren in anderen Ländern hat.

Skosana: Außerdem müssen wir her vorheben, daß die Rechte in der Armee, in den Geheimdiensten und in der Polizei sehr stark ist. Es gibt Schätzungen, daß sie mehr als 60 Prozent dort haben. Dies ist ganz sicher wichtig für die Feststellung, daß weder ein Ja- noch ein Nein-Ergebnis die gewaltsame Bedrohung, die von diesen Rechten ausgeht, beseitigen wird.

Als wir das letzte Mal mit einer Delegation des PAC zusammentrafen, war der PAC noch gebannt. Wie hat sich der PAC in den letzten zwei Jahren entwickelt und was ist die Aufgabe des kommenden dritten Kongresses, der Anfang April stattfinden soll?

Saman: Der Bann gegen die politischen Widerstandsaktivitäten wurde im Februar 1990 aufgehoben. Das erste Ziel des PAC war, ein Mandat seiner Mitgliedschaft zu erhalten. So wurde im Dezember 1990 ein Kongress durchgeführt, dieser Kongress gab uns ein klares Mandat. Außerdem wurden Büros bestimmt, der Nationale Exekutivrat wurde eingerichtet und erhielt ein Mandat. Das Statut wurde beschlossen.

Der wichtigste Beschuß war, daß eine Verfassunggebende Versammlung angestrebt werden soll. Alle Anstrengungen sollen darauf gerichtet werden, diese Versammlung zu erreichen. Der zweite Beschuß ist eng mit dem ersten verbunden. Der PAC soll die Initiative ergreifen für den Zusammenschluß aller Organisationen der Unterdrückten in einer Einheitsfront. Der PAC hat sich seit dem Kongress hauptsächlich darauf konzentriert, eine Patriotische Front zu schaffen und die Verfassunggebende Versammlung auf die Tagesordnung der Nation zu setzen.

Für die Patriotische Front gab es ein erstes Treffen mit dem ANC im April 1991, es gab Treffen mit AZAPO und den meisten Gewerkschaften und mit örtlichen Organisationen und Gruppen. Sie alle wurden zum letzten Treffen der

„Die Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn das Land befreit ist“

Patriotischen Front im Oktober in Durban eingeladen. Und — das ist wichtig festzustellen — die Parteien und Regierungen der Homelands wurden ebenfalls zu diesem Treffen der Patriotischen Front eingeladen. Die Position von Azapo war, daß diese Organisationen nicht teilnehmen dürften, deshalb beteiligte sich AZAPO an dem Treffen nicht.

In der Zwischenzeit hat der PAC seine nationalen Strukturen gebildet, es wurden Abteilungen für verschiedene Aufgaben eingerichtet, z.B. für Erziehung, Gesundheit, Umwelt, Frauen, Lebensbedingungen. Nach der Aufhebung des Bans mußten außerdem die regionalen Strukturen und die örtlichen Gruppen konsolidiert werden sowie eine Verwaltung der Partei aufgebaut werden. Bis heute ist vieles unvollständig.

Saman: Das Referendum ist ein Vertrag, die Unterstützung für die Rechte zahlenmäßig festzustellen. Die rechte Bewegung ist eine faschistische Bewegung, und sie wird die Demokratie nicht respektieren. Wenn der Klerk verliert, wird die Rechte weiterhin die Gewalt fördern und versuchen, ihren Weg mit faschistischen Mitteln zu gehen. Wenn der Klerk gewinnt, wird er mit CODESA fortfahren. Aber CODESA wird weiterhin von den Rechten angegriffen werden, und CODESA wird weiterhin keine Legitimation haben. Die internationale Gemeinschaft, die Regierung und die Widerstandsbewegung stimmen alle überein, daß zumindest allgemeine Wahlen stattfinden müssen.

Ihr habt vorhin von der Einheitsfront gesprochen. Noch im letzten Sommer schien es, als ob Ihr große Fortschritte in der Errichtung dieser Einheitsfront machen und den ANC einbeziehen könnet. Aber mit CODESA erlitt diese Politik einen Rückschlag. Welche Organisationen sind nun Teil der Einheitsfront und wie ist die Zusammenarbeit zwischen dem PAC und dem ANC?

Saman: Um dies zu erläutern, muß man zurück zur Zeit der Freilassung von Mandela und dem Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen gehen: Hauptinhalt der Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung war die Freilassung der politischen Gefangenen. Dazu gab es eine große Massenmobilisierung, eine demokratische Massenbewegung. Als Mandela freigelassen wurde, verlor der ANC an Kraft im Befreiungskampf. Wir glauben, daß der ANC aus diesem Grund zustimmte, uns in Harare zu treffen. Und es schien so, als hätten wir dort Ergebnisse erzielt.

Als PAC und ANC sich trafen, gab es großartige Zeichen der Unterstützung für die Position der Einheitsfront. Der PAC konnte den ANC von der Einheitsfront-Taktik überzeugen. AZAPO begrüßte sie, Gewerkschaften nahmen teil, alle Organisationen, auch Kirchenorganisationen. Und selbsts die Homelands kamen und baten darum, Teil dieses Prozesses zu werden. Wir konnten sie nicht ausschließen. Inkatha beteiligte sich nicht, weil sie zur selben Zeit ihren eigenen Kongress hatten und außerdem der Skandal über ihre Finanzierung durch die Regierung bekannt wurde. Wir baten die OAU, an dieser Konferenz teilzunehmen, und sie finanzierte sie. Auf diese Weise setzten wir die Einheitsfront in Afrika auf die Tagesordnung. Zur selben Zeit forderte das Regime eine Vielparteien-Konferenz, und der ANC forderte eine Allparteien-Konferenz. Wir sahen, daß das Regime die weiße Vorrherrschaft zur Vorbereitung machte. Der ANC hatte ebenfalls einen solchen Vertrag. All dies geschah zur selben Zeit. Das hat der Klerk unter Druck gesetzt, dem ANC mehr nachzugeben. Der ANC ging zurück zu der Klerk, so daß im Augenblick die politische Initiative beim Regime und seinem Prozeß der Umformung liegt statt bei den Massen. Der ANC kommt nun in Schwierigkeiten, das Regime kommt in Schwierigkeiten. Unser Programm ist klar. Wir führen alle Formen des Kampfes fort und wir kämpfen für eine demokratische Ordnung. Ich glaube nicht, daß die Einheitsfront tatsächlich an Kraft verloren hat, aber es ist nicht der richtige Zeitpunkt, die Einheitsfront als Hauptziel in die Debatte zu bringen. Es gibt sie im Hintergrund. Der PAC hält sich die Möglichkeit, mit dem ANC zu sprechen, offen, weil der ANC eine Befreiungsorganisation, eine Organisation des Widerstands ist. Wir haben noch einige Kämpfe gemeinsam auszufechten.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Saman: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichen den Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Vetorecht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem

FPÖ: Haider räumt mit unbequemen Leuten auf

Der Deutschnationale Jörg Haider baut seine Machtpositionen in der FPÖ Zug um Zug aus. Nach Ende des Parteitags Anfang März gab Fraktionschef Gugerbauer überraschend seinen Rücktritt von allen Parteiamtäern bekannt. Damit ist der Weg ins Parlament für den Parteivorsitzenden Haider frei. Der FPÖ-Fraktionschef nannte für seine Entscheidung keine Gründe. Die *NZZ* vermutet, „daß es dabei wohl nicht ganz ohne Druck zuging und der Zustimmung des Betroffenen etwas nachgeholfen wurde“. Gugerbauer, der die FPÖ seit 1983 im Nationalrat vertritt, wurde offensichtlich abgesetzt, um Haider den Weg nach Wien zu ebnen. Der rechtsradikale FPÖ-Vorsitzende hatte schon letztes Jahr darauf gedrängt, diesen Posten zu übernehmen. Der Abgang des als gemäßigt geltenden Gugerbauers ist gleichzeitig ein weiterer schwerer Schlag der Deutschnationalen in der Partei gegen den klassisch liberalen Flügel, der sowieso nur noch eine Randexistenz führt.

Gleichzeitig mit Gugerbauer kehrte ein weiterer Exponent des liberalen FPÖ-Restbestands der Partei den Rücken. Der Unternehmer Mautner Markhof, der noch kurz vor dem Parteitag von einer „Parteidiktatur durch Jörg Haider“ sprach, resignierte angesichts

des Vormarschs der Haider-Getreuen offensichtlich, und erklärte, er scheide aus der Politik aus. Politiker müßten sich früher oder später zwischen ihrem Gewissen und der Partei entscheiden. Er habe sich für das eigene Gewissen entschieden, begründete Mautner Markhof seinen Schritt mit einem deutlichen Seitenhieb gegen Haider.

Den kann das jedoch kalt lassen, hat er doch auf dem jüngsten Parteitag eine sattie Mehrheit auf seine völkisch-nationalistische Linie einschwören können. „Die Reihen hinter Jörg Haider sind heute ... geschlossener denn je“, urteilt die *NZZ* über die Lage in der FPÖ. Von den bekannteren Figuren in der Partei ist jetzt nur noch Heide Schmidt übrig geblieben, die für das Bundespräsidentenamt kandidiert. Und auch an deren Ast wird schon eifrig gesägt. Schmidt hatte sich der heftigen öffentlichen Kritik an dem Haider-Zöglung Mölzer angeschlossen, der in Bezug auf die Ausländerpolitik von einer „Umwirkungs“-Gefahr gesprochen hatte. Mölzer, der zuerst auf sein Bundesrats-Mandat verzichten wollte, ist von seiner Landespartei demonstrativ gebeten worden, es wieder auszuüben, eine schallende Ohrfeige für Schmidt.

Quelle: *NZZ*, 7.3.92 — (jüg)

Krise des Zionismus: Armut nimmt rasant zu

Die zionistische Siedlungstätigkeit erreicht mit 300 000 sowjetischen Juden seit Ende 1989 neue Höhen. Dies wird vor allem durch die imperialistischen Staaten ermöglicht, die einreisewillige Juden mit verschiedenen Mitteln nach Israel umleiten. Die Menge des in Westbank und Gaza-Streifen konfisierten Landes stieg 1991 gegenüber 1990 um 300 %. Aber die neuerliche Einwanderungswelle, von allen zionistischen Kräften befürwortet, weil nur so dauerhaft Israels Position in der Region verbessert werden könnte, bringt zunehmende Obdachlosigkeit und Armut, auch in den 1948 besetzten Gebieten, dem heutigen Israel, mit sich. Die Mieten sind hier seit Oktober 1983 um das Fünfzigfache gestiegen, die Arbeitslosenquote hat die 10 %-Marke überschritten, rund 17 % der Bevölkerung Israels leben mittlerweile unter der offiziellen Armutsgrenze, und der regierende Likud-Block kommt selbst in der Vorphase der im Sommer stattfindenden Wahlen nicht umhin, neuerliche Maßnahmen anzukündigen, jüngst etwa die Verschlechterung des Gesundheitssystems und die Erhebung einer neuen Getränkestuer zur Finanzierung neuer Siedlungsbauten. In der Folge will nach Umfragen

rund ein Drittel der neuen Siedler gerne nach Westeuropa, in die USA oder zurück in die GUS. Ob daher die zionistische Histrad-Gewerkschaft, die in den letzten Jahren jeweils Reallohnsenkungen von 2-3 % zustimmte, bei dieser Haltung bleiben kann, ist zweifelhaft. Diese tiefe Krise des zionistischen Entwicklungsmodeells liefert den Hintergrund des harten Tauziehens um die US-Kreditbürgschaften in Höhe von 10 Mrd. \$. Israel besteht darauf, daß die neuen Siedler sich in Westbank und Gaza-Streifen ansiedeln und dort auf Kosten der Palästinenser bereichern. Der Teufelskreis demonstriert die Abhängigkeit der zionistischen Wirtschaft vom Imperialismus einerseits und dem brutalen Siedlungskurs andererseits. So gewinnt die Außerung Hanan Ashrawis (Mitglied der palästinensischen Nahost-Verhandlungsdelegation), daß „jeder Schritt in Richtung Frieden seine gegenseitige Entschließung in den besetzten Gebieten“ finde, die Bedeutung, daß nach wie vor nur der palästinensische Befreiungskampf Elend und Terror eine wirksame Grenze ziehen kann.

Quellen: Middle East International, 6.3.92; palestina info Okt. 1992; div. Jerusalem Post, Aug. 1991-Febr. 1992. — (uga)

Großbritannien: Labour jetzt angebotsorientiert

Wahlumfragen vor den britischen Parlamentswahlen am 9. April sprechen von etwa gleich guten Chancen für die regierenden Konservativen wie für die oppositionelle Labour-Partei. Interessant ist das Wirtschaftsprogramm der Opposition, ein sogenanntes Gegenbudget. Als Ziele einer eventuellen Regierung Kinnoch gibt Labour an: rasche Erholung der Konjunktur, um eine Basis für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu legen, dann können auch die herrschende Armut bekämpft werden. In dieser Allgemeinheit wäre das noch in der Bandbreite klassisch sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Neu für ein Labour-Programm sind aber die Maßnahmen, mit denen die Wirtschaft gefördert werden soll.

Es ginge um eine effizientere Angebotspolitik, als sie die konservative Regierung betreibe. Das Wachstumspotential der britischen Wirtschaft sei nicht voll freigesetzt worden, vor allem aus zwei Gründen: die Schwächen im britischen Erziehungssystem und in der Berufsausbildung seien weder erkannt noch behoben worden; und zweitens habe sich die Regierung geweigert, In-

vestitionen und Produktivkraftschübe in der Industrie direkt zu fördern.

Die Finanzpolitik der Konservativen sei ebenfalls völlig verkehrt gewesen: Die Ausdehnung der Kredite und die Steuersenkungen hätten nur den Konsum angetrieben, statt die Wirtschaft zum Blühen gebracht. Mit begrenzter Staatsverschuldung für Industrieinvestitionen und Abschreibungserleichterungen trägt das Programm von Labour viele Züge konservativer Wirtschaftspolitik. Auch das Versprechen besserer Sozialleistungen für Arme und Steuersenkungen für die Geringverdienenden widerspricht dem nicht, sondern soll vor allem Wähler fangen.

Die Konservativen haben auf das Labour-Programm reagiert und versuchen, die Eigentum besitzenden Klassen für sich zu mobilisieren. Die Erbschaftssteuer wird reduziert, ein neuer Niedrigsteuersatz für Rentner und Kleinunternehmer wurde vom Schatzkanzler vorgeschlagen, und die Konservativen versprechen, noch weitere Steuern zu senken, selbst wenn dadurch die Staatsverschuldung weiter wächst.

Neue Zürcher Zeitung, 13.3. und 18.3. — (alk)

Internationale Umschau



Um die Einwanderung armer Mexikaner in die USA zu bremsen, hat die US-Regierung neue Maßnahmen zur Verschärfung der Grenzkontrollen zwischen den USA und Mexiko bekanntgegeben. Die „Grenzsicherungsstruppen“ sollen um weitere 200 Mann verstärkt werden, die „illegalen Einwanderer“ aufspüren sollen. Für 5 Mio. Dollar sollen neue Grenzsicherungsanlagen (Zäune, Lichtenlagen, u.a. soll ein 12 Meilen langer „Metallsicherheitszaun“ im Gebiet von San Diego errichtet werden) angekauft werden. Marineschiffe, die derzeit noch im persischen Golf patrouillieren, sollen zur Sicherung der US-Seegrenze zu Mexiko zurückgeholt werden. Bild: US-Grenzbeamte jagen einen Mexikaner mit Kind wieder in den Fluß zurück, über den er (illegal) in die USA einreisen wollte, um dort Arbeit zu suchen. — (rül)

Tschechoslowakei: Nationalisten stärker

7000 Personen beteiligten sich am 11.3. in Bratislava an einer Kundgebung zum Jahrestag des sogenannten selbständigen, von Hitler-Deutschland ins Leben gerufenen slowakischen Staates im Jahre 1939. Sie forderten vom slowakischen Parlament die Erklärung der Unabhängigkeit. Auch außenpolitische Verwicklungen werden provoziert: an der Kundgebung nahmen Vertreter der slowakischen Minderheit in Ungarn teil. Die Gefahr, daß nach den Wahlen nationalistische Kräfte die Mehrheit erhalten, nimmt zu: Aus der slowakischen Regierungspartei hat sich der Flügel, der für eine Trennung von der CSFR eintritt, abgespalten. Er will mit eigenen Kandidaten antreten. *NZZ*, II.-14.3. — (alk)

Finnland reicht Beitrittsgesuch zur EG ein

Zwei Gründe mögen die finnische Regierung, im übrigen nicht einstimmig, dazu getrieben haben, jetzt den Beitritt zur EG zu betreiben: Einmal die Wirtschaftskrise, die durch den Zusammenbruch von vielen Wirtschaftsprozessen mit der benachbarten UdSSR entstand; zum zweiten die Tatsache, daß die Aussichten, mit der EFTA ein von der EG unabhängiges Wirtschaftsbündnis aufrechtzuerhalten, durch die Beitrittsgesuche zweier wichtiger EFTA-Mitglieder, Schweden und Österreich, zunehmend entschwinden. Für den tatsächlichen Beitritt müßte sich im Parlament eine Zweidrittelmehrheit finden, die es derzeit jedoch nicht gibt. *NZZ*, 20.3. — (alk)

China: verstärkter Kampf um die Wirtschaftspolitik

Obwohl gegenüber der bürgerlichen Presse, die sich in der Ausinterpretierung von Sitzordnungen und Wortwahl übt, sicher Vorsicht geboten ist, scheint die gegenwärtige Tagung des Nationalen Volkskongresses im Zeichen verstärkter Auseinandersetzungen über den weiteren Kurs der VR China zu stehen.

Von den für den Weltmarkt weit geöffneten Wirtschaftszonen an der Küste, die im letzten Jahrzehnt eine Sonderstellung innerhalb der chinesischen Wirtschaft errungen haben, geht ein enormer Druck aus. Hier entstehen Tausende neuer Fabriken, werden Arbeitskräfte aus dem ganzen Land angezogen, ballen sich neue Millionenstädte zusammen, konzentrieren sich in immer stärkerem Maße die Ressourcen der chinesischen Wirtschaft — auf Kosten der Staatsbetriebe in den traditionellen Industriegebieten und vor allem auf Kosten der ländlichen Regionen. Eine Folge des unkontrollierten Wirtschaftswachstums, das an der Küste 14 bis 15 % beträgt, ist das neuerliche Emporschneiden der Inflationsrate, die in den Städten bereits wieder zweistellig ist. Die Gruppe um Li Peng machte auf dem Kongreß die Vorgabe, das Wirtschaftswachstum auf 6 % zu beschränken, und plädierte damit für eine gleichmäßige Entwicklung. Dagegen opponieren die Küstenregionen, denen Deng Xiaoping Rückendeckung gibt. — (scc)

Der Fund des Muradan Iwan Gwidonowitsch

Muradan Iwan Gwidonowitsch, ein einfacher Arbeiter des Geologeunternehmens „JUGOSAPTISIS“, verhalf der Region um die Stadt Kursk unfreiwillig zu einem großen Erfolg: Der Mangel an Benzin und Diesel kann nun aus einem „See“ gespeist werden, den er beim Bohren nach Grundwasser fand. Versenken mit dem Auftrag, Kontrollbohrungen zur Kontrolle des Grundwassers anzulegen, stießen Muradan und seine Kollegen in der Nähe des Erdöllagers von Kursk auf blankes — Benzin. Zuerst glaubten sie ihren Augen und Nasen nicht. Später jedoch, als sie den „Fund“ einem echten Lkw zur „Erprobung“ einflößten, arbeite dessen Motor ohne jegliche Probleme. Es war klar: Die Hydrologen hatten Benzin gefunden.

Bei einer näheren Untersuchung stellte sich heraus, daß in einer Tiefe von etwa 7 m ein wahrer „Benzinsee“ existiert. Eine Reihe weiterer Bohrungen führte zu einem genaueren Ergebnis: Der unterirdische „Benzinsee“ nimmt eine Fläche von ca. 4 ha ein. Die Mächtigkeit des „Benzinsees“ schwankt zwischen 1,5 und 7 m. Sie stellen weiter fest, daß etwa ein Drittel des „Sees“ aus Diesel besteht. Es wurde beschlossen, die „Bodenstücke“ zu heben und den geeigneten Verbrauchern zuzuführen. Richtig Freude soll bei dieser Entscheidung nicht aufgekommen sein. Höchstens der schwarze Humor — bedingt durch die Farbe des Erdöls — sei aufgeblitzt: ein Beispiel mehr für die existierende Mißwirtschaft und den leichtsinnigen Umgang mit Natur und Umwelt.

Die Suche nach den Ursachen der Entstehung des „Sees“ bzw. nach dem Verursacher ist nun offenbar schwerer als die „Entdeckung“ des Sees. Die Anlagen des Erdöllagers scheinen in Ordnung zu sein. Und was noch wesentlicher ist: Die Buchhalter haben über all die Jahre keinen Verlust an flüssigen Brennstoffen festgestellt. Das Rechnungssystem ist so „dicht“, daß über Jahre beliebige Mengen Benzin und Diesel im Erdoden verschwinden konnten. Nähtere Untersuchungen haben nun die Wahrscheinlichkeit ergeben, daß die Erdölleitung Orjol-Kursk die „Schuldige“ ist. Sie ist undicht. Das Tropfen der Leitung hat über die gesamte Zeit seit ihrer Inbetriebnahme in den 80er Jahren dazu geführt, den Grundwasserhorizont mit Benzin und Diesel anzufüllen. Quelle: *Iwestja* vom 26.2. 1992 — (alk)

Türkische Politiker fordern: Militär nach Aserbeidschan

Politiker der verschiedensten Richtungen rufen nach einer militärischen Intervention der Türkei auf Seiten Aserbeidschans gegen Armenien. Der Rechts-extreme Türk, der Vorsitzende der Partei der demokratischen Linken, Ecevit, und Mesut Yilmaz, Vorsitzender der größten Oppositionspartei ANAP, wollen alle eine Militärintervention. Präsident Özal erklärte, die Armenier müßten „ein wenig eingeschüchtert“ werden. Nach „Hilferufen“ aus Aserbeidschan hat, laut *Milliyet*, auch der türkische Generalstabschef Güres eine Militäraktion befürwortet. Die Grenzstädte zu Armenien, Ardahan und Idir, wurden zu Provinzhauptstädten erklärt, was eine Verstärkung der dort stationierten Soldaten erlaubt. *NZZ*, 15./16.3. — (alk)



Jeweils mehrere zehntausend Menschen haben am vergangenen Wochenende im niederländischen Amsterdam und in der belgischen Hauptstadt Brüssel gegen das Anwachsen neofaschistischer Aktivitäten, gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen sich häufende Anschläge von Neofaschisten auf Flüchtlings- und Ausländerheime protestiert. In Amsterdam, wo etwa 50 000 bis 60 000 Menschen protestierten, wurden Sprecher der regierenden Christdemokraten ausgespult, als sie sich vor der Demonstration rechtfertigen wollten. In Brüssel nahmen mehrere zehntausend Menschen an der Demonstration teil. Mehrere Gruppen, darunter die revolutionäre „Partei der Arbeit“ Belgiens, forderten ein Verbot aller faschistischen Gruppierungen und Parteien (Bild). — (rül, Bild: Solidair)

Passau: 3000 gegen die DVU

Passau. Am 14. März fand wieder die alljährliche „Großveranstaltung“ der faschistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU) in der Passauer Nibelungenhalle statt. Rund 3000 Alt- und Jungnazis aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien und der Tschechoslowakei waren zu der Veranstaltung, die unter dem Motto „Deutschland, Deutschland über alles“ stand, gekommen. Hauptredner waren der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey, Ehrengast war der britischen „Historiker“ David Irving, der trotz Einreiseverbot für die BRD ungestört reden konnte. In der Nibelungenhalle erhoben sich dabei, wie die Passauer Presse meldete, zahlreiche Hände zum Hitler-Gruß.

Der Versuch, den Einmarsch der Nazis in die Nibelungenhalle bereits am Vormittag zu stören, schlug fehl. Die Polizei griff die AntifaschistInnen aggressiv an und jagte sie in die Fußgängerzone. Dabei gingen einige Schaufensterscheiben zu Bruch. Die Antifas wurden danach immer wieder von der Polizei eingekesselt und angegriffen. Kurzzeitig konnten Straßenkreuzungen in der Nähe der Halle blockiert werden.

Um 13 Uhr begann die Gegendemonstration, zu der ein Bündnis aufgerufen hatte. Hauptrednerin der Auftaktkundgebung war Beate Klarsfeld, die 1968

dadurch bekannt wurde, daß sie den damaligen Bundeskanzler Kiesinger ohrfeigte. Sie engagiert sich heute in Paris gegen den Rechtsradikalismus. Sie rief zur „Konfrontation“ mit der DVU auf, und forderte „statt großer Reden und kleiner Taten, kleine Reden und große Taten“. Dabei dürfe man die „Arbeit“ nicht nur den autonomen Gruppierungen überlassen. Die anschließende Demonstration der ca. 3000 AntifaschistInnen zur Nibelungenhalle verlief ungestört. Bei der Abschlußkundgebung, konnten sich es die Nazis leisten, die Fenster der Halle aufzubrechen, die Reichskriegsfahne zu schwenken und mit erhobenem Arm nach draußen zu „grüßen“. — (ecg)

83 Personen wurden während des Tages festgenommen. Die Polizei rechnete „ein Drittel der Festgenommenen der rechten, zwei Drittel der linken Szene“ zu. Darunter waren fünf Nazis, die Pistolen bei sich trugen. Wie die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CSTK meldete, verweigerte die bayerische Grenzpolizei drei Journalisten und fünf weiteren Leuten, die zur Gegendemo wollten, die Einreise. Nach einer Leibesvisitation die von den deutschen Beamten in „erniedriger Weise“ vorgenommen wurde, sind die acht mit dem Passmerk „unerwünscht“ in die CSFR zurückgeschickt worden. — (ror)

Haushalt von großer Koalition beschlossen

Tübingen. Die Rechten frohlocken: Erstmals seit Jahren gibt es trotz rechter Mehrheit der rot-grünen Fraktionen im Rathaus eine schwarz-orange-rot-gelbblaue Koalition. Die Tübinger Sozialdemokraten wußten mitten im Landtagswahlkampf nichts besseres, als nach rechts zu schießen und sich der CDU in die Arme zu werfen. Der völlige Verzicht auf sozialen Wohnungsbau, Kürzungen bei Kultur- und Sozialinitiativen sowie beim öffentlichen Nahverkehr, dafür aber Gebührenerhöhungen für Kinderbetreuung — das ist die neue Kommunalpolitik der SPD. Neu ist sie natürlich nicht, nur: früher hieß das CDU-Politik und wurde von der SPD als Sozialabbau kritisiert. Grün-alternative Liste, Freie Liste und DKP lehnten den zwischen CDU, SPD und FDP unter aktiver Beteiligung von Stadtkämmerer Schmid (SPD) ausgemuschelten Haushalt ab. Die grundsätzliche Kritik der DKP formulierte Stadträtin Gisela Kehler-Bleicher in ihrer Haushaltrede:

Bei den Haushaltseratungen ist es zwar gelungen, einige Nachbesserungen aufzunehmen. Auch für uns sind das Schulzentrum Weststadt, die Turnhalle für die Grundschule in WHO und das Kinderhaus Weststadt zentrale Anliegen. Allerdings wurden aber fast alle anderen Anträge von uns abgelehnt (...). Damit wird die bisherige Politik von Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit fortgesetzt, die Schaffung von dringend notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschleppen. Der Nachholbedarf wird dadurch immer größer ...

Alle beklagen zwar die Wohnungsnot, doch die Mehrheit im Gemeinderat setzt weiterhin auf privaten Wohnungsbau, der bisher nicht in der Lage war, das Problem zu lösen. Im städtischen Haushalt wurden keine Mittel für städtische Sozialwohnungen eingesetzt. Alle Anträge dazu wurden abgelehnt, und selbst noch am Unterhalt für städtische Gebäude wurden 500000 Mark gekürzt. Wir können dem Haushalt nicht zustimmen, weil mit ihm ein grundsätzlich falscher Weg begonnen wird. Der Haushalt soll durch Leistungskürzungen, Leistungsverzicht und Gebührenerhöhungen saniert werden. Dies trifft Leute mit kleinem Einkommen härter, da diese stärker als die Reichen auf öffentliche Einrichtungen angewiesen sind.

Es ist nicht nur unsozial, sondern auch illusionär, wenn die Mehrheit der Fraktionen meint, sie könnte mit der Kürzung von Zuschüssen im Kulturbereich, mit der Weigerung, ausreichend Mittel für Frauenprojekte zur Verfügung zu stellen und mit Stellenstreichungen zu Lasten der Beschäftigten die Finanzkrise der Stadt lösen.

Gegen Asylrecht-Abbau — Asyl ist Menschenrecht

München. Rund 1000 Menschen demonstrierten unter diesem Motto am 21. März, dem UNO-Tag gegen Rassismus, in München gegen die Asyl-Politik der Bundesregierung und die Unterbringuungspraxis des Münchener Stadtrates. In München wurde in letzter Zeit immer wieder die Konzentration Asylsuchenden debattiert. Auf dem nun frei werdenen alten Flugplatz Riem soll jetzt eine „Asylanten-Stadt“ mit mehreren tausend Einwohnern im Containerbau entstehen, mit eigener Infrastruktur (Lebensmittelmarkt, Arztpraxis, Postamt u.s.w.). Dagegen, wie auch gegen alle anderen Sammellager, wendet sich eine Unterschriftenaktion des „Münchner Bündnis gegen Rassismus“. „Wir Münchner Bürger sind nicht so, wie die CSU ... , aber auch OB Kronawitter uns gerne hätten.“ — (ecg)

Schluß mit der Türkeihilfe!

Karlsruhe. Am kurdischen Newrotag, dem 21.3., demonstrierten in Karlsruhe über 400 Menschen ihre Solidarität mit dem Widerstand und Aufstand des kurdischen Volkes. Erfreulich war die Beteiligung von über 200 deutschen Personen. Auf Kundgebungen (Innenstadt, Bundesanwaltschaft, türkisches Konsulat) wurden Beiträge über den Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan, die deutsch-türkische Zusammenarbeit, die PKK-Prozesse, die deutschen Waffen-transporte, die türkischen Massaker usw. gehalten. Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Rose Glaser, griff in einem Beitrag das deutsche Ausländer- und Asylrecht an. Vor dem Konsulat wurde eine türkische Fahne verbrannt.

Aufgerufen hatten ERNK, mehrere Kurdische Solidaritätsgruppen aus Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Waldkirch und aus Karlsruhe AKI, DKP, Grüne, Freie Jungenschaft, Infobüro, Sozialistische Linke und das besetzte Haus Stefaniensstraße. — (rub)

Polizeidirektion Tübingen informiert Arbeitgeber

Tübingen. Die Stuttgarter Handwerkskammer hat der Angestellten Brigitta Maegraith mit der Begründung gekündigt, die Polizeidirektion habe mitgeteilt, daß „polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen“ gegen die Beschäftigte eingeleitet worden seien; sie stünde „extremen Organisationen“ nahe. B. Maegraith arbeitet in einer Initiative, die sich für die Verbesserung der Haftbedingungen politischer Gefangener einsetzt, besucht regelmäßig A. Sievering und dokumentierte 1990 im Rahmen einer Austauschreise mit Vertretern des ANC. Sie hat gegen die Entlassung geklagt, ihr Vater hat sich wegen der eklatanten Verletzung des Datenschutzes an die Datenschutzbeauftragte gewandt. — (evc)

Unterstützung der Aktion zum Todestag Ph. Müllers

Essen. Am 14.3. fand das dritte bundesweite Treffen zur Vorbereitung der Demonstration zum Todestag Philipp Müllers statt. 780 Personen und 36 Organisationen haben den Aufruf unterschrieben, darunter DKP, SDAJ, Arbeiterbund, mehrere Landesverbände der PDS, antifaschistische Zusammenschlüsse sowie BWK und Volksfront. Die Unterschriftensammlung soll fortgeführt werden. Als Lösung für die weitere Mobilisierung wurde beschlossen: „Vor 40 Jahren: Philipp

Müller erschossen. Wieder auf nach Essen zum Kampf gegen Nationalismus, für Frieden und Völkerverständigung“: Die Demonstration am Samstag, 9.5., soll um 11.00 Uhr vor der Grugahalle beginnen, die Abschlußkundgebung ist um 12.30 Uhr auf dem Kopstadtplatz: anschließend soll Möglichkeit zur Teilnahme an einem Treffen bestehen. Dabei soll eine Aussstellung über die Ereignisse am 11.5.1952 gezeigt, dem Tag der „Friedenskarawane“, bei der Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde. Über die Kundgebungsredner fand noch keine Verständigung statt, dies soll beim nächsten Treffen am 4.4. geschehen. Gesprochen wurde auch über Probleme des Bündnisses am Ort. Weil u.a. die Essener Grünen Kritik an der Endfassung des Aufrufs äußerten, an der Aktion aber durchaus Interesse haben, soll auf Aufruf-Flugblättern eine Rubrik „Unterstützer der Aktion“ eingeführt werden. Außerdem soll für Essen und umliegende Orte eine gesonderte Beratung stattfinden. — (wof)

Afrikanischer Gefangener bei Auslieferung bedroht

Hamburg. Im April wird Demba Diop, ein afrikanischer Gefangener im Rheinbacher Gefängnis, aus der Haft entlassen. Er soll sofort in sein Heimatland Mauretanien abgeschoben werden. In den 70er Jahren war Diop in den FLAM (Forces de Libération Africaine de Mauritanie) aktiv; seine Abschiebung würde deshalb sofortige Verhaftung, eventuell Folter und Repression bedeuten, als Mitglied der FLAM könnte ihm sogar der Tod drohen. Die FLAM organisierten den Widerstand gegen die Versklavung und Unterdrückung der schwarzafrikanischen Minderheit durch die Mehrheit der afrikanischen Berber. — (jeh)



GEW-Demonstration gegen Mittel-Kürzungen

Düsseldorf. Über 20 000 Lehrer demonstrierten am 19. März vor dem nordrhein-westfälischen Landtag gegen die Bildungspolitik der Landesregierung. Die GEW hatte unter dem Motto „Wir lassen uns nicht kaputtsparen“ aufgerufen. Die Demonstration richtete sich zum einen gegen die Landeshaushalt vorgesehenen Kürzungen bei den Schuleinstäts, gegen den von der Landesregierung verhängten Einstellungsstopp und gegen die Pläne der Landesregierung, die Schulen nach der Studie einer Unternehmensberatung zu „rationalisieren“ und Arbeitszeiten der Lehrer zu verlängern. — (uld)

Vom „Sicherheitsbedürfnis“ eines Großkonzerns

Mannheim. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal ermittelt wegen des Verdachts der Weiterleitung polizeilicher Daten an die BASF gegen Beamte des Polizeipräsidiums Ludwigshafen. Zur Sicherung von Beweisen hat sie inzwischen zwei Durchsuchungen in der Konzernzentrale durchgeführt: So stellte sie am 28.2. einen Datenträger sicher mit Daten über 60000 Personen, die sich seit dem 1.3. 1987 bei der BASF beworben hatten und abgelehnt wurden sowie über 10000 BASF-Beschäftigte. Die BASF legte gegen diese Beschlagnahme Beschwerde ein; die Daten können vorerst nicht gesichtet werden. Gegen die Beschlagnahme von 50000 Datensätzen aller seit dem 1.2. 1986 eingestellten BASF-Bediensteten und tätig gewordene Fremdfirmenmitarbeitern hatte der BASF-Vorstand zuvor ebenso erfolgreich Einspruch eingelegt wie gegen die Einsichtnahme in die Personalakten von 150 Werkschutzeigentümern. Der rheinland-pfälzische Justizminister Caesar (FDP) und die Generalstaatsanwältin Rechling (Zweibrücken) decken die Personalien der Jugendlichen festgestellt hatte.

Wenn man diese Fakten als Spitze eines Eisberges betrachtet, wird die Aussage eines ehemaligen Kripo-Beamten glaubhaft, der sich mittlerweile als Detektiv selbstständig gemacht hat: Es habe einen ständigen Datenrückfluß von der Polizei an die BASF gegeben. Passend dazu ist nun bekannt geworden, daß zwischen 1959 und 1979 die BASF eine ganze Polizeiwache finanziert und aus-

festgehalten „Verdachtsmomente“, Haftbefehle oder Vorräten. Ob es hier einen Datenrückfluß gegeben hat — darauf beziehen sich primär die Ermittlungen. Vom (seit knapp einem Jahr SPD geführten) rheinland-pfälzischen Innenministerium bestätigt ist auch die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der BASF bis 1988. Es liegt ferner die Aussage eines Mannes vor, der 1977 seinen Arbeitsvertrag mit der BASF schon so gut wie in der Tasche hatte und zwei Tage vor dem Eintrittstermin eine Absage bekam mit dem Hinweis, er solle sich an seine Vergangenheit erinnern. Der Mann war nach eigenen Aussagen einmal in seinen Jugendjahren wegen Fahrsens ohne Führerschein verurteilt worden. In den 80er Jahren wurde zweimal eine Wiederbewerbung mit Hinweis auf 1977 abgelehnt. 1988 vernahmen Vorgesetzte zwei Azubis wegen der Teilnahme an einer Demonstration in Mannheim, in deren Anschluß die Polizei die Personalien der Jugendlichen festgestellt hatte.

Wenn man diese Fakten als Spitze eines Eisberges betrachtet, wird die Aussage eines ehemaligen Kripo-Beamten glaubhaft, der sich mittlerweile als Detektiv selbstständig gemacht hat: Es habe einen ständigen Datenrückfluß von der Polizei an die BASF gegeben. Passend dazu ist nun bekannt geworden, daß zwischen 1959 und 1979 die BASF eine ganze Polizeiwache finanziert und aus-

gestattet habe bis hin zur Stellung von BASF-gezeichneten Handtüchern.

Die Ermittlungen sind weiter im Gang. Die BASF beklagt mittlerweile die „Rechtsunsicherheit“ in diesen Fragen.

Der Betriebsrat der BASF ließ sich von der Staatsanwaltschaft über die Hintergründe der Ermittlungen unterrichten. Er fordert wie die Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Chemie die Offenlegung des gesamten personenbezogenen Datentransfers zwischen staatlichen Stellen und der BASF ihm gegenüber.

Die Grünen sowohl in Ludwigshafen wie in den Landtagen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben Anfragen eingereicht über den beanstandeten Datenaustausch. Die Alternativen BASF-Aktionäre haben eine Anfrage an den BASF-Vorstand gerichtet, warum Leute aus ihren Reihen beim Flugblatt verteilen vor den Werkstoren vom Werkschutz fotografiert würden und ob Dossiers über die betreffenden Personen angelegt worden seien. Der Landesparteitag der Grünen Rheinland-Pfalz forderte inzwischen eine Verschärfung des personenbezogenen Datenschutzes im Landesdatenschutz-, Polizeiverwaltungs- und Landesverfassungsschutzgesetz. Grundsätzlich solle keine Weitergabe öffentlich erhobener Daten an nichtöffentliche Stellen erfolgen.

Quellen: *Mannheimer Morgen* und *Rheinpfalz*; div. Ausgaben — (tht)



Stuttgart. Am 21. März demonstrierten 25 000 Leute, darunter ca. 15 000 Lehrkräfte, für bessere Arbeitsbedingungen, d. h. vor allem Arbeitszeitverkürzung, Neueinstellungen und damit kleinere Klassen. Der GEW-Landesvorsitzende R. Dahlem erhielt besonders viel Beifall, als er unter Hinweis auf den kommenden Warnstreik der Berliner Lehrerschaft meinte, es sei auch im Lande Zeit, den Bettel hinzuwerfen. — (zem)

Zweiter antifaschistischer Ratschlag

Stuttgart. 50 Leute nahmen am zweiten landesweiten antifaschistischen Ratschlag am 22. März teil. Alfred Hauser, Ehrenvorsitzender der VVN Baden-Württemberg, regte in seiner Begrüßung u. a. die Schaffung einer Anlaufstelle zur Beobachtung faschistischer Aktivitäten im Land an. Anzustreben sei ein gemeinsames Informationsorgan. Die Tagung fand zum größten Teil in den sechs Arbeitsgruppen (Neuformierung der Rechten, AusländerInnen- und Asylpolitik, Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der BRD, Militärpolitik / Großmachtspolitik der BRD in Osteuropa, Antifaschismustheorien, Faschistische Überfälle und Gegenwehr) statt. Im Abschlußplenum wurde unter anderem festgehalten: der nächste Ratschlag findet Ende September / Anfang Oktober im Raum Nordbaden statt. Themen sind: 30. Januar 1993, Gemeinsames Informationsorgan zur Beobachtung der Faschisten, Diskussion um die Behandlung politischer Gefangener. Die Ergebnisse und Diskussionsbeiträge des Ratschlags werden in einem Reader veröffentlicht — (heb)

Grüne klagt gegen AKW Krümmel

Lüneburg. Lüneburgs stellvertretende Landrätin R. Backhaus hat gegen die atomrechtliche Genehmigung für das AKW Krümmel geklagt. Sie geht davon aus, daß das AKW Krümmel bei der Häufung der Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch eine wesentliche Rolle spielt. Die Klage richtet sich gegen die Nachtragsgenehmigung für das Atom-

kraftwerk. In Krümmel sollen neuartige, kurze Brennstäbe eingesetzt werden, die einen „wesentlich höheren Abbrand bewirken“. Die spezifische Aktivität pro Kilogramm Uranoxid sei entsprechend höher, bei Brennelementenschäden oder Störfällen können „erheblich größere Mengen radioaktiver Schadstoffe in die Umwelt gelangen.“ — (rec)

Tarifforderung Einzelhandel NRW

Köln. Vom 9. bis 11. März tagte die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV für den Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen, um die Lohn- und Gehaltsforderung für die kommende Tarifrunde 1992 zu beschließen. Folgendes Forderungspaket wird HBV den Arbeitgebern in NRW vorlegen:

- Das Endgehalt der VerkäuferInnen der Gehaltsgruppe I soll von derzeit 2660 DM auf 3000 DM angehoben werden.
- Die übrigen Gehälter und Löhne sollen um 250 DM, mindestens 9,5%, erhöht werden.
- Die Lohngruppe LIIa (2101 DM) soll gestrichen werden.

— Für die Auszubildenden fordert HBV eine Vergütung von 1100 DM im 1. Ausbildungsjahr (derzeit 820 DM), 1200 DM im 2. Jahr (derzeit 900 DM), 1300 DM im 3. Jahr (derzeit 1050 DM). Nach Abschluß der dreijährigen Ausbildung sollen sie in das 4. Berufsjahr mit 2400 DM eingruppiert werden.

— Die Abschläge für ungeliebte Angestellte unter 26 Jahren sollen abgeschafft werden. Die ersten Verhandlungstermine mit den Arbeitgebern stehen bereits fest. Am 13. April 1992 werden sich die Verhandlungskommission der HBV und die Arbeitgeber zum ersten Gespräch zusammensetzen. — (big/anl)

Manteltarif: Flexi-Angriff der Chemiekapitalisten

Hannover. Die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag (MTV) für die chemische Industrie (West) sind von der IG Chemie im November mit der Vorlage eines 10-Punkte-Forderungskatalogs eröffnet worden. Dieser Katalog beinhaltet neben der Arbeitszeitverkürzung in Stufen auf 35 Wochenstunden (gegenwärtig 39, als nächste Stufe 37) etliche Verbesserungen für Schichtarbeiter (bei gleichzeitiger prinzipieller Tolerierung der Schichtarbeit) wie 33,6 Stundenwoche für Kontischichtarbeiter ab dem 50. Lebensjahr; Erhöhung der Nachtzuschläge von 20 auf 25 % und Zahlung ab 20 statt 22 Uhr; Einführung einer Zulage bei zweischichtiger Arbeitsweise. So dann wird eine Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes, die Vereinheitlichung der Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte u. a. m. gefordert.

Nachdem der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) erklärt hatte, daß „eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit kein Tabu“ sei (eine Verkürzung von 39 auf 37 allerdings mit 5,4 % bei kommenden Lohnverhandlungen „angerechnet“ werden müsse), legten die Chemiekapitalisten in der dritten Verhandlungsrunde Mitte März ihre Flexibilisierungsvorstellungen auf den Tisch. Während die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bisher innerhalb von 6 Monaten Verteilzeitraum sichergestellt sein muß, wollen sie 12 Monate im Tarif und über 12 Monate hinaus per

Betriebsvereinbarung geregelt haben. Der MTV soll eine Öffnungsklausel enthalten, die per Einzelarbeitsvertrag unter Ausschaltung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats eine individuelle Arbeitszeit von bis zu 40 Stunden vorsieht — die Kapitalisten denken da an Beschäftigte in Forschung, Technik, Reparatur, Ausbilder und Auszubildende. Die Einführung einer Zweischicht-Zulage halten sie für „unvertretbar“. Die Übernahme der im Einkommensteuergesetz geltenden Zeiträume für steuerfreie Sonntags-, Feiertags- (bis 4 Uhr des Folgetags) und Nachtzuschläge (ab 20 Uhr) lehnen sie ebenso wie die Erhöhung der Nachtzuschläge auf 25 % ab.

Die IG Chemie-Verhandlungskommission weicht demgegenüber erschreckend zurück. Sie hat sich bereits vor Jahren auf einen 12monatigen Verteilzeitraum der Arbeitszeit bei Kontischicht eingelassen und hält jetzt als Obergrenze für alle 12 Monate für möglich. Die Differenzierung der Arbeitszeit würde sie mittragen, wenn für einzelne Beschäftigungsgruppen Regelungen nach oben (39) und auch nach unten (35) möglich sind und die Mitbestimmung des BR gewahrt bleibt. Dagegen ist ihr Festhalten an einer manteltariflichen Auffangregelung — sozusagen ein Mindeststandard für die Durchführung der AZV, wenn sich BR und Kapitalist nicht einigen (gegenwärtig alle 8 Wochen 1 freier Tag) — aber auf jeden Fall richtig. — (mio)

Natürlich umschleichen sich die beiden Erzrivalen auf dem europäischen Gabelstaplermarkt — Jungheinrich und Linde — weiterhin mit hungrigen Blik-

Kindergartenplätze: Die Versorgung ist nach wie vor nicht ausreichend

Essen. Am 1. Januar 1992 ist in Nordrhein-Westfalen das neue Landesgesetz über „Tageseinrichtungen für Kinder“ (GTKO) in Kraft getreten. Die Ablösung des vorherigen Kindergartengetzes war erforderlich geworden, nachdem auf Bundesebene ein neues Kinder- und Jugendhilfegesetz beschlossen worden war. Für den Kindergartenbereich (Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung) sah es zunächst so aus, als ob ein Rechtsanspruch auf einen Platz in das Gesetz aufgenommen werde. Der Widerstand der Städte — u.a. wegen der Finanzklemme, in der sie stecken — hat das verhindert. Der folgende, etwas gekürzte Artikel ist der Essener Zeitung *Grüne Zeiten* entnommen. — (wof)

... Umso größer war da die Hoffnung, daß die Städte über das Landesauführungsgesetz (GTK NRW) noch gezwungen werden könnten, die Versorgung wesentlich zu verbessern. Im NRW-Vorläufergesetz war eine Mindestversorgung von 75 % für den Kindergartenbereich vorgeschrieben. Die Grünen hatten in einem eigenen Gesetzentwurf 100 % gefordert. Gleichzeitig wurde auf eine Mindestversorgung für die bis dato nicht geregelten Bereiche für Kinder unter 3 Jahren gehofft. Im verabschiedeten Gesetz sorgte die SPD lediglich für die minimale Vorschrift, daß „ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an Kindertageseinrichtungen für Kinder ...“ bereit zu stellen sei.

Immerhin kündigte die SPD-Landesregierung parallel zum neuen Gesetz ein Sonder-Ausbauprogramm an. Danach sollte bis 1995 eine 90 %ige Versorgung mit Kindergartenplätzen erreicht werden. Insgesamt 125 000 Plätze sollen geschaffen werden. Von den Plätzen für Kinder unter 3 und über 6 Jahren — im neuen Bundesgesetz mit dem Kindergartenbereich gleichgestellt — ist im Sonderprogramm der SPD-Landesregierung jedoch nur noch am Rande die Rede. Ob die 125 000 Kindergartenplätze Realität werden, steht in den Sternen. Es deutet alles darauf hin, daß die Landesregierung beispielsweise ihre Investitionskostenzuschüsse derart reduziert, daß anstelle der vorgesehenen 50 % Zuschuß real nur 30 % herauskommen.

In Essen fehlen nach Aussage des Jugendamtes allein 2828 Plätze, um im Kindergartenbereich eine 90 %ige Versorgung zu erreichen. Für den Bereich der Kinder unter 3 Jahren fehlen 440 Plätze an der noch sehr dürftigen Zielvorgabe des Rates von 4 %. Bei der außerschulischen Betreuung von schul-

pflichtigen Kindern (Hort) fehlen an der 7 %-Versorgungsquote des Rates sogar 1162 Plätze. Alles in allem müssen also in Essen dringend 4430 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen geschaffen werden.

Zumindest auf der Ebene der Planung ist beim Jugendamt der Stadt wohl einiges getan worden. Die derzeit geplanten Maßnahmen würden insgesamt 1794 Kindergartenplätze, 280 Kleinkindplätze und 671 Hortplätze schaffen und damit die Versorgung erträglicher werden lassen — wenn sie realisiert werden.

Hier mehren sich die Zweifel. Aus den Ratsausschüssen war wiederholt zu hören, daß das Programm finanziell auf wackigen Beinen steht. Ferner wird zunehmend die Notwendigkeit angezweifelt, die Versorgung mit Plätzen im Kleinkind- und Hortbereich zu verbessern. Im Hortbereich sollen Lösungen an der Schule (in der Regel ohne Mittagsversorgung) den Vorrang bekommen. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß die Schulen in nächster Zeit in nennenswertem Umfang zusätzliche Ganztagsbetreuungsplätze einrichten

werden. Für den Kleinkinderbereich deutet sich langsam wieder der alte Mief von der Rolle der Frau bei der Betreuung der Kinder an. Was jetzt noch zur Demontage fehlt, ist eine finanzielle Begründung. Die liefert die Landesregierung für die beiden Bereiche außerhalb des Kindergartens gerade, indem sie nur minimale Platzkontingente in den kommenden Jahren mitfinanziert.

Die Stadt Essen — soviel ist sicher — wird die fehlende Landesfinanzierung für den Kleinkind- und Hortbereich nicht übernehmen. Wie realistisch eine Verbesserung der Versorgung im ideo-logisch unbelasteten Kindergartenbereich ist, wird sich wohl erst nach Vorlage der tatsächlichen Fördersätze durch die SPD-Landesregierung zeigen. Dann wissen wir genau, wieviel von den Wahlversprechen der SPD aus der Landtagswahl übrig bleibt. Derzeit tobt jedenfalls in den Essener Stadtteilen der Verteilungskampf um die Mangelware Kindergartenplatz weiter. In Essen-Rüttenscheid kommen z.B. an der Isenbergstraße auf 20 freie Plätze 100 wartende Kinder. — (J.W.)



„Japaner kommen!“ Jungheinrich und Linde/Still wollen kooperieren

Norderstedt. „Die Japaner kommen!“ mit diesem Alarmruf wird in diesen Wochen allenthalben versucht, bei dem Gabelstapler-Konzern Jungheinrich mobil zu machen: Die Belegschaft soll in eine neue Konkurrenzschlacht geführt werden. Nachdem es den japanischen Gabelstapler-Konzernen, z.B. Toyota, gelungen ist, den US-amerikanischen Markt mit ihren Produkten zu beherrschen, ist der Schrecken des deutschen Kapitals groß, auch hier könnte eine ähnliche Entwicklung eintreten.

Deshalb wird scheinbar der Belegschaft gegenüber das bisher gültige Firmen-Feindbild verschoben, um die Zusammenarbeit mit dem stärksten Gegner — der Linde AG — plausibel zu machen.

Der aktuelle Fall: Die Jungheinrich-AG will zusammen mit dem Linde-Konzern auf der grünen Wiese ein gemeinsames Elektromotorenwerk für Gabelstapler errichten. Durch Zusammenlegen der Elektromotorenfertigung der beiden Konzerne, so hofft das Management, werden Losgrößen erreicht, die die Fertigungskosten um 25 % bis 30 % senken. Damit wäre ein mit Toyota vergleichbares Kosteniveau erreicht und gemeinsam wären Jungheinrich und Linde in der Lage, die japanische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen.

Natürlich umschleichen sich die beiden Erzrivalen auf dem europäischen Gabelstaplermarkt — Jungheinrich und Linde — weiterhin mit hungrigen Blik-

ken. So wittert Jungheinrich, obwohl nur halb so groß wie Linde, für sich einen günstigen Moment, Linde zur Kooperation zu zwingen und den Profit in der neuen Motorenfirma zu 50 % kassieren zu können. Linde/Still muß nämlich seit August in der Fertigung kurzarbeiten lassen.

Was bedeutet das für die Belegschaft? Vertrauenskörper der IG Metall und Betriebsräte bei Jungheinrich haben diese Situation beraten und ihre Forderung „Die Motorenfertigung muß in Norderstedt bleiben!“ auf einer Belegschaftsversammlung und in Aushängen dargelegt.

* Bei Fremdverlagerung der Motorenfertigung und -entwicklung würden ca. 100 Arbeitplätze in Fertigung, Entwicklung, Arbeitsvorbereitung und Steuerung vernichtet. Niemand garantiert heute, ob es nicht beim nächsten Schritt zusätzlich die Arbeitsplätze für Leitungsteile, Schützständer, den Apparatebau, die Kabelfertigung, die Steuerungen oder für die Ladegeräte treffen wird.

* Rationalisierung und Fremdverlagerung bedrohen die Arbeitsplätze ohnehin. Seit 1988 wurden sowohl die Produktpalette als auch die Fertigungstiefe ständig verringert. Jungheinrich macht sich dadurch zum Arbeitgeber für andere Belegschaften durch Auslagerungen nach Dambach, Thyssen, Ahlmann und Yale.

* Jungheinrich hat für Norderstedt ho-

he Subventionen durch die Zonenrandförderung kassiert. Daher trägt die AG doppelte Verantwortung für die Erhaltung der Arbeitsplätze hier.

* Die Produktion in Norderstedt war bisher immer das Rückgrat des Wachstums der Jungheinrich-Gruppe. So wuchs der Umsatz der Gruppe von 1981 mit 628 Mio. DM auf 1600 Mio. DM in 1991. Die Produktion stieg im gleichen Zeitraum von 8 800 Fahrzeugen auf 18 300 Gabelstapler.

* Die Elektromotorenfertigung läßt sich auch in Norderstedt modernisieren. Jungheinrich könnte zusammen mit der eigenen Gabelstaplerfirma MIC in Frankreich Motoren bauen.

* Für den Vertrieb waren bisher die guten Jungheinrichmotoren das Verkaufargument Nummer eins gegenüber anderen Produkten. Wenn im Konkurrenzprodukt von Linde der gleiche Motor läuft, fällt dies Argument weg.

* Die Aussicht auf einen Sozialplan darf und kann niemanden trösten. Eine Abfindung ist schnell aufgezehrt und sichert niemals die soziale Existenz der Kollegen und ihrer Familien.

Der Betriebsrat fordert, sollte der Vorstand zu der Entscheidung der Verlagerung der Motorenfertigung kommen, einen Interessenausgleich mit verbindlichen Zusagen über Beschäftigungssicherung mit sinnvollen Arbeitsinhalten für jetzige Personalstärke. — (hel)

Die Auslieferung des früheren DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker an die Strafverfolgungsbehörden der BRD stehe unmittelbar bevor, melden Presseorgane. Der „Fall Honecker“ hat auch eine völkerrechtliche Dimension. Wie schon bei der Annexion der DDR sind die Staatsorgane der BRD auch bei dieser Verfolgung dabei, das von der Anti-Hitler-Koalition nach dem zweiten Weltkrieg dem deutschen Imperialismus aufgezwungene Völkerrecht in wesentlichen Punkten wieder zu ändern — hin zu einem völkischen Völkerrecht, das die Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten wieder in extremem Ausmaß erlaubt, hin zu einem Siegerrecht der großen, imperialistischen Weltmächte. Wir dokumentieren im folgenden die Position, die die chilenische Regierung gegenüber den Auslieferungsfordernungen der BRD vertritt, und schildern Grundsätze des bisher geltenden Völkerrechts hinsichtlich der Nachfolge von — untergegangenen, annektierten — Staaten. — (chc, ulb)

Die Regierung der BRD verkündet seit Monaten vor der Weltöffentlichkeit, es sei doch wohl selbstverständlich, daß die Auslieferung des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, ein ganz normales Verlangen im Sinne des (inter)nationalen Rechts sei. Doch die Normen des internationalen Rechts besagen da etwas völlig anderes.

Die DDR ist als Staat im Sinne des internationalen Rechts untergegangen. Ein Staat geht im rechtlichen Sinn unter, wenn eines der drei konstitutiven Merkmale — Territorium, „Staats“bewölke-

Der „Fall Honecker“ — Ein Fall völkerrechtswidrigen Verhaltens der BRD

nung, Staatsorgane — auf längere Zeit hin nicht mehr existiert. Im Fall der DDR existieren weder eine Staatsgewalt, noch eine „Staats“bewölkerung, noch ein Staatsterritorium. Unerheblich dabei ist, wie dieser Staat untergegangen ist: ob durch vertragliche Vereinbarung mit dem Nachfolgestaat, ob durch Annexion oder sonstwie. Diese Feststellung ist wichtig für die Frage der (auch strafrechtlichen) Haftung von völkerrechtlichem Unrecht. Denn im Gegensatz zu innerstaatlichen Rechtsverhältnissen sind es im Verhältnis der Staaten zueinander die souveränen Staaten, die als Subjekte des internationalen Rechts handeln und für diese Handlungen haftbar sind: „Infolge der weitgehenden Mediatisierung des Menschen im Völkerrecht wird ein völkerrechtliches Unrecht in der Regel von Staaten und gegen Staaten begangen. Nur im Falle der Begehung eines Kriegsverbrechens wird das Unrecht dem Menschen zugerechnet, der die verbotene Tat gesetzt hat und der hierfür nun persönlich haften muß. Auch jedes andere völkerrechtliche Unrecht wird aber letzten Endes von Menschen begangen. In allen Fällen, mit der Ausnahme der Kriegsverbrechen, wird ein solches Unrecht dennoch dem Völkerrechtssubjekt ... zugerechnet, als dessen Organ der Täter eine Handlung setzte oder unterließ. Die Unrechtsfolgen ... werden von diesem Völker-

rechtssubjekt getragen ... Bei Untergang eines Staates ... erlischt die Haftung. Sie geht also nicht etwa auf den oder die Gebietsnachfolger über.“ (Seidl-Hohenfelden, Völkerrecht, 5. Aufl. 1984, S. 357 f., 362).

Die Handlungen, wegen derer die Staatsorgane der BRD eine Auslieferung Honeckers von Chile bzw. der GUS verlangen, hat dieser — unabhängig von der Frage, ob in diesen Handlungen Unrecht im Sinne internationalen Rechts zu sehen ist — als Vertreter eines Staates, der DDR, begangen (behaupteter „Schießbefehl“ an „der Mauer“ und der Staatsgrenze der DDR zur BRD). Selbst im Fall völkerrechtlichen Unrechts, was hierdurch begangen worden sein soll, haftete hierfür der Staat DDR und nicht die Person Honeckers. Da die DDR zweifellos als Staat untergegangen ist, besteht kein Subjekt des internationalen Rechts mehr, das für diese Handlungen haftbar gemacht werden könnte. Schon aus diesen Gesichtspunkten heraus ist das Verlangen der Staatsorgane der BRD, Honecker auszuliefern, rechtswidrig.

Daran ändert auch das sog. „Weltrechtsprinzip“, das die Geltung des deutschen Strafrechts für bestimmte Straftaten vorsieht, auch wenn sie im Ausland oder von einem Ausländer begangen wurden, nichts. Denn die Honecker vorgeworfenen Handlungen fal-

len zum einen nicht unter die §§ 5 bis 7 StGB, zum anderen gelten die o.g. Regelungen des internationalen Rechts.

Nach § 5 StGB können Straftaten nach dem Strafrecht der BRD auch dann bestraft werden, „wenn die Tat im Ausland oder in der DDR begangen wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Täter Inländer oder Ausländer ... und ob die Tat nach dem Recht des Tatorts strafbar ist“ (Dreher/Tröndle, StGB-Kommentar, § 5, Rz. 1). § 5 nennt hier u.a.: Vorbereitung eines Angriffskrieges, Hochverrat, Landesverrat, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Anwendung dieser Vorschrift scheidet im Fall Honecker aus. Auch die Geltung deutschen Strafrechts für Vergehen wie Völkermord, Angriff auf den Luftverkehr, Verbreitung pornographischer Schriften nach § 6 StGB, nach dem das deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatorts (DDR) auch im Ausland gilt, ist hier nicht anwendbar. Schließlich greift auch die — in Fällen von Vorwürfen gegen ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR jetzt oft (rechtswidrig) angewandte — Bestimmung des § 7 StGB im Fall Honecker nicht. Nach § 7 StGB gilt das deutsche Strafrecht auch für Taten, die im Ausland gegen einen Deutschen begangen werden, „wenn die Tat am Tatort mit Strafe bedroht ist oder der Tatort keiner Strafgehalt unterliegt“, sowie

für andere als in §§ 5 und 6 StGB genannte Taten, wenn der Täter entweder zur Zeit der Tat Deutscher oder Ausländer war, soweit letzterer sich feststellbar dort aufgehalten hat. Eine Straftat nach dieser Bestimmung gegen Deutsche im Sinne des Art. II 6 GG kann aber nur dann durch deutsches Strafrecht verfolgt werden, wenn sie in den Geltungsbereich des StGB gelangen. Solange dies nicht geschehen ist, „kann das Strafrecht der Bundesrepublik Bewohner der DDR vor dort oder im Ausland gegen sie begangene Taten nicht schützen ... In diesem Sinne gilt § 7 nur für Deutsche, die ihre Lebensgrundlage im räumlichen Geltungsbereich des Gesetzes haben“ (Dreher/Tröndle, aaO, § 7, Rz. 3). All dies trifft weder auf Honecker, noch auf andere im Auftrag der Staatsorgane der ehemaligen DDR handelnde Personen zu.

Die einzige Ausnahme, die im internationalen Recht von der Haftung durch Staaten für völkerrechtliches Unrecht ihrer Organe gemacht wird, sind Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Frieden, wie sie vom Internationalen Militägerichtshof im Fall der Hauptkriegsverbrecher des deutschen Faschismus kodifiziert worden sind. Nur in diesen Fällen haften auch diejenigen persönlich, die diese Taten begangen oder zu verantworten haben. — (ulb).

Erklärung des chilenischen Außenministers vom 10. März 1992

Angesichts verschiedener Kommentare aus unterschiedlichen Quellen über die Situation, die mit der Aufnahme von Herrn Honecker in unsere Botschaft in Moskau entstanden ist, habe ich Anweisungen des Präsidenten der Republik erhalten, die folgende Erklärung abzugeben. Sie beinhaltet einen genauen und objektiven Bericht über die vorgefallenen Tatsachen.

1. Im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres erhielt die chilenische Regierung verschiedene Anfragen, die Einreise von Herrn Honecker zu genehmigen.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Herr Honecker in Moskau unter dem Schutz des Präsidenten der Sowjetunion Herrn Michail Gorbatschow. Gleichzeitig wurden gegen ihn Ansprüche durch die Justiz der Bundesrepublik Deutschland erhoben, die einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte. Er sollte vor Gericht erscheinen und sich in einem Verfahren verantworten, das gegen ihn wegen des Schießbefehls gegen diejenigen, die die Grenze überschreiten wollten, — wofür er die Verantwortung zu tragen hätte — eröffnet worden war. Über die Forderung an die staatlichen Stellen der UdSSR nach Auslieferung von Herrn Honecker hinaus forderte Deutschland über INTERPOL die Verhaftung von Herrn Honecker, um darüber den geschäftsmäßigen Gang seiner Auslieferung einzuleiten. Diese Forderung be trifft auch unser Land.

Unter diesen Umständen bestand die chilenische Regierung darauf, daß keine Einreise von Herrn Honecker nach Chile unter dem Schutz des Asyls vorgesehen war, da ja in seiner Situation die Bedingungen nicht gegeben waren, die das Internationale Recht dafür vorsieht. Für eine Einreise nach Chile forderte unsere Regierung die normalen Voraussetzungen, die von jedem Ausländer gefordert werden — daß er einen gültigen Paß besitzt.

2. Am 11. Dezember 1991 erschien Herr Honecker im Amtssitz des Botschafters von Chile in der UdSSR, den er in Fahrzeugen und mit einer Escorte be trat, die die sowjetischen Behörden ihm zur Verfügung gestellt hatten. Der diensthabende Geschäftsträger der Botschaft — Botschafter Almeyda befand sich in Chile — informierte unsere Staatskanzlei, daß Herr Honecker ihn über folgendes in Kenntnis gesetzt habe: am Vortag hätten die Ministerien des Inneren, der Justiz und das Außenministerium der Russischen Föderation ihm mitgeteilt, daß er das Territorium des besagten Landes innerhalb von drei Tagen zu verlassen hätte, anderenfalls er

beschriebenen Eigenschaft bleiben.“ Die Staatskanzlei gab dem Geschäftsträger Chiles in Moskau hierzu die entsprechenden Anweisungen.

3. Wie diese Erklärung hervorhebt, wurde der Status des Gastes Herrn Honecker zuerkannt ohne die geringsten Präjudizien betreffend seiner juristischen Situation. Der besagte Status — seiner Eigenschaft nach vorübergehend — wurde zu diesem Zeitpunkt ausschließlich aus humanitären Gründen gewährt in der Hoffnung, eine für alle Beteiligten geeignete Lösung über hochrangige Kontakte zu erreichen, die eine ihrer Qualität entsprechende Zurückhaltung erfordern.

4. Von diesem Zeitpunkt an betrieb die Regierung mit einiger Sorgfalt die Suche nach einer Lösung, die sowohl den beschriebenen humanitären Überlegungen wie den Anforderungen des internationalen Rechts genügt. Der Präsident der Republik richtete — mit Datum vom 14. Dezember des Vorjahres — ein Schreiben an den Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Jelzin, in dem er wiederholte, daß Herr Honecker kein politisches Asyl erhielt und zum Ausdruck brachte, daß unter Berücksichtigung seines fortgeschrittenen Alters und seines prekären Gesundheitszustandes eine Lösung gesucht werden müßte, die es ihm erlaube, eine adäquate medizinische Behandlung zu erhalten, schließlich sei dies auch der Grund für seinen Aufenthalt in diesem Land.

Gleichzeitig richtete sich der Präsident am 16. Dezember an Kanzler Kohl. Er führte aus: ohne daß vorgesehen sei, Herrn Honecker politisches Asyl zu gewähren, könne er doch angesichts seines prekären Gesundheitszustandes nicht dazu veranlaßt werden, den Ort zu verlassen, an dem er sich derzeit befindet, zumindest solange eine Lösung für seinen Fall gesucht wird. In seinem Schreiben schlug er darüber hinaus die Möglichkeit vor, daß die betroffenen Regierungen gemeinsam die Angelegenheit im Rahmen des Rechts und der Gleichheit untersuchen, um einen Weg zu finden, der der Situation angemessen ist.

5. Am 12. Februar dieses Jahres übermittelte uns unsere Botschaft in Rußland eine medizinische Information des Chefs der speziellen Poliklinik des „UPDK“ (Allgemeine Direktion der Einrichtungen für den diplomatischen Dienst), Frau Doktor S.A. Scharkowa, in der sie hervorhob, daß Herr Honecker an einer schweren Krankheit leidet. ... (Es folgt die Übersetzung der Mitteilung über den Gesundheitszustand durch das Außenministerium, d. Übers.)

Entsprechend diesen Ausführungen beurteilte die Regierung die Situation, berücksichtigte die Tragweite des in der oben genannten Mitteilung beschriebenen Gesundheitszustandes und kam zu der Erwägung, daß Herr Honecker in ein Krankenhaus eingeliefert werden sollte, um diese Diagnose weiter zu untersuchen und zu vertiefen und um — falls sich dies als notwendig herausstellt — eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten.

6. Unter Sicherheitsgarantien der russischen Behörden und mit Kenntnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wurde Herr Honecker sodann in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er sich besonderen Untersuchungen unterzog, deren Ergebnisse am 3. März bekannt gegeben wurden. Der Text der Mitteilung, herausgegeben von einem aus Experten zusammengesetzten medizinischen Ausschuß — unter ihnen auch Frau Doktor Scharkowa, Verfasserin der ersten medizinischen Mitteilung — kam zu dem Ergebnis, daß „der Gesundheitszustand des Patienten zum gegenwärtigen Zeitpunkt vollständig zufriedenstellend sei.“ ... (Folgt eine Übersetzung der medizinischen Ausführungen, d. Übers.)

7. Präsident Jelzin, der inzwischen die soeben erfolgte Mitteilung erhalten hatte, antwortete im Laufe des Tages auf das Schreiben von Präsident Aylwin, wobei er mit ihm in der Beurteilung der Situation als schwierig übereinstimmte und „die Absicht“ betonte, „weiterhin eine gerechte Lösung des Problems zu suchen ausgehend von den eingegangenen Verpflichtungen, den Normen des geltenden Internationalen Rechts ebenso wie den humanitären Grundsätzen.“ Präsident Jelzin fügte in dem besagten Schreiben hinzu, daß Rußland Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland unterhalte „insbesondere was die medizinische Versorgung von Herrn Honecker in Moskau anbelangt, der — nach dem, was in den objektiven medizinischen Untersuchungen festgestellt worden war — an einer ziemlich schweren Krankheit leidet“, und er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, eine Übereinkunft zwischen den Beteiligten zu finden, die gleichzeitig für alle akzeptabel sei.

Es wurde bereits ausgeführt, daß der Staatschef der untergegangenen (wörtl. „verschwundenen“, d. Übers.) Deutschen Demokratischen Republik chilenisches diplomatisches Gebiet betrat, und daß sein besonderer Status als vorübergehender Gast durch das chilenische Außenministerium autorisiert worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt stand Herr Honecker unter dem Schutz der sowjetischen Behörden, eine Bedingung, die ihm durch die russischen Behörden entzogen worden war, die seine Ausweisung anordneten, ohne ihm — dessen

ungeachtet — die legalen Mittel hierzu auszufertigen, die in der Ausreisebewilligung zum Verlassen des russischen Territoriums bestehen.

In dieser Übergangssituation, in der Auflösung der Sowjetischen Union und dem graduellen Übergang ihrer Funktionen an die Institutionen der Russischen Föderation, beschloß die Regierung von Chile — begründet in der Abwägung aller Umstände, den Normen der Konvention von Wien über diplomatische Beziehungen von 1961 und unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Praxis, nach der diplomatische Missionen der ganzen Welt Personen aufnehmen können, die bei ihnen Zuflucht suchen — Herrn Honecker den Status eines vorübergehenden Gastes zuzuerkennen. Es ist bekannt, daß die Praxis aller Staaten ohne Ausnahme die juristische Form eines vorübergehenden Schutzes („refugio temporal“) anerkennt. Sie erlaubt, einen vorübergehenden Schutz zu gewähren und die entsprechenden Garantien für die Person, die Gesundheit und die Unversehrtheit des Gastes zu übernehmen, der damit über eine besondere Art diplomatischen Schutzes „sui generis“ (im Orig. unterstrichen) verfügt.

Die gleiche universelle Praxis, die diese juristische Form anerkennt, begründet auch, daß mit der Änderung der Bedingungen, die den vorübergehenden Schutz begründen — mit dem Schwinden der Risiken oder der Bedrohungen der Gesundheit oder der Unversehrtheit und unter der Annahme absehbarer gerechter und regulärer Gerichtsverfahren — die Motive für die Gewährung dieses Schutzes bei einer Verlängerung über vernünftige Grenzen hinaus auch zu einer Übertretung und zu einem Mißbrauch des diplomatischen Status führen können. . .

Die sorgfältige Abwägung der Umstände führt zu der Schlussfolgerung, daß, sowohl was die juristischen Bedingungen der Aufnahme von Herrn Honecker in die Botschaft wie die Bedingungen seines Gesundheitszustandes betrifft — den die erfolgten medizinischen Untersuchungen, wenngleich sie den prekären Zustand von Herrn Honecker hervorheben, doch als nicht unmittelbar gefährdet oder risikohaft bezeichneten — eine Änderung der Faktoren eingetreten sein könnte, die die chilenische Regierung dazu geführt haben, Herrn Honecker den Status eines vorübergehenden Gastes in unserer diplomatischen Mission in Russland zuzuerkennen. . .

Inzwischen wartet Botschafter Almeyda weiterhin in Santiago auf die Anweisungen, wegen derer er nach Chile zurückgerufen wurde.

Santiago, den 10. März 1992

Quelle: eigene, nicht autorisierte Übersetzung des in spanischer Sprache formulierten chilenischen Dokuments

Die Mitglieder des BWK in NRW verwenden einen großen Teil ihrer Politik zur Verfügung stehenden Zeit für die örtliche Arbeit ... Dies ist ... strategisch begründet: In der örtlichen Politik wirken die politischen Widersprüche unmittelbar, hier gelingt es am ehesten, eine an den Interessen der Lohnarbeit orientierte Politik zu entwickeln. Vor allem an den Orten entwickelt sich deshalb die Vernetzung verschiedener Kräfte, hier findet eine Frontbildung „von unten“ statt ...

Den oppositionellen Kräften muß es zunächst darum gehen, die verschiedenen Möglichkeiten der Einwirkung auf kommunale Körper zu kennen und zu nutzen. Dabei sind für alle sozialistischen Kräfte auf längere Sicht vor allem die Einwirkungsmöglichkeiten interessant, die unterhalb der Ebene der Ratsmitgliedschaft liegen. Hier kann man immer etwas machen kann, und sozialistische Kandidaturen wird es zu den Kommunalwahlen 1994 wahrscheinlich nicht mehr geben, auch wenn dies sehr wünschenswert wäre ...

Einwirkungsmöglichkeiten unterhalb der Ebene einer Ratsmitgliedschaft sind in NRW die Beteiligung an Bürgerversammlungen, Bürgeranträge und Einwendungen gegen den Haushalt (Gemeindeordnung NRW, §§ 6b, 6c und 66)

Einwohnerrechte stärken

Die Diskussion um die Gemeindeordnung ist vor mehr als vier Jahren vor allem von der Riege der Oberstadtdirektoren in NRW begonnen worden. Ihnen ging es um die „mangelnde Effizienz“ der Verwaltung, wobei sie sich gerade hier mit Kritik aus den Reihen der Kapitalisten trafen. Angriffspunkte waren die „Doppelspitze“ von (Ober-)Bürgermeister als Vorsitzendem des Rates und (Ober-)Stadtdirektor als Chef der Verwaltung, mehr aber noch das in NRW einmalige Recht des Rates, alle Verwaltungsvorgänge an sich zu ziehen. Beides, die Zweigleisigkeit von Politik und Verwaltung und die Allzuständigkeit des Rates, bedingte angeblich Reibungsverluste der Städte. Schlußfolgerung waren Forderungen nach Stärkung der Verwaltung.

Darum ging es auch Landesinnenminister Schnoor, der vor ehren Jahrzehnten umfangreichen Bericht zu der Diskussion vorlegte und damit in zwölf Thesen eigene Reformvorschläge begründete. Vorschläge zur Einführung eines Bürgerbegehrens, d.h. des Rechtes, bei einer bestimmten Anzahl von Unterstützern die Behandlung eines Themas in öffentlicher Sitzung im Rat zu erzwingen, und unter Umständen eines Bürgerentscheids, d.h. praktisch einer in direkter Demokratie gefällten Entscheidung, hatte er allerdings schon in die Thesen aufgenommen.

Schnoor ging damit auf Forderungen ein, wie sie von den Grünen seit längerem erhoben werden und inzwischen von allen Landtagsparteien vertreten werden. Gleichzeitig trieb ihn vermutlich die Sorge, daß die Personalbasis für kommunale Politik zu schmal wird, wofür z.B. die gerade in den Großstädten stark gesunkene Wahlbeteiligung ein Anzeichen ist. Die Schlußfolgerung: Die „Identifikation“ der Bürger mit der Gemeinde muß gesteigert werden.

Spätestens in der Landtagsdebatte am 22.1.1992, in der in erster Lesung ein Antrag der Grünen zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid debattiert wurde, wurde jedoch deutlich, daß sich in punkto Einwohnerrechte nichts ernsthaft ändern soll. CDU, FDP und SPD waren sich vielmehr einig, daß die Themen, über die Bürgerbegehren und erst recht Bürgerentscheide — wenn überhaupt — möglich sind, stark eingeschränkt werden sollen. Die von den Grünen vorgeschlagenen Quoren — 2,5 % der wahlberechtigten Bevölkerung für ein erfolgreiches Bürgerbegehren, 10 % für die Einleitung eines Bürgerentscheides — halten sie für zu niedrig. Den bürgerlichen „Reformern“ geht es anscheinend um ein Konzept von Volksgemeinschaft, bei dem vielleicht noch die Straßennamen demokratisch festgelegt werden können.

Ebenfalls zum Komplex der Einwohnerrechte gehören die Rechte der Ausländerbeiräte. Schnoor hatte in seinen Thesen nichts vorgesehen, ein Antrag des SPD-Landesvorstandes zur Reform der Gemeindeordnung an den SPD-Landesparteitag am 14./15.12.1991 sah immerhin das Antragsrecht im Rat und das Recht zur Entsendung sachkundiger Einwohner in die Ratsausschüsse vor. In dem schließlich verabschiedeten Beschuß des SPD-Landesparteitages heißt

Gemeindeordnungs-Reform für mehr Einwohnerrechte

es lediglich: „Solange das Grundgesetz noch kein kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer vorsieht, soll eine landesweite rechtliche Grundlage für die Arbeit der Ausländerbeiräte geschaffen werden.“

Gerade in der gegenwärtigen Situation sollte alles unterstützt werden, was auf eine Ausweitung der Rechte der Ausländerbeiräte zielt. Dies ist umso nötiger, als auch die Grünen in einem Beschuß zur Reform der Gemeindeordnung, der bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz im Oktober 1991 verabschiedet wurde, lediglich auf der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht beharrten. Diese wichtige Forderung sollte jedoch nicht in einen Gegensatz zu den Rechten der Ausländerbeiräte gesetzt werden. Im übrigen: Wäre es nicht sinnvoll und möglich, wenigstens bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden die ausländische Bevölkerung einzubeziehen, das Recht also nicht auf die Wahlberechtigten, sondern auf die Einwohner zu beziehen?

Allzuständigkeit des Rates, Rechte für Abgeordnete

Auch wenn uns zunächst die Einwirkungsmöglichkeiten unterhalb der Ebene des Rates interessierten, ging und geht es bei den Vorschlägen zur Reform oder Novellierung der Gemeindeordnung im Kern — wie zu Beginn der Debatte — um den Rat und sein Verhältnis zur Verwaltung. Schnoor hatte bei seinen Vorschlägen die Allzuständigkeit des Rates zwar nicht frontal angegriffen, indirekt jedoch schon. U.a. setzte er an dem tatsächlichen Problem an, daß die Ratstätigkeit in Großstädten kaum noch ehrenamtlich möglich ist. Da die gesetzlichen Freistellungsmöglichkeiten jedoch ausgeschöpft sind, ist die Erhaltung der Ehrenamtlichkeit nur durch Beschneidung der Aufgaben möglich, oder?

Dies war ein Argument für den Vorschlag, in Zukunft einen Gemeindevorstand einzurichten. Der Gemeindevorstand sollte ein Bindeglied zwischen Rat und Verwaltung werden und Kompetenzen des Rates übernehmen. Dieser Vorschlag ist gescheitert — ebenso wie die von Schnoor vorgesehene Abschaffung der Doppelspitze und die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters — weil gerade in der SPD viele Ratsmitglieder rebellieren. Allerdings will die SPD jetzt den Hauptausschuß zum Stadtausschuß entwickeln, zum „politischen Steuerungsinstrument für den Rat“. Diese Formulierung im Beschuß des Landesparteitages am 14./15.12.1992 macht nach wie vor Einschränkungen der Rechte des Rates und seiner Mitglieder im Gesetzeswurf möglich.

Schnoor ist jedoch nicht nur am Widerstand gegen die Beschneidung von Rechten des Rates gescheitert. Der Gemeindevorstand sowie die Abschaffung der Doppelspitze und die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters stießen in der SPD gerade dort auf Kritik, wo diese Partei seit Jahrzehnten über absolute Mehrheiten verfügt, vor allem im Ruhrgebiet, und sich um Verfassungsfragen sowieso nicht viel schert. In Orten, wo seit langem CDU und FDP das Sagen haben, fanden Schnoors Vorschläge meist Zustimmung. Hinter der Kritik steckten offensichtlich auch Befürchtungen, daß die in den Städten mit großen SPD-Mehrheiten eingespielten Formen der Kungelei so nicht mehr möglich wären.

Gegenüber den verschiedenen Bestrebungen wäre festzuhalten: Die Allzuständigkeit des Rates muß auf jeden Fall verteidigt werden. Das gleiche gilt für den Erhalt der Doppelspitze, deren Einführung nach 1945 auf Erfahrungen aus dem Faschismus beruhte: Die Nazis hatten auch in den Kommunen das Führerprinzip durchgesetzt. Oft genug entwickeln sich Widersprüche zwischen Politik und Verwaltung, gerade in den Großstädten vertreten die Verwaltungen durchaus eigene Interessen. Dem kann durch die Doppelspitze von (Ober-)Bürgermeister als Vorsitzendem des Rates und (Ober-)Stadtdirektor als Chef der Verwaltung Rechnung getragen werden.

Erörtert werden müßte aber, ob eine Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters bei Erhalt der Doppelspitze nicht durchaus positive Seiten hätte: Sie würde die

Stellung des (Ober-)Bürgermeisters gegenüber den im Rat vertretenen Parteien stärken, der (Ober-)Bürgermeister wäre praktisch ein Vertreter „aller“ Bürger bzw. Einwohner. Er hing nicht völlig von der Fraktion ab, der er angehört, könnte sich leichter aus Kungeleien heraushalten und wahrscheinlich leichter auf Interessen verpflichtet werden, so oder so. Eine solche Position setzt eine deutliche Abgrenzung von den Volksgruppen vorstellungen voraus, mit denen insbesondere die nordrhein-westfälische CDU für die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters eintritt.

Sicher ist, daß gegenüber dem gerade in den Großstädten vorhandenen Klang alles unterstützende Wert ist, was in Richtung Stärkung der Rechte der einzelnen Ratsmitglieder geht. Gleichzeitig ist alles zu begrüßen, was den Einfluß der Parteien relativiert. Die Ratsmitglieder sind heute so stark von den Parteien und Fraktionen abhängig, daß oft genug Entscheidungen per Fraktionszwang durchgesetzt werden, hinter denen die Mehrheit der Ratsmitglieder nicht steht.

Die Stellung der Ratsmitglieder kann übrigens auch durch Wahlrechtsänderungen wie die Einführung der in Süddeutschland üblichen Methoden des Kumulierens und Panaschierens gestärkt werden, wie es die Grünen in einer im Landtag eingebrachten Änderung des Kommunalwahlgesetzes fordern. Darauf können die Wähler Einfluß auf die Zusammensetzung der Listen der Parteien für den Rat nehmen, indem sie einzel-

nen Kandidaten mehrere Stimmen geben können und zusätzlich zu einer von ihnen gewählten Partei-Liste Personen von anderen Listen wählen können.

Bedenklich ist es, wenn der Innenminister den Status der Fraktionen in der Gemeindeordnung verankern will. Nicht zuletzt wird so wahrscheinlich auch die Benachteiligung der kleinen Fraktionen festgeschrieben.

Weitere Befassung mit der Novellierung der GO

Es wäre sicherlich nützlich, wenn sich die oppositionellen und die sozialistischen Kräfte in NRW stärker mit den Vorschlägen zur Novellierung der Gemeindeordnung befassen, auch mit denen von CDU und FDP, die hier weitgehend ausgeklammert wurden. Neben den angerissenen Themen kommen vor allem zwei hinzu: 1. Die Kommunalfinanzen; ausgerechnet unter Stichworten wie „Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden“ plant Schnoor z.B. die Verpflichtung der Gemeinden zu Haushaltssicherungskonzepten, wie sie in den letzten Jahren von den Regierungspräsidenten diktiert wurden. 2. Die Kommunalwirtschaft; nach einem im ersten Entwurf vorliegenden Gesetzesentwurf soll offensichtlich die Praxis der Ausgliederung städtischer Aufgaben in Eigengesellschaften bis hin zur Privatisierung gesetzlich erleichtert werden.

Die Befassung mit der Gemeindeordnung ist auch in Hinblick auf die Kom-

munalwahl 1994 wichtig, die wahrscheinlich gleichzeitig mit den Bundestagswahlen stattfinden wird. Die Situation zwingt — wie ausgeführt — zu einer Zusammenarbeit aller oppositionellen Kräfte, einschließlich der Grünen. Eine solche Zusammenarbeit ist aber auch möglich. Auch wenn die örtlichen Verhältnisse sehr unterschiedlich sind, zeigt unsere praktische Erfahrung, daß es gerade auf der kommunalen Ebene viele Berührungsstellen mit den Grünen gibt. Die Unterschiede liegen in einer unterschiedlichen Wertung und Gewichtung politischer Ziele, liegen in Herrschafts-Ansprüchen und in der Behandlung emanzipatorischer Interessen, weniger jedoch im Konkreten.

Wenn sich ein konkurrenzfreies Verhältnis zu den Grünen entwickeln soll — bis hin zu Listenverbindungen oder Kandidaturen sozialistischer Kräfte auf offenen Listen der Grünen — müßten sich die Grünen in puncto kommunale Rechte jedoch deutlicher für die Abschaffung der 5 %-Klausel aussprechen. In ihrem Programm zur Landtagswahl war diese Forderung enthalten, in den Forderungen zur Gemeindeordnung bzw. zum Kommunalwahlgesetz taucht nur noch die Forderung nach der Einführung von Kumulieren und Panaschieren auf.

Vermutlich steht dahinter der gleiche Grund, warum die SPD nicht an die 5 %-Klausel heran will: Die Absicht, Entwicklungen links entweder zu schlucken oder nicht zuzulassen. Dies ist sehr kurzsichtig, auch für die eigene Entwicklung der Grünen. Zusammenarbeit ist ja nur dann möglich, wenn man die Daseinsberechtigung des Anderen akzeptiert.

Vortrag auf der Landesmitgliederversammlung des BWK NRW am 22. Februar 1992, aus Platzgründen gekürzt — (wof)

GNN-Verlag beteiligt. Als Forum zur Verständigung über die verschiedenen Interessen haben wir einen Beirat gebildet. In diesem Beirat sind Delegierte der Anteilseigner vertreten. Zweimal im Jahr tagt die GNN-Versammlung (Beirat, Beschäftigte, Geschäftsführung). Sie beschließt einvernehmlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des GNN-Verlags. Hieran können auch Benutzergruppen teilnehmen und so Einflußnahme ausüben. Darüberhinaus berichtet der Verlag regelmäßig über seine Geschäftstätigkeit und Finanzlage.

Die Möglichkeit der Mitwirkung von Benutzergruppen soll in Zukunft noch verstärkt werden. Dies soll insbesondere durch ihre Beteiligung an den regionalen Verlagen geschehen. Hierzu beginnen gegenwärtig auf regionaler Ebene bzw. auf Ebene von Bundesländern Gespräche mit interessierten Benutzergruppen und/oder befreundeten Organisationen. Die erwünschte Beteiligung soll einhergehen mit einem technischen Ausbau der regionalen Einrichtungen.

Wozu die Spenden ?

Die Verlagsgrundsätze und die Arbeitsweise des Verlages bedeuten, daß viel Beratungs- und Ausbildungstätigkeit für Leute, die — oft zum ersten Mal — eigene Flugblätter, Broschüren oder eine Zeitung herstellen wollen, anfällt und daß publizistische Möglichkeiten für Veröffentlichungen auch in kleiner Auflage angeboten werden. Die Produkte werden sodann zu einem Preis verkauft, den auch Leute mit wenig Geld bezahlen können. Der GNN-Verlag ist kein zentraler Apparat, sondern ein Verbund, der aus regionalen Verlagen und Büros in Kiel, Hamburg, Berlin (West), Hannover, Köln, Stuttgart, München und Schkeuditz (bei Leipzig) besteht. Diese Verlage und Büros fördern die Zusammenarbeit politisch verschiedener Kräfte auf regionaler und örtlicher Ebene. In ihnen arbeiten derzeit insgesamt 16 Beschäftigte, Umschüler und Auszubildende. Der Unterhalt dieser Büros sowie deren Ausstattung mit der erforderlichen Technik kostet Geld. Um die Verlagsgrundsätze und die Arbeitsweise des Verlages — wie beschrieben — umsetzen zu können, sind wir auf Spenden angewiesen.

Wir rufen dazu auf:

- rasch zu spenden,
- durchaus auch kleine Beträge zu spenden,
- ebenso — wo möglich — auch größere Beträge zu spenden.

Spendenkonto des GNN-Verlags

Postgiroamt Köln, Kontonummer 465430-509, BLZ: 370 100 50

GNN-Beirat

1992: Spendet für den GNN-Verlag !

Aufruf zur Unterstützung antifaschistischer Verlagstätigkeit

Seit einer Reihe von Jahren wird öffentlich zu Spenden für den GNN-Verlag aufgerufen. So auch jetzt wieder. Wir rufen dazu auf, in diesem Jahr

230 000 DM

für die Verlagstätigkeit zu spenden. Zunächst eine knappe Übersicht über die Verlagszwecke und über die Tätigkeit des GNN-Verlags.

Was ist der GNN-Verlag ?

Die GNN (Gesellschaft für Nachrichtenfassung und Nachrichtenverbreitung) hat sich zu folgenden Verlagsgrundsätzen verpflichtet:

— Sie fördert die Veröffentlichungstätigkeit besonders jener Bevölkerungsteile, die im gängigen Mediensystem nur passiv vorkommen. Die von ihr bereitgestellten Leistungen sind an diesem Anspruch zu messen.

— Sie fördert bei ihrer Beratungs- und Ausbildungstätigkeit die kritische, auf Verarbeitung der zur Sache gehörigen Tatsachen bedachte Publikationstätigkeit.

— Sie verlegt Produkte, die:

- * im Konflikt zwischen Eigentum und Arbeit vom Standpunkt der Arbeit aussehen,
- * im Konflikt zwischen Repression und Widerstand vom Standpunkt des Widerstandes ausgehen,
- * im Konflikt zwischen imperialistischer Bevormundung und Unterdrückung und Unabhängigkeitsstreben vom Standpunkt des Unabhängigkeitsstreben ausgehen,
- * im Konflikt zwischen Militarismus und Völkerverständigung vom Standpunkt der Völkerverständigung ausgehen,
- * im Konflikt zwischen faschistischer, rassistischer, diskriminierender Politik und emanzipatorischer Politik vom Standpunkt der Emanzipation ausgehen.

Die GNN stellt Mittel zur Nachrichtenfassung bzw. -verbreitung her und stellt dementsprechende Dienste einschließlich des Verlags und Vertriebs zur Verfügung. Sie verkauft, vermietet bzw. bietet an:

- Geräte und deren Wartung,
- Programme,
- Ausbildungs- und Beratungsdienste,
- Vertriebsleistungen,
- Verlagsleistungen.

Die Verlagsgrundsätze sind im GmbH-Vertrag verankert und sollen ein gleich-

berichtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Benutzer unterstützen.

Die Benutzer des GNN-Verlags

Mit Mitteln des GNN-Verlages werden eine Reihe von Periodika hergestellt: die Politischen Berichte, die Antifaschistischen Nachrichten, verschiedene Nachrichtenhefte, das Volksecho, das Angehörigen-Info, der Kurdistan-Rundbrief, die Azania-Nachrichten, die Reihe „texte“, die Zeitschrift „Freidenker“, das „Informationsblatt“ des Kommunalpolitischen Forums der PDS, der Informationsdienst der PDS Sachsen u. a. In ca. 30 Städten erscheinen regelmäßig lokale Zeitungen, die meist von örtlichen oder regionalen Bündnissen getragen werden. Die Dienstleistungen des GNN-Verlages für diese Zeitungen sind unterschiedlich: Sie reichen vom Verlegen über das Belichten bis hin zur Vervielfältigung und zum Postversand an die Abonnenten.

Ferner wird eine große Zahl von Einzelveröffentlichungen beim Verlag hergestellt, unterstützt und vertrieben. In der letzten Zeit waren das z.B.:

— AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: § 218. Staatsziel: bevormunden, beaufsichtigen, bestrafen. (Köln, Januar 1991)

— Roter Tisch: Soziale Folgen des Anschlusses der DDR und Widerstandspolitionen. (Köln, Februar 1991)

— Kurdistan-Report: Kurdistan vor und nach dem Golfkrieg. (Köln, Mai 1991)

— Kurdistan-Komitees in Europa: Türkischer Staatsterror in Kurdistan. Bericht zur Vorlage an die 47. Menschenrechtskommission der UNO in Genf u. a. Dokumente. (Köln, August 1991)

— Werner Thümmler: Der Zerfall des „realen“ Sozialismus — das Werk von Marx und Engels? (Köln, August 1991)

— IG Arbeit, Gesundheit und Soziales: Für eine Sozialpolitik im Interesse der Menschen in Ost und West, Sozialpolitische Positionen der PDS (Berlin, 1991)

— Berliner Vorbereitungsguppe: Antifaschistischer Ratschlag I. -3. November 1991 — Reader (Köln, März 1992)

Damit sind im wesentlichen die Benutzer des GNN-Verlages benannt: Die Herausgeber und die Leserschaft der o.g. Publizistik.

Der Einfluß der Benutzer auf den GNN-Verlag

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Verlagsgrundsätze haben sich verschiedene politische Richtungen am

Kommentiert

Obwohl zweifellos immer mehr Reichtum produziert wird, werden die sozialen Probleme nicht kleiner. Die Computer killen die Arbeitsplätze. Das Tempo der Zentralisation und Konzentration des Kapitals nimmt ständig zu, immer weniger besitzen immer mehr. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit nehmen zu, das Gesundheits- und Bildungswesen ist nicht mehr zu bezahlen, so hört man. Die Staatsverschuldung hat eine ungeheure Dimension erreicht. Die Umwelt ist weitgehend kaputt. Alles in allem, es sieht nicht rosig aus in Gegenwart und Zukunft.

Aber wo liegt der Ausweg? Alle Welt behauptet, in der Marktwirtschaft, im Rechtsstaat, im Pluralismus. Aber sind nicht gerade mit diesen Begriffen auch die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ursachen der nicht rosig erscheinenden Zukunft verbunden?

Die Problemfelder sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Entwicklung haben einen inneren logischen Verbund, der zuerst durch die Interessen der Menschheit entsteht und bestimmt wird. Die Menschen bestimmen, welche Richtung und welchen Inhalt die kommende Entwicklung nimmt, aber welche sind das, die bestimmen?

In der Vergangenheit war es oft so, daß erst fühlbar verheerende Verhältnisse eintreten mußten, bevor soziale Kräfte freiwurden, die eine Änderung bestehender sozialer Verhältnisse erzwangen. Veränderungen, auf solche Weise erfordern immer Opfer, sowohl bei denen, die das Sagen behalten wollen, als auch bei denen, die etwas ändern wollen. Besser wäre eine solche Konstruktion der Gesellschaft, die das Austragen von Gegen-sätzen grundsätzlich mit Argumenten ermöglicht. Bedingung, um Konflikte in der Gesellschaft mit Argumenten auszutragen, ist, daß niemand in der Gesellschaft in eine sozial aussichtslose Lage gebracht wird, die ihn praktisch zur Gewalt greifen läßt.

Eine Art Indikator für soziale Ausweglosigkeit ist die Arbeitslosigkeit und die Obdachlosigkeit.

Heute über Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit nachzudenken und zu schreiben, läßt nur zwei Wege offen. Entweder einzustimmen in das allgemeine Gezeter bürgerlicher Politik und Wirtschaft, das vor allem darin besteht, sich gegenseitig die Fälschung (Schönung) der Statistiken vorzuhalten und wortgewaltig den Eindruck zu erwecken, als ob etwas geändert werden soll, oder den Versuch zu machen, an die wirklichen Ursachen heranzukommen, deren Beseitigung das Problem vom Grundsatz lösen kann.

Bis heute trifft die Binsenweisheit zu, daß eine politische Bewegung nur dann wirklichen Einfluß gewinnen kann, wenn sie über ein Gesellschaftskonzept verfügt, dessen Verwirklichung im Interesse der Mehrheit ist. Zur Zeit haben weder Arbeitslosigkeit noch Obdachlosigkeit in den Industriestaaten einen solchen Umfang erreicht, daß sie Regierungen und ihre Politik in Frage stellen. Interessant wäre schon der Gedanke, ob dies so bleibt?

Von ähnlichem Interesse ist eine Antwort auf die Frage, ob Beseitigung der Arbeitslosigkeit überhaupt im Gesamtinteresse der Gesellschaft ist? Anders gesagt, liegt es daran, daß die Regierenden nicht fähig sind, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, oder wollen sie nur nicht?

Die Beantwortung dieser und anderer Fragen ist eng damit verbunden, über gesellschaftliche Regelungen nachzudenken, die die Gesellschaft in die Lage versetzen könnten, mit ihren selbstgemachten Problemen fertig zu werden. Eine Diskussion im Rahmen der *Politischen Berichte*, in deren Zentrum die Arbeitslosigkeit und Wege zu ihrer Überwindung stehen, müßte deshalb zweifellos auch alle anderen Fragen eines solchen Mechanismus berühren, der gebraucht wird, um den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Vielleicht wäre es auch zweckmäßig, zuerst nur die zu behandelnden Faktoren und Fragen zusammenzutragen. (W.T.)

Interessante Artikel erscheinen in den gleichgeschalteten Zeitungen Berlins. Geht man nach dem Leitartikler der *Berliner Zeitung* vom 29.2./1.3.92, so waren die „ersten demokratischen Wahlen“ seit Urgedenken in Ostdeutschland „nur Momentaufnahmen“. Sie „waren hektisch“, „von kurzlebigen Hoffnungen, Illusionen und Versprechungen“. Aber — so tönt es aus den schwarzen Zeilen — „jetzt wird die Macht an vielen Stellen neu verteilt, aber die Wähler haben dabei nichts zu sagen“. Eben. Wann auch und wie?

Aber es geht weiter! Nämlich: „Die jetzt das Sagen haben, standen im Oktober 1990 nicht auf den Plakaten.“

Na, da schlägt's dreizehn! Hört man doch noch den vor Selbstdorfheit platzenden, angepaßten Herrn Krause in der ehemaligen Volkskammer der DDR lauthals verkünden: „Wir haben das Vertrauen des Volkes erworben. Die Mehrheit hat für uns, die CDU, gestimmt!“ Stand er etwa auch nicht auf dem Plakat? Denn — so unser Leitartikler weiter: „Mindestens in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen wären den Meinungsumfragen zufolge die Mehrheiten heute anders als im Oktober 1990.“ Die Mehrheiten „regieren aus einer gesellschaftlichen Minderheit heraus“. Hört, hört! „Diese Koalitionen (gemeint sind die gewählten Regierungen der ostdeutschen Länder!) entsprechen nicht mehr der gesellschaftlichen Realität und sind darum vielerorts in der Krise.“

Und jetzt kommt's: „Wir sollten über Neuwahlen nachdenken.“ Etwas weiter: „Sie hätten aber eine andere Qualität.“ (Das ist ja fast marxistische Dialektik!)

Also konstatieren wir: Machtneuverteilung, Wähler ohne Stimme, Krise.

Soweit unser Leitartikler der *Berliner Zeitung* vom Wochenende Ende Februar/Anfang März 1992.

Es hat den Anschein, als ob die Herren in ihren Redaktions- und Politiküchen etwas von dem mitbekommen hätten, was sich im Osten Deutschlands real vollzieht. Macht, Wähler, Krise usw.

Beim genaueren Nachsehen ergibt sich aber ein anderer Schluß: Es geht ihnen nur um die Sicherung der Macht, d. h. der Macht der Konservativen, denn die

Abschwung Ost

„Momentaufnahmen“ Duchac, Gomolka, Stolpe — und wie sie alle heißen — können offenbar die Macht nicht mehr langfristig absichern. Die Westimporte Fink, Vogel und schon länger ansässige „Vögel“ wie der „Wiedehopf“ u. a. haben es offenbar nicht geschafft, den „Abschwung Ost“ zu verhindern. Und so überhört man nicht das Rumoren in den Tiefen des Vulkans, das noch überdeckt wird von Volkswagen, Fords und anderem „Trabant-Ersatz“. Aber es rumort, und es rumort in den eigenen Reihen. Viele Leute erkennen, daß Politiker wie Stolpe, Hildebrand (brandenburgische Arbeits- und Sozialministerin — Red.) und Plazeck (brandenburgischer Umweltminister — Red.) in Bonn ungeliebte Namen sind.

Für jeden politisch denkenden Menschen ergibt sich eine einfache Logik, die die Realität in Ostdeutschland jedem tagtäglich zeigt:

Die Landwirtschaft als Standort in Ostdeutschland wird liquidiert. Im Lande Brandenburg verblieben von 180000 Beschäftigten bisher rund 50000. Bis her! Es werden noch weniger! Wohin mit den vielen arbeitslosen Landarbeitern, Agronomen und Landtechnikern? In der Industrie verschleppt die Treuhand alle sinnvollen Regelungen: Geewart wird auf den vollständigen Ruin der ehemaligen DDR-Betriebe, bis sie zu einem „Hungergeld“ an potente Kapitalinhaber verschleudert werden können.

Selbst noch funktionierende Unternehmen werden aufgefordert, weiter aufzusplitten, d. h. größere Unternehmen sollen immer kleiner gemacht werden. Selbst Genossenschaften, in denen mehrere Mitglieder sind, werden blockiert (z. B. mit Eigentums- und Immobilienfragen), um sie in einzelne Teile aufzuspalten.

Besonders prekär ist jedoch nach wie vor die Lage auf dem Lande, besonders im Lande Brandenburg.

Die Kommunen stehen ohne Mittel. „Monopolisten“ diktieren ihnen z. B. die Preise für die Müllabfuhr: Bis zu

6,— und 8,— DM per Abfalltonne wird gefordert. Was soll der Bürgermeister einer Gemeinde seinen Abgeordneten sagen, wie er die Umwelt entlasten will, wenn klar ist, daß dieser Müllpreis die wilden Müllablagerungen in der Landschaft „bereichert“? Noch vor einem Jahr von der Marktwirtschaftsbegeisterung lebten heute klarer: „Die Marktwirtschaft ist ein einziger Betrug, sie ist zutiefst korrupt.“ Menschen, die in der ersten Euphorie hohe Kredite genommen hatten, um z. B. am Bauboom zu partizipieren, sind heute zutiefst enttäuscht und raten jedem ab, sich mit Krediten zu belasten. In den ländlichen Gegendien fehlen — auch im Baugewerbe — die Aufträge, und die ersten Konkurse werden angemeldet.

Nach wie vor bleibt der Bauer gegenüber Versprechungen von Seiten der Landkäufer und Investoren reserviert: Er will sein Land nicht verkaufen, weil er auf steigende Immobilienpreise hofft.

Es fehlt Geld, überall wo man hinkommt fehlt Geld. Zudem wurde eine Administration errichtet, die sich so langsam wie eine Schnecke bewegt. Sie entscheidet nichts bzw. lehnt ab. Gut gemeinte Projekte stagnieren. Es bewegt sich nichts oder zu wenig. Es gibt einzelne Lösungsideen. Z. B. soll für das Land Brandenburg der „sanfte Tourismus“ entdeckt werden. Überall redet man von „Ferien auf dem Bauernhof“, Agrartourismus und neuem Erwerbszweig. Gut und schön, aber es fehlen viele Voraussetzungen. Das Dominierende im preußischen Brandenburg war das Gut, vielmehr das Rittergut. Die Ritter sind weg, aber ihre Erben jagen nach ihren Erbstaten. Der „sanfte Tourismus“ wird ein hartes Eintreibegeschäft, wenn man sich das Vorgehen der „Besitzer“ anschaut.

Der Kampf um den Besitz, der längst vergessen, aufgegeben oder verloren war (doch halt! Selbst die Entscheidungen der ehemaligen sowjetischen Militäradministration in Ostdeutschland sind ja hinfällig, denn diesen Staat *Sowjetunion* gibt es ja nicht mehr!), wird mit aller

Härte und Energie geführt. Fehlende Immobilienentscheidungen verhindern wirtschaftliches Wachstum — wie die Marktwirtschaft sagt.

Aber das ist ja nicht die ganze Wahrheit: Es geht schlechthin um das Niedervalzen ganzer Landstriche, ganzer Regionen, vielleicht sogar eines ganzen Volksstils. Wenn man den Indianer weghaben will, beseitigt man zuerst den Bison! Im gegenwärtigen Falle heißt das: Der Bauer verliert sein wichtigstes Gut — den Boden. Die Kolonialisierung läuft. Die Besitzverhältnisse des Mittelalters kehren zurück!

Der Leitartikler der *Berliner Zeitung* hat deshalb recht. Es ist eine Krise, aber nicht schlechthin eine Krise der „Momentaufnahmen“, sondern des übergestülpten Systems. Stasi, Mielke und Honecker und andere Geschichten müssen herhalten, um von diesem Fakt abzulenken: Die CDU erwies sich als unfähig, die Probleme im Osten Deutschlands zu lösen. Sie hatte kein Konzept.

Doch halt, kein Konzept? Das stimmt sicher, muß aber eingeschränkt werden, wenn man die Aktivitäten des Kapitals betrachtet (nicht immer ist seine direkte Einmischung in die Dinge so offensichtlich wie durch Mercedes Benz im Zusammenhang mit dem Dopingfragen!). Das Kapital agiert zielsicher. Es will alles und möglichst preiswert. Es will im eigenen Lande keine Konkurrenz.

Wen stört es, wenn Ostdeutschland das Sizilien Deutschlands wird? Die EG-Normen werden rigoros durch Herrn Kiechle erfüllt. Wen stört es, wenn der ostdeutsche Bauer verarmt, ganze Dörfer ohne Erwerb sind. Der Reichtum des Kapitals hat sich erhöht. Es sitzt fest im Sattel.

Sitzt es fest im Sattel? Es scheint so, denn die Forderung des Herrn Leitartiklers der *Berliner Zeitung* verdeutlicht, daß Neuwahlen her sollen, um die „Westimporte“ in Ostdeutschland legitimieren zu lassen. Die Macht soll gestiftet werden. Irgendwem schwant, daß die Krise erst am Anfang steht!

Der Abschwung ist im Gange. Wo wird er enden? Die Enttäuschung der Ostdeutschen ist groß. Niemand will die CDU gewählt haben! Eigenartig, aber es war ja nur eine „Momentaufnahme“.

— (Achim Berger)

Über den Umgang von Politik und Medien mit Hans Modrow

(Express, 25.10.89). Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine erinnerte sich in seinem Glückwunschkarten anlässlich der Wahl von Hans Modrow zum Ministerpräsidenten der DDR „gerne ... an unsere Begegnungen in den zurückliegenden Jahren“ und hat sich „deshalb“ über dessen Wahl „auch besonders gefreut“ ... Der heutige SPD-Vorsitzende Björn Engholm bekundete in einem Gastkommentar in der *Bild am Sonntag* (19.11.89), daß er seit 1984 „jede Weihnacht Kaffee mit Hans Modrow“ getrunken und ihn „da bei als einen nachdenklichen, leisen und bescheidenen Menschen kennengelernt habe“ — sympathisch, unkompliziert und unkonventionell“ ...

Damals ging es allerdings auch noch um etwas anderes: Niemand wußte, daß es die DDR bald nicht mehr geben würde, und alle hofften sich selbst damit, welch guten Durchblick sie bewiesen hatten, wer denn wohl bei einer reformerischen Wende in der DDR an die Regierungsspitze geraten würde — und vor allem: wie gut sie sich mit ihm standen. In Mißkredit geriet Hans Modrow dann nicht, weil sich sein zuvor gelobter Charakter oder seine politischen Überzeugungen änderten, sondern einzig und allein, weil er nach dem Anschluß der DDR als Abgeordneter der PDS nicht mehr sein durfte, was er war und wozu er zum Teil auch gemacht wurde: eine Symbolfigur für einen demokratischen Sozialismus.

Zum Kontrast zu der heute versuchten Demontage von Hans Modrow zitieren wir einige westdeutsche Presseberichte aus den Jahren 1988 und 1989. Sie bestätigen vor allem eines: Der heutige Umgang mit Hans Modrow in der westdeutschen Politik- und Medienlandschaft ist von großer Verlogenheit geprägt ...

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 20.1.89 (Walter Barthel): „Hans Modrow — Beliebt und Belesen ... Warum ihn die alten Männer um Erich Honecker heute so stiefmütterlich behandeln,

bleibt unklar: Erscheint er dem Standard-Funktionär unheimlich, weil er gegen den Strich zu denken versteht? Weil er zu basisnah geblieben ist und sich bei spielsweise lange sträubte, seine einfache Jedermann-Wohnung zu verlassen und in die vorgesehene Dienstvilla zu ziehen? Ein Insider berichtete einmal im privaten Gespräch, daß Modrow den „Tick“ habe, in seinen Berichten an das Politbüro nicht zu schreiben, was dort gern gehört wird, sondern die meist rauhere Wahrheit. Deshalb habe sich in der Umgebung Honeckers der Eindruck verfestigt, in Modrows Dresden-Laden funktioniere nie etwas hundertprozentig wie anderswo.“

FAZ, 26.6.89 (Peter Jochen Winters): „Der 61 Jahre alte, aus Vorpommern stammende Wirtschaftswissenschaftler gilt als ungewöhnlich intelligenter Funktionär, der sich durch persönliche Bescheidenheit, Aufgeschlossenheit gegenüber Reformen und Ablehnung stalinistischer Methoden im Umgang mit Andersdenkenden weit über Dresden hinaus in der DDR Sympathien erworben hat ... Im Gegensatz zu anderen Bezirksparteichefs ... wurde er nicht Mitglied des Politbüros, ja nicht einmal ... Kandidat des Politbüros ...“

Nach dem Antritt Gorbatschows in der Sowjetunion 1985 und nachdem in der DDR von sowjetischen und westdeutschen Diplomaten und Journalisten immer häufiger der Name Modrow genannt wurde, wenn es um die Frage nach dem Nachfolger Honeckers ging, muß die Aversion gegen den Dresden-Parteisekretär im Führungszirkel der SED ... noch größer geworden sein. Jetzt hat die Parteiführung zum entscheidenden Schlag gegen Modrow ausgeholt.

Im veröffentlichten Teil des Berichts des Politbüros an die 8. Tagung des Zentralkomitees, der vom Politbüromitglied Herrmann erstattet wurde, wird die Führungstätigkeit der SED-Bezirksleitung Dresden — ohne daß der Name Modrow genannt wird — massiver Kritik unterzogen.“ *Augsburger Allgemeine / Badische Neueste Nachrichten*, 9.11.89 (K. v. Elmpf): „Das Etikett „Hoffnungsträger“ trägt er nicht erst seit den aufwühlenden Entwicklungen in der DDR. Hans Modrow, SED-Bezirkssekretär in Dresden, ist für viele DDR-Bürger noch mehr: Fast so etwas wie ein Garant, daß es tatsächlich zu einschneidenden Reformen im zweiten deutschen Staat kommen könnte.“

Süddeutsche Zeitung, 17.11.89 (Olaf Ihla): „Immens, vielleicht allzu hoch sind die Erwartungen, die in ihn gesetzt werden. Modrow gilt als der Mann Michail Gorbatschows, als Verfechter eines Kurses nach dem Vorbild der Perestroika. Vor allem die Medien im Westen haben den SED-Funktionär zu einem reformerischen Messias hochstilisiert, was Modrow unterdessen als Belastung empfindet, wie er intern erkennen läßt. Unstrittig ist in der DDR bei Anhängern wie Gegnern der SED, daß Hans Modrow für sich in Anspruch nehmen darf, eine „ehrliche Haut“ zu sein.“

Kurz nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident begannen die Versuche der öffentlichen Demontage von Hans Modrow — mit Blick auf die Übernahme der DDR durch die Filialen der alten BRD-Parteien in den bevorstehenden Wahlen. Noch Mitte Dezember 1989 ergab eine von ZDF und *Spiegel* in Auftrag gegebene Meinungsumfrage: „Ost-Berlin: Modrow populärster Politiker“ — auf einer Skala von minus fünf bis plus fünf habe Modrow ganz vorneweg 3,8 Punkte erhalten (*Die Welt*, 18.12.89). Das durfte natürlich nicht so bleiben. Das politische und publizistische Sperrfeuer wurde Anfang Januar 1990 durch den FDP-Chef Graf Lambsdorff und die SPD eröffnet, den DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow von seinem Besuch in Bonn wieder auszuladen, da jetzt Wahlkampf „gegen die SED-PDS“ angesagt sei. Der dauert seitdem unvermindert an.

— (sta, von der Redaktion gekürzt)

Die Lage der Landfrauen in den neuen Bundesländern

Die PDS / Linke Liste im Bundestag hat kürzlich eine Dokumentation über die „Lage der Landfrauen in den neuen Bundesländern“ herausgegeben. Im Vorwort schreibt die Abgeordnete Petra Bläss: „Die Strukturveränderungen in der Landwirtschaft durch Privatisierungsbestrebungen oder die Wiedereinrichtung bäuerlicher Familienbetriebe gehen überwiegend zu Lasten der Beschäftigungschancen von Frauen. Alle Prognosen machen deutlich, daß nur noch ein Bruchteil der heute auf dem Lande Arbeitenden dort künftig Beschäftigung finden wird. . . Wir fürchten, daß . . . in den ländlichen Regionen ein Prozeß eingeleitet wird, der insbesondere den Frauen die existentielle Grundlage entzieht, zu materieller Not und schließlich zu Armut, die schon im Westen weiblich ist, führt. Dies alles hat uns veranlaßt, uns mit dem Schicksal der Landfrauen in den neuen Ländern intensiver zu befassen.“ Die folgenden Ausführungen stützen sich vollständig auf die Dokumentation.

Hunderttausende Landfrauen verlieren ihre Existenz

Die Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft, die Vernichtungskonkurrenz, in die die landwirtschaftlichen Produzenten gestürzt wurden, und die damit einhergehende Zerschlagung der LPG hat bis heute fast zwei Drittel der ehemals 800000 in der Landwirtschaft Beschäftigten außer Lohn und Brot gesetzt. Offizielle Schätzungen zufolge werden auf dem Land 700000 Arbeitsplätze verlorengehen, zu 75 % Arbeitsplätze von Frauen. (S. 36)



Die gewaltsame Umwälzung der Produktionsverhältnisse trifft auf folgende Ausgangslage:

In den nach dem Raumordnungsgesetz von 1965 als „ländlich“ bezeichneten Räumen, die überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt werden und nur eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen, lebt fast die Hälfte der weiblichen Wohnbevölkerung der östlichen Bundesländer, davon ein knappes Viertel (23 %) in Landgemeinden bis unter 2000 Einwohnern und weitere 11 % in Landstädten bis unter 5000 Einwohnern. (S. 108) Besonders einschneidende Auswirkungen spüren die Menschen in den ländlichen Gebieten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die ganz überwiegend von der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung geprägt sind. Hier war vor dem Anschluß jede siebte bis neunte Berufstätige in diesem Bereich beschäftigt. Insgesamt arbeiteten bis 1989 knapp 350000 Frauen in der DDR-Land- und Forstwirtschaft, d. h. im Durchschnitt jede zwölfe erwerbstätige Frau. (S. 108)

Der größte Teil von ihnen arbeitete — und das oft sehr hart — in der materiellen Produktion, nämlich 71 % der Genossenschaftsbäuerinnen und -gärtnerinnen; rund 10 % waren in der Verwaltung tätig und rund 8 % im sozialen und kulturellen Bereich. Obwohl schlechter als bei den Männern, war und ist ihre Ausbildung im Vergleich zu der in Westdeutschland gut: Jede zehnte hat eine Hoch- oder Fachschule absolviert, knapp 3 % eine Meisterprüfung abgelegt, 76,9 % eine Facharbeiterausbildung, nur 10 % haben keinen Berufsschluss. (S. 100) Mit der erzwungenen Arbeitslosigkeit werden große menschliche Produktivkräfte an der Betätigung und Entwicklung gehindert.

Eine ganze Generation wird an den Rand gedrückt

Es ist mit allem Ernst darauf aufmerksam zu machen, daß auf dem Land eine ganze Generation von Frauen in eine nahezu ausweglose Lage gedrückt wird: die Frauen über 45.

Ende 1989 war fast die Hälfte der berufstätigen Frauen in der DDR-Land- und Forstwirtschaft (44 %) älter als 45. (S. 122) Das gilt für die Bäuerinnen ebenso wie für die Beschäftigten in den sozialen und kulturellen Einrichtungen auf dem Land oder in der Verwaltung der LPGs. Sofern sie nicht mit 55 in den Vorruhestand gehen konnten, sind sie, einmal arbeitslos, praktisch nicht wieder vermittelbar; Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Not drohen ihnen als unausweichliches Schicksal.

Und hier fällt ein weiterer Tatbestand schwer ins Gewicht. Zur Berechnung sowohl des Arbeitslosengeldes als auch des Altersübergangsgeldes werden die Einnahmen aus der individuellen Kleinproduktion, die für die ländliche Bevölkerung bis 1989 eine wichtige Einnahmequelle war (20 % bis 30 % des Einkommens) nicht berücksichtigt. Die Bundesregierung hat alle diesbezüglichen Forderungen und Initiativen abgelehnt. Um so härter schlägt das im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen niedrigere Nettoeinkommen zu Buche. Nach einer im Mai 1990 durchgeföhrten Befragung betragen die monatlichen Nettoeinkommen weiblicher Beschäftigter in der Landwirtschaft 776 Mark, männlicher Beschäftigter 799 Mark. Jede Vierte und knapp jeder Fünfte lebte

beitslosigkeit entgegen. Lediglich 8 % aller ABM-Maßnahmen wird in die Landwirtschaft vergeben. (S. 37) Und von den Umschulungsmaßnahmen sind, gerade Frauen betreffend, viele nur sechswöchige 41 a-Maßnahmen. (S. 39)

Das Dorf verarmt

„Da die ländliche Infrastruktur vom Staat nur wenig entwickelt worden war, spielten die kulturellen und sozialen Leistungen der LPG für die Frauen auf dem Land eine Rolle. Diese stellten in gewissem Umfang materielle und finanzielle Mittel zur Verfügung, wie zum Beispiel für die Schaffung oder Erweiterung von Kindereinrichtungen.“

Besonders für Dörfer mit mehreren Ortsstellen, in denen es keine Kinderkrippe gab, war das ein Gewinn . . . Eine Reihe LPGen hatten zur Erleichterung des Alltags der Frauen eigene Wäschereien zum Waschen der Arbeitskleidung geschaffen, teils verbunden mit einer Näh- und Ausbesserungsstube. Andere LPGen schlossen vertragliche Vereinbarungen mit Wäschereien der bäuerlichen Handelsgenossenschaften und organisierten Abnahme und Abgabe der Arbeitskleidung. Die veränderten Arbeitsbedingungen auf dem Land brachten mehr Freizeit für die Bäuerinnen und für die gesamte Familie. Und so wuchsen neue Ansprüche, neue Interessen an Kunst und Kultur, an eigener kultureller Betätigung und Geselligkeit. In der zurückliegenden Zeit waren die Dorfclubs die Zentren der Kulturarbeit . . . Zur eigenen künstlerischen Betätigung hatten sie (die Dorfbewohner) vielerorts Bauerntheater, Kabarett, Amateurfilmgruppen und anderes gebildet.“ (S. 130)

Mit den LPGs werden auch die sozialen und kulturellen Einrichtungen vernichtet. Auch dadurch sind die Lebensbedingungen und Lebenspläne der ländlichen Bevölkerung und insbesondere der Frauen einschneidend berührt. . . . in Hagenow war es typisch, daß mehrere Dörfer gemeinsam Kindergärten betrieben, die LPG den Transport der Kinder durchführte und das Essen aus LPG-Küchen kam. Jetzt ist bereits vielerorts der Transport weggefallen. Kinder von arbeitslosen Müttern bleiben zu Hause, und viele Kindergärten werden wegen Unterbelegung geschlossen. Das ist gleichzeitig auch das „Aus“ für die Mütter, die noch Arbeit haben.“ (S. 128) Alleinerziehende Frauen oder Frauen mit mehreren Kindern können, wenn sie noch Arbeit haben, dieser Arbeit nur unter äußerst schwierigen Umständen nachgehen, wenn überhaupt. Die Kommunen können die Lücken, die die Zerschlagung der LPGs reißt, nicht schließen. Die Frauen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, was auch ihre Möglichkeiten zu ABM- und Umschulungsmaßnahmen einengt.

Eine Vertreterin des Arbeitslosentreffs Pasewalk berichtete auf dem PDS-Hearing: Sie habe 18 Jahre in der Pflanzenproduktion gearbeitet und heute neun Kinder. „Derzeit gibt es einen harten Kampf um den Kindergarten. Von Seiten der Gemeinde besteht kein Verständnis, der Bürgermeister ist selbst Unternehmer, braucht so etwas wie Kinderbetreuungseinrichtungen nicht. Trotzdem mußte er nach einer großen Versammlung schließlich nachgeben. Im Kindergarten sind 38 Kinder, in der Krippe 21, allerdings auch schon aus Nachbarorten, in denen es schon keine Krippen mehr gibt . . . Sie selbst hat eine Krippe und zwei Kindergartenkinder, das bedeutet einen monatlichen Beitrag von 400,— DM. In der LPG hat sie zuletzt 700,— brutto verdient, das heißt, in der letzten Zeit brauchte sie ihr ganzes Einkommen für die Krippe, sie lebte vom Kindergeld.“ (S. 40)

In Umfragen, die die Identifikation der ländlichen Bevölkerung mit den LPGs erforschen, kam deutlich zum Ausdruck, daß Landfrauen mehr noch als ihre männlichen Mitbürger genossenschaftlichen Formen des Wirtschaftseng verbunden sind. Tatsächlich bietet ihnen die Marktwirtschaft, deren Folgen sie so hart tragen, keine Perspektive. — (scc)

Dokumentation: Die Lage der Landfrauen in den neuen Bundesländern. Wer sich die Dokumentation beschaffen will, kann sie bestellen bei: PDS / Linke Liste im Bundestag, AK Feminisierung der Gesellschaft, Bundeshaus — Bonn Center, W — 5300 Bonn 1

Kurz berichtet

Geburten in Ostdeutschland nehmen drastisch ab

Die Deutsche Presseagentur hat bei einer Umfrage bei Behörden und Frauenkliniken in den neuen Bundesländern einen drastischen Geburtenrückgang festgestellt. 1989 kamen in der damaligen DDR noch 19822 Kinder zur Welt, und jetzt sind es höchstens halb so viel. In Mecklenburg-Vorpommern sind im letzten Quartal 1989 6193 Kinder geboren, im dritten Quartal 1991 waren es 3349 Geburten. In einer Gemeinde in Südtirol ist im ganzen letzten Jahr kein einziges Kind zur Welt gekommen, berichtet Dr. Schmidt, Oberarzt an der Frauenklinik am Suhler Klinikum. An der Frauenklinik an der Medizinischen Akademie in Magdeburg kamen nur 700 Kinder im Jahr 1991 zur Welt, 1980 waren es im Jahr 1989. Die Abwanderung vor allem jüngerer Leute sei ein Grund. Der Hauptgrund aber liege in der anhaltenden sozialen Unsicherheit. „Die goldenen DDR-Zeiten des Kinderkriegens sind absolut vorbei. Jetzt wird's wie im Westen: Das Kind ist Luxus, den ich mir nicht leisten kann“, soll eine 25jährige Frau aus Ost-Berlin gesagt haben, man müsse alles selbst bezahlen — ob Kindergartenplatz, Krankheit und später obendrein die Ausbildung. „Vielleicht verzichte ich ganz.“ An den meisten Frauenkliniken ist gleichzeitig ein sprunghafter Anstieg von Sterilisationen zu verzeichnen. In Rostock ist die Zahl von Sterilisationen von praktisch null auf rund 300 pro Jahr angestiegen. In Magdeburg waren es früher zwei bis drei pro Jahr und jetzt täglich drei bis vier Frauen. Gegenüber früher ist das Genehmigungsverfahren sehr vereinfacht. Die Frauen würden sich jetzt lieber sterilisieren lassen, als alle sechs Monate 80 DM für Pillen zu bezahlen. Gleichzeitig geht die Zahl von Schwangerschaftsunterbrechungen zurück. — (sul)

chen“. Hinter diesem als „übergangend wichtigem Gemeinschaftsgut“ festgelegten Ziel der Neuordnung haben dann die individuellen Rechte der Betroffenen zurückzustehen. Insofern ist dieses Urteil auch für Wissenschaftler aus den alten Bundesländern wichtig. Denn: „Die Freiheit von Forschung und Lehre schützt den einzelnen nicht vor einer Auflösung der öffentlichen Einrichtung, bei der er arbeitet“, und Einrichtungen, „die Zwecken der Wissenschaft dienen, (können) für ihren eigenen Fortbestand grundsätzlich keinen Grundschutz in Anspruch nehmen“. Alles in allem können nach Auffassung des Gerichts die Betroffenen eigentlich zufrieden sein, denn ohne die Festlegungen des Einigungsvertrages würde es weitaus schlechter aussehen um die Arbeitsplätze: „. . . daß schon nach der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik diese Arbeitsplätze nicht mehr langfristig gesichert waren und daß ohne die angegriffene Regelung die Aussichten für eine Fortführung von Forschungen in den neuen Bundesländern weitaus schlechter gewesen wären“. Bleibt noch zu ergänzen, daß von ursprünglich etwa 24000 Beschäftigten (am 31.12.91 noch 17000) bisher etwa 7000 in eine ordentliche, aber auch meist befristete Stelle übernommen worden sind, etwa 4000 haben für zwei Jahre eine ABM-Stelle oder eine andere „Parklösung“ gefunden. (Az. 1 BvR 454/91, zitiert nach *Tagespiegel* v. 11. u. 14.3.92 — har)

Tarifabschlüsse in Ostdeutschland und -berlin

Im Vorfeld der mit dem 30. April endenden Laufzeit der Einkommenstarifverträge für den öffentlichen Dienst in Ostdeutschland gibt es insbesondere in Ostberlin mehrere Tarifabschlüsse, die „Fakten“ schaffen. Im wesentlichen liegen sie unter den — angeblich schon im Berliner Haushalt berücksichtigten — 80 %. Im Gegensatz zum westlichen Tarifgebiet spielt der öffentliche Dienst hier eine Vorreiterrolle, weil er zum einen eine kürzere Laufzeit als viele Industrie-Tarifverträge hat und weil das von ihm durchgesetzte Niveau sich immer auf das effektive Einkommen bezieht. Bereits vor einigen Wochen hatten sich die ÖTV und Ebag (Energieversorgung Berlin) auf 71 % ab Januar 92 und 76 % ab Juli 92 geeinigt. Weitere Abschlüsse bringen für die Beschäftigten bei der Ostberliner Erdgas AG ab Januar 92 ca. 77 % und ab September 92 ca. 81 % des vergleichbaren westlichen Einkommens. Übernommen wurden Erholungs- und Schichturlaub. Die Laufzeit des Tarifvertrages hängt vom Zeitpunkt der Fusion mit der Westberliner Gasag ab, längstens jedoch bis zum 28.2.93. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten einen Zuschuß zur Umweltkarte in Höhe von 66 %. Etwas mehr Prozente, nämlich 79 % ab März 92 und 90 % ab Januar 93 erhalten Ostberliner Beschäftigte im Bewachungsgewerbe. Spätestens 1994 sollen sie das Westniveau erreicht haben. 100 Beschäftigte der Ersatzkrankenkassen Ostberlins demonstrierten am 12.3. für die Erhöhung ihrer Einkommen auf 80 % des Westniveaus.

Die Gewerkschaft NGG hat für die etwa 20000 Beschäftigten in der ostdeutschen Fleisch- und Geflügelindustrie tarifvertraglich 70 % vereinbart. Die Tarifverhandlungen in der Textilindustrie wurden auf den 27. März vertragt. Die Gewerkschaft GTB fordert hier 70 % ab 1.4.92. — (har)



Am 16. März hat die IG Medien die Tarifverhandlungen für Redakteurinnen und Redakteure an ostdeutschen Zeitungen für gescheitert erklärt. Die Gewerkschaft fordert u. a. die sofortige Anhebung der Gehälter auf 80 % der West-Tarife, die Verleger wollen lediglich die Anhebung von jetzt 54 auf 69 %. Auch sonst zeigten sie sich außerordentlich hart: Über die Altersversorgung und Tarifregelungen bei der Einführung neuer Techniken wollten sie zunächst nicht einmal verhandeln. Zahlreiche Redakteure beteiligten sich in den letzten Wochen an Warn- und Solidaritätsstreiks. Auch die Drucker führten Warnstreiks durch; die IG Medien fordert hier ebenfalls 80 %. — (scc)

Im März führte das Deutsch-Griechische Theater im Kölner Urania-Schauspiel das Drama „Philoktet“ des in der DDR geborenen und ausgebildeten Heiner Müller auf. Der Stoff ist der griechischen Mythologie entnommen. Heiner Müller lässt drei Personen auftreten: Odysseus, Achilles Sohn Neoptolemos und den auf der Insel Lemnos ausgesetzten Heerführer Philoktet. In der Bearbeitung des Deutsch-Griechischen Theaters übernehmen zwei Geier die Rolle des antiken Chors. Weitere Aufführungen folgen im April.

1. Heiner Müller, Philoktet (Inhalt)

Odysseus und Neoptolemos, der Sohn des Helden Achill, betreten die Insel Lemnos vor der Küste Kleinasiens. Dort hat Odysseus vor zehn Jahren auf Befehl der griechischen Könige, die Troja erobern wollten, den Heerführer Philoktet ausgesetzt. Dieser war durch einen Schlangenbiß am Fuß unheilbar verwundet worden und hielt den Kriegszug auf. Nachdem es den griechischen Kriegsführern zehn Jahre lang nicht gelungen ist, Troja einzunehmen, greifen sie auf Philoktet zurück, einmal, um die Truppen, die auf ihn eingeschworen sind, in die Schlacht zu treiben, zum zweiten wegen seines unfehlbaren Bogens, den er von seinem Freund, dem zu den Göttern aufgestiegenen Herakles, geerbt hat.

Odysseus wagt nicht, sich zu zeigen, da er mit dem Haß Philoktets rechnet. Um Philoktet zu fangen und an den Kriegsschauplatz zu bringen, stiftet er Neoptolemos an, dem Ausgesetzten vorzulügen, er habe Troja im Zorn verlassen und fahre nach Hause, weil Odysseus ihn um die Waffen seines getöteten Vaters Achill gebracht habe. Das hat Odysseus zwar getan, aber Achills Sohn brennt darauf, bei der Eroberung Trojas eine glänzende Rolle zu spielen und denkt nicht daran, auf diesen Ruhm zu verzichten.

Durch seine Lügen bringt er Philoktet dazu, ihm den berühmten Bogen zu übergeben. Statt ihm aber mitzunehmen zum Schiff, bringt er ihn um, weil er Odysseus und ihn bedroht und damit den verheilten Sieg über Troja gefährdet. Odysseus erfindet eine neue Lüge, daß die Troer Philoktet ermordet und sie bei ihm wegen des Seegangs nicht hätten helfen können. Philoktet soll auch noch als toter Mann benutzt werden, um den Kampfgeist seiner Truppen zu beleben. Odysseus nimmt den Bogen an sich, läßt Neoptolemos die Leiche tragen und treibt ihn zum Schiff.

2. Sophokles, Philoktet (Unterschiede)

Der griechische Tragödiendichter Sophokles, der das erste uns überlieferte Drama über Philoktet schrieb, führte die Handlung bis zu dem Punkt, an dem Philoktet, durch die Lügen des Neoptolemos überredet, diesem den Bogen übergibt. Neoptolemos aber verläßt ihn nicht, als er in einem Anfall seiner Schmerzen,

Heiner Müllers Drama „Philoktet“: Wofür ein Mythos alles herhält

verursacht durch die unheilbare Wunde, getötet werden will. Neoptolemos fühlt sich durch die Lüge entehrt und gesteht. Philoktet, zum zweiten Mal verraten, weigert sich, ihm nach Troja zu folgen. Troja kann ohne ihn nicht fallen, und mit seiner Wunde bleibt er von der Heerführung ausgeschlossen. Das Dilemma ist von Menschen nicht lösbar. An dieser Stelle läßt Sophokles einen Gott auftreten, der die nötige Autorität hat, Philoktet zur Teilnahme am Trojanischen Krieg zu bewegen. Herakles erscheint auf einer Wolke und erklärt ihm, daß er ihm den göttlichen Arzt Asklepios nach Troja schicken werde, um die Wunde zu heilen. Dann sollen sie alle gemeinsam Troja erobern.

Die Aussetzung des Philoktet auf der Insel Lemnos wird von dem griechischen Dichter Homer in der „Ilias“ berichtet. Homer schrieb sein Werk über den Krieg um Troja zwischen 750 und 720 v. Chr. Er stärkte damit die Kriegsziele der griechischen Sklavenhalter, die 780 mit der Kolonialisierung der kleinasiatischen Küste begonnen hatten.

3. Die vielfältigen Möglichkeiten, den Philoktet-Mythos zu interpretieren

Heiner Müller stützt sich auf den Mythos, durch den das Schicksal und die Handlungen der Menschen durch Ratschluß der Götter bestimmt sind. Die Menschen können zwar falsch handeln und auch dafür bestraft werden, aber ändern können sie nichts an dem vorbestimmten Ablauf der Geschichte.

Heiner Müller schrieb „Philoktet“ zwischen 1958 und 1964. In drei Punkten äußerte er sich 1968 zu seinem Stück. In Punkt 1 heißt es: „Die Handlung ist Modell, nicht Historie. Haltungen zu zeigen, nicht Bedeutungen. Jeder Vorgang zitiert andere, gleiche, ähnliche Vorgänge in der Geschichte, soweit sie nach dem Philoktet-Modell gemacht wurde und wird.“ Damit behauptet Müller, daß die Geschichte sich wiederholt, daß sie aus bestimmten Modellen zusammengesetzt ist, die immer wieder vorkommen können. In Punkt 2 führt er aus, wie das Philoktet-Modell aussieht: „Das Philoktet-Modell wird bestimmt von der Klassenstruktur der abgebildeten Gesellschaft (die Armee als Funktion des Feldherrn, eine Beziehung, die aus der Dialektik nur ideologisch herausgehalten werden kann: sie ist, durch Umkehrung, aufhebbar) und von der Eigentumsform (die Waffen, als Privatbesitz, sind Handlungselemente, keine Requisiten).“ Müller geht von einer Klassengesellschaft aus. Aber seine nähere Erläuterung zeigt, daß es nicht um Menschengruppen mit Interessen geht, sondern um Abhängigkeitsverhältnisse, die nicht als konkret gesellschaftliche Verhältnisse

ausgewiesen sind. Die Aussage „die Armee als Funktion des Feldherrn“ heißt weiter nichts, als daß die Armee vom Feldherrn bestimmt ist und dieser eben Feldherr ist, weil er über eine Armee verfügt. Seine Behauptung ist, daß dieses Verhältnis in der Geschichte jederzeit vorkommen kann. Welchen Zwecken dieses Verhältnis dient, welche Absichten mit so einer Konstellation verfolgt werden können, ob diese zu begründen oder zu verwerfen sind, wird nicht bestimmt. Daher ist auch durch die Aufhebung durch

im Sinne seiner These von der Wiederholung von Modellen: „Der Kessel von Stalingrad zierte Etzels Saal ... Die deutschen Soldaten haben im Kessel von Stalingrad die Lektion der Nibelungen nicht gelernt. ... Erst wenn das Modell geändert wird, kann aus der Geschichte gelernt werden.“ Die Nibelungen sind in Etzels Saal geschlachtet worden. Die deutschen Soldaten hätten das wissen können und das Modell ändern müssen. Dann wären sie nicht wie die Nibelungen umgekommen, sondern hätten geschlachtet.

Preis vernichten wollten. Die Beliebigkeit, mit der der Mythos auf historisch unterschiedliche Lagen angewendet wird, ohne die konkreten Verhältnisse darzulegen, zeigt, daß der Mythos wohl kein geeignetes Mittel ist, eine Lösung für ganz bestimmte Konflikte zu zeigen.

Konsequenzen für die Darstellung des Stücks liefert Müller in Punkt 3: „Der Ablauf ist zwangsläufig nur, wenn das System nicht in Frage gestellt wird. Komik in der Darstellung provoziert die Diskussion seiner Voraussetzungen. Nur der Clown stellt den Zirkus in Frage. Philoktet, Odysseus, Neoptolemos: drei Clowns und Gladiatoren ihrer Weltanschauung.“

Hiermit distanziert sich Müller von allen drei Gestalten. Das Mittel dazu ist die Komik. Alles ist offen. Offen sind aber nicht nur die Überlegungen, die das Publikum anstellen soll, sondern offen ist auch, welche Kritik eigentlich geführt wird, wenn alle zu komischen Figuren werden, deren Weltanschauung nicht geteilt und deren Handlungen nicht bejaht werden können.

1983, also fünfzehn Jahre später, nimmt Heiner Müller die Aufführung des Stücks am Dramatischen Theater Sofia zum Anlaß, eine neue Interpretation des Mythos zu liefern.

In einem Brief an den bulgarischen Regisseur Gotscheff schreibt er: „Die totale Zerreißprobe, der die menschlichen Kollektive in unserem vielleicht ... letzten Jahrhundert ausgesetzt sind, wird die Menschheit nur als ein Kollektiv überdauern. Der kommunistische Grundsatz KEINER ODER ALLE erfährt auf dem Hintergrund des möglichen Selbstmords der Gattung seinen endgültigen Sinn. Aber der erste Schritt zur Aufhebung des Individuums in diesem Kollektiv ist seine Zerreißung, Tod oder Kaiserschnitt die Alternativen des NEUEN MENSCHEN ...“

In diesem Sinn ist PHILOKTET, gegen die modisch kurz schließende Interpretation als Drama der Ent-Täuschung, das Negativ eines kommunistischen Stücks.“ Heiner Müller hat etwas entdeckt, womit er seine unhistorische Behandlung von Klassengegensätzen und die Verneinung ihres Inhalts rechtfertigen kann: die atomare Bedrohung der Menschheit. Daß der Grundsatz „Keiner oder alle“ kommunalisch sei, ist seine Erfahrung. Er spricht damit seine Überzeugung aus, daß an die Stelle der Klassengegensätze nicht die im Kommunistischen Manifest beschriebene Assoziation treten soll, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Das Kollektiv ist nicht dazu da, dem einzelnen Menschen die Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen, sondern der einzelne Mensch soll Teile von sich selber aufgeben, um sich den Anforderungen des Kollektivs zu unterwerfen. Damit stimmt überein, daß er innerhalb der Nationen keine Klassengegensätze sieht, sondern sie als in sich gleichförmig behandelt: „Es gibt tragische Rassen und Völker ... Die Fortsetzung der Kolonialpolitik per Entwicklungshilfe sammelt das Potential für den Umsturz des Systems. Die Spirale der Geschichte ruiert die Zentren, indem sie sich durch die Randzonen mahlt.“

Müller spricht den vom Imperialismus unterdrückt gehaltenen Nationen die Möglichkeit ab, sich von kolonialer Unterwerfung zu befreien, denn er faßt den Imperialismus nicht als Herrschaft und Politik einer Klasse. Der Gang der Geschichte ist nicht zu begreifen: „In dieser Gangart, die sich aus dem Blickpunkt einer Generation der Sinngebung entzieht, liegt der Zweck am Fortschritt begründet. Er ist existentiell, solange die Menschheit Gattungsbewußtsein, dessen Voraussetzung die Möglichkeit von Universalgeschichte, nicht neu entwickelt hat.“ Müller behauptet, daß die Menschen sich zunächst von den Tieren unterschieden hätten, indem sie ihr Gattungsbewußtsein aufgaben: „Sein Verlust war der Preis, der für den Auszug aus der Tierwelt gezahlt werden mußte.“ Damit ging einher die Entwicklung des Individuums. Aber heute, angesichts der Bedrohung aller durch atomare Zerstörung des Planeten, dürfe der einzelne nicht wieder zum Tier werden. Als solch „politisches Tier“ kennzeichnet er Odysseus, der zynisch von der „Unersetzlichkeit des lebenden zur Verwertung des toten Philoktet“ übergeht. Das neue Gattungsbewußtsein entsteht durch Selbstaufgabe des Individuums zugunsten eines weltweiten Kollektivs, dem sie sich zwecks Erhaltung des Planeten unterwerfen. Die Krone der Schöpfung mausert sich zur Weltgesellschaft mit undemokratischen Zügen.

Im Januar 1992 fügte der Dramaturg des Deutsch-Griechischen Theaters eine neue Interpretation hinzu. Er schreibt im Programmheft: „Müller schrieb das Stück zwischen 1958 und 1964, also in den finsternsten Zeiten des Kalten Krieges. Heute müssen die Akzente anders liegen, und so finde ich es folgerichtig, das Philoktet-Problem als Problem der Integration aufzufassen, das sich an der „Maske“ der Gesellschaft reibt, in der Haß zur Pose geworden ist und Naivität und tönende Selbstgerechtigkeit tödlich sein können.“

Der Mythos wird wieder einmal passend zu den eigenen Vorstellungen interpretiert, um neue Probleme der Gesellschaft zu beleuchten. Während Odysseus und Neoptolemos als Vertreter der „Totalität des Krieges“ erscheinen, wirkt Philoktet wie ein Opfer, das sich dem Maskenspiel des Odysseus verweigert. Er fällt, weil der Drahtzieher Odysseus den Dämon des jungen Neoptolemos für den Krieg instrumentalisiert und tödlich wirken läßt.

Quellenhinweis: Heiner Müller, Philoktet, in: Mauser, Roibuch 184; Heiner Müller Material, Reclam Leipzig 1275 — (an)



Philoktet (Programmheft)

„Umkehrung“ nichts an Aufklärung gewonnen. Was haben wir davon, wenn wir „den Feldherrn als Funktion der Armee“ haben? Wir haben nach wie vor einen Feldherrn und eine Armee, nur daß die Armee bestimmt. Diese plume Umdrehung spiegelt keine wirkliche Bewegung, da es keine erkennbaren Beweggründe gibt. Ob die Umkehrung besser ist, entzieht sich der Beurteilung. Wenn Heiner Müller dann konkret wird, sieht man, daß seine Indifferenz den Klasseninteressen gegenüber zu angreifbaren Vergleichen führt. Er behauptet

tet und gesiegt. Will Heiner Müller eine solche Lehre aus der Geschichte ziehen? Der Vergleich ist falsch. Bei Etzel war der Adel unter sich. Die Nibelungen waren eingeladen, wenn auch nur, damit Kriemhild sich an Hagen, dem Mörder ihres Gatten Siegfried, rächen konnte. Die „deutschen Soldaten“ waren keine Gäste vor Stalingrad. Vielmehr hatten sie in einem Angriffskrieg die Sowjetunion überfallen. Sie starben nicht wegen ihrer Nibelungentreue, sondern weil die deutschen Faschisten die sozialistische Sowjetunion um jeden

Preis vernichten wollten. Die Beliebigkeit, mit der der Mythos auf historisch unterschiedliche Lagen angewendet wird, ohne die konkreten Verhältnisse darzulegen, zeigt, daß der Mythos wohl kein geeignetes Mittel ist, eine Lösung für ganz bestimmte Konflikte zu zeigen.

Konsequenzen für die Darstellung des Stücks liefert Müller in Punkt 3: „Der Ablauf ist zwangsläufig nur, wenn das System nicht in Frage gestellt wird. Komik in der Darstellung provoziert die Diskussion seiner Voraussetzungen. Nur der Clown stellt den Zirkus in Frage. Philoktet, Odysseus, Neoptolemos: drei Clowns und Gladiatoren ihrer Weltanschauung.“

Hiermit distanziert sich Müller von allen drei Gestalten. Das Mittel dazu ist die Komik. Alles ist offen. Offen sind aber nicht nur die Überlegungen, die das Publikum anstellen soll, sondern offen ist auch, welche Kritik eigentlich geführt wird, wenn alle zu komischen Figuren werden, deren Weltanschauung nicht geteilt und deren Handlungen nicht bejaht werden können.

1983, also fünfzehn Jahre später, nimmt Heiner Müller die Aufführung des Stücks am Dramatischen Theater Sofia zum Anlaß, eine neue Interpretation des Mythos zu liefern.

In einem Brief an den bulgarischen Regisseur Gotscheff schreibt er: „Die totale Zerreißprobe, der die menschlichen Kollektive in unserem vielleicht ... letzten Jahrhundert ausgesetzt sind, wird die Menschheit nur als ein Kollektiv überdauern. Der kommunistische Grundsatz KEINER ODER ALLE erfährt auf dem Hintergrund des möglichen Selbstmords der Gattung seinen endgültigen Sinn. Aber der erste Schritt zur Aufhebung des Individuums in diesem Kollektiv ist seine Zerreißung, Tod oder Kaiserschnitt die Alternativen des NEUEN MENSCHEN ...“

In diesem Sinn ist PHILOKTET, gegen die modisch kurz schließende Interpretation als Drama der Ent-Täuschung, das Negativ eines kommunistischen Stücks.“ Heiner Müller hat etwas entdeckt, womit er seine unhistorische Behandlung von Klassengegensätzen und die Verneinung ihres Inhalts rechtfertigen kann: die atomare Bedrohung der Menschheit. Daß der Grundsatz „Keiner oder alle“ kommunalisch sei, ist seine Erfahrung. Er spricht damit seine Überzeugung aus, daß an die Stelle der Klassengegensätze nicht die im Kommunistischen Manifest beschriebene Assoziation treten soll, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Das Kollektiv ist nicht dazu da, dem einzelnen Menschen die Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen, sondern der einzelne Mensch soll Teile von sich selber aufgeben, um sich den Anforderungen des Kollektivs zu unterwerfen. Damit stimmt überein, daß er innerhalb der Nationen keine Klassengegensätze sieht, sondern sie als in sich gleichförmig behandelt: „Es gibt tragische Rassen und Völker ... Die Fortsetzung der Kolonialpolitik per Entwicklungshilfe sammelt das Potential für den Umsturz des Systems. Die Spirale der Geschichte ruiert die Zentren, indem sie sich durch die Randzonen mahlt.“

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- o Im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo)
- o Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr) (Bank)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
Unterschrift:
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

7/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdischen-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Corrides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschitz (über: Kommunalpolitisches Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czeminskstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 5373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 439 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement

Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Staschitz; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGU, der AG für antimperialistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten

ten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierjährlich: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
G